

Anträge

Inhaltsverzeichnis

1-GO	Geschäftsordnung der 3. Tagung des 7. Landesparteitages (Ersetzung)	3
A-0	Landtagswahlprogramm Präambel	7
A-0/ÄA-1	Änderungsantrag zu A-0	9
A-1	Landtagswahlprogramm Kapitel 1	10
A-1/ÄA-1	Änderungsantrag zu A-1	43
A-1/ÄA-2	Änderungsantrag zu A-1	44
A-1/ÄA-3	Änderungsantrag zu A-1	45
A-1/ÄA-4	Änderungsantrag zu A-1	46
A-1/ÄA-5	Änderungsantrag zu A-1	47
A-1/ÄA-6	Änderungsantrag zu A-1	48
A-1/ÄA-7	Änderungsantrag zu A-1	49
A-1/ÄA-8	Änderungsantrag zu A-1	50
A-1/ÄA-9	Änderungsantrag zu A-1	51
A-1/ÄA-10	Änderungsantrag zu A-1	52
A-1/ÄA-11	Änderungsantrag zu A-1	53
A-1/ÄA-12	Änderungsantrag zu A-1	54
A-1/ÄA-13	Änderungsantrag zu A-1	55
A-1/ÄA-14	Änderungsantrag zu A-1	56
A-2	Landtagswahlprogramm Kapitel 2	57
A-2/ÄA-1	Änderungsantrag zu A-2	79
A-2/ÄA-2	Änderungsantrag zu A-2	80
A-2/ÄA-3	Änderungsantrag zu A-2	81
A-2/ÄA-4	Änderungsantrag zu A-2	82
A-2/ÄA-5	Änderungsantrag zu A-2	83
A-2/ÄA-6	Änderungsantrag zu A-2	84
A-2/ÄA-7	Änderungsantrag zu A-2	85
A-2/ÄA-8	Änderungsantrag zu A-2	86
A-2/ÄA-9	Änderungsantrag zu A-2	87
A-2/ÄA-10	Änderungsantrag zu A-2	88
A-3	Landtagswahlprogramm Kapitel 3	90
A-3/ÄA-1	Änderungsantrag zu A-3	102
A-3/ÄA-2	Änderungsantrag zu A-3	103
A-3/ÄA-3	Änderungsantrag zu A-3	104
A-4	Landtagswahlprogramm Kapitel 4	105
A-5	Landtagswahlprogramm Kapitel 5	109

A-5/ÄA-1	Änderungsantrag zu A-5	126
B	#LeaveNoOneBehind!	128
C	Geeignete Infektionsschutzmaßnahmen	130

Antrag 1-GO: Geschäftsordnung der 3. Tagung des 7. Landesparteitages (Ersetzung)

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	eingereicht

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 1. Die Leitung des Landesparteitages erfolgt durch die jeweilige Tagungsleitung.
- 2 2. Der Landesparteitag ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der in den
3 Kreis- und Stadtverbänden sowie landesweiten Zusammenschlüssen gewählten
4 Delegierten anwesend sind.
- 5 3. Die Wahlen der Tagungsleitung und der Kommissionen des Landesparteitages
6 erfolgen in offener Abstimmung und getrennt voneinander. Vorschläge für die
7 Zusammensetzung der Arbeitsgremien können in einer gemeinsamen Liste eingebracht
8 werden.
- 9 4. Der Ablauf des Landesparteitages erfolgt entsprechend der beschlossenen
10 Tagesordnung und des Zeitplanes. Die Tagesordnung und der Zeitplan können auf
11 Antrag und nach einer zeitlich auf maximal 10 Minuten zu begrenzenden Debatte
12 mit einfacher Mehrheit geändert werden.
- 13 5. Die jeweilige Tagungsleitung hat die Aufgabe, die Verhandlungen des
14 Landesparteitages gemäß der beschlossenen Tagesordnung zu leiten. Dazu kann/muss
15 sie
 - 16 a. jederzeit zu Verfahrensfragen das Wort ergreifen,
 - 17 b. bei Überschreitung der Redezeit das Wort entziehen,
 - 18 c. bei Behandlung/Abstimmung aller Anträge leiten und
 - 19 d. bei Zustimmung der Redner/innen Anfragen zulassen.
- 20 6. Beschlüsse werden in offener Abstimmung und mit einfacher Mehrheit der an der
21 Abstimmung teilnehmenden Delegierten gefasst, sofern die Bundessatzung nichts
22 anderes vorschreibt. Stimmgleichheit gilt als Ablehnung. Stimmberechtigt sind
23 nur die gewählten Delegierten. Abstimmungen erfolgen durch Erheben der
24 Delegiertenkarten.
- 25 7. Rederecht haben alle Delegierten und Gäste. Wortmeldungen sind schriftlich bei
26 der Tagungsleitung einzureichen. Die Reihenfolge der Redner/innen wird durch die
27 Reihenfolge ihrer Wortmeldungen und der Quotierung bestimmt.
- 28 8. Die Redezeit beträgt:
 - 29 1. a. für die Begründung bzw. Einbringung der Anträge, die in den vorliegenden

- 30 Tagesordnungspunkten aufgeführt sind, maximal 15 Minuten,
- 31 b. für die Begründung und Einbringung aller weiterer Anträge und Initiativanträge
32 jeweils maximal 5 Minuten,
- 33 c. für die Einbringung von Änderungsanträgen zu den entsprechenden
34 Tagesordnungspunkten jeweils maximal 3 Minuten
- 35 d. für Diskussionsbeiträge während der Antragsberatung jeweils maximal 5 Minuten
- 36 e. für die Vorstellung von Kandidatinnen und Kandidaten für die Einzelwahlgänge
37 entsprechend Punkt 8 der Wahlordnung jeweils maximal 7 Minuten
- 38 f. für die Vorstellung aller anderer Kandidatinnen und Kandidaten jeweils maximal 3
39 Minuten
- 40 g. für Anfragen bzw. Statements an Kandidatinnen und Kandidaten jeweils 1 Minute.
41 Die Zeit für Fragen an die und Stellungnahmen zu den Bewerberinnen und
42 Bewerbern
43 soll 5 Minuten nicht übersteigen.
- 44 h. für die Beantwortung von Anfragen und Erwidern auf Stellungnahmen maximal
45 5
46 Minuten für die Bewerberinnen und Bewerber der Einzelwahlgänge (entsprechend
Punkt 8 der Wahlordnung), für die übrigen Kandidatinnen und Kandidaten maximal 2
Minuten.
- 47 Längere Redezeiten sind zu beantragen und durch die einfache Mehrheit der Delegierten
48 zu bestätigen. Delegierte haben das Recht, Anfragen an die DiskussionsrednerInnen zu
49 stellen bzw. Bemerkungen zu machen. Die Redezeit hierfür beträgt 1 Minute.
- 50 9. Anträge zur Geschäftsordnung werden außerhalb der Redner/innenliste sofort
51 behandelt. Sie können nur von Delegierten gestellt werden. Vor der Abstimmung
52 sind eine Gegen- sowie eine Fürrede zum Antrag zulässig. Die Redezeit hierfür
53 beträgt maximal 2 Minuten.
- 54 10. Der Antrag auf „Schluss der Debatte“ oder „Übergang zum nächsten
55 Tagesordnungspunkt“ kann jederzeit zur Abstimmung gestellt werden. Das Recht zu
56 dieser Antragstellung haben nur Delegierte, die zu diesem Tagesordnungspunkt
57 noch nicht gesprochen haben. Die Annahme bedarf der Zweidrittelmehrheit der
58 anwesenden Delegierten. Vor der Beschlussfassung ist die Redner/innenliste zu
59 verlesen.
- 60 11. Delegierte können nach Abschluss von Tagesordnungspunkten persönliche
61 Erklärungen abgeben. Die Redezeit beträgt 2 Minuten.
- 62 12. Anträge an den Parteitag
- 63 a. Anträge an den Landesparteitag sind fristgemäß lt. Landessatzung
64 schriftlich einzureichen. Anträge, welche von Kreis und Ortsverbänden,
65 landesweiten Zusammenschlüssen, der linksjugend [solid] Thüringen, Organen

- 66 der Partei, dem Frauenplenum oder Kommissionen des Parteitages, dem
67 geschäftsführenden Landesvorstand oder mindestens von 15 Delegierten
68 gestellt werden, sind durch den Parteitag zu behandeln oder an den
69 Landesvorstand bzw. den Landessausschuss zu überweisen. Als
70 Dringlichkeitsanträge gelten Anträge, deren Anlass nach Antragsschluss,
71 also innerhalb der letzten sechs Wochen vor Beginn des Parteitages,
72 eingetreten ist. Initiativanträge sind Anträge, deren Anlass sich
73 unmittelbar aus dem Ablauf des Parteitages ergibt. Dringlichkeits- und
74 Initiativanträge können mit Unterstützung von mindestens 25 Delegierten
75 auch unmittelbar auf dem Parteitag eingebracht werden.
- 76 b. Änderungsanträge zu fristgemäß eingereichten Anträgen sind spätestens eine
77 Woche vor dem Parteitag an die Antragskommission schriftlich einzureichen.
78 Änderungsanträge, die sich nach Ende der Antragsfrist aus der Debatte der
79 Antragskommission oder direkt aus der Debatte des Parteitages ergeben, sind
80 gemeinsam mit der Antragskommission zu formulieren oder mit 15
81 Delegiertenunterschriften einzubringen.
- 82 c. Die Antragskommission prüft, ob die Voraussetzungen für eine
83 Antragsbehandlung auf dem Parteitag vorliegen. Bei Dringlichkeits- oder
84 Initiativanträgen prüft die Antragskommission das Vorliegen der
85 Voraussetzungen gemäß Pkt. 12 a. Die Antragskommission hat das Recht,
86 Anträge für unzulässig zu erklären, wenn sie die formalen Voraussetzungen
87 der Landessatzung oder dieser Geschäftsordnung nicht erfüllen. Die
88 Antragskommission unterbreitet dem Parteitag einen Vorschlag zur Behandlung
89 der Anträge hinsichtlich der Beratung durch den Parteitag oder der
90 Überweisung gemäß Punkt 12 a. Zudem kann sie insbesondere mit
91 AntragstellerInnen und EinreicherInnen Änderungen oder Zusammenfassungen
92 von Anträgen beraten.
- 93 d. Bei Anträgen kann zwischen EinreicherInnen und UnterstützerInnen
94 unterschieden werden. Die EinreicherInnen sind berechtigt, Änderungsanträge
95 zu übernehmen, ihre Anträge zurückzuziehen.
- 96 13. Das Abstimmungsverfahren ist wie folgt geregelt:
- 97 a. Die Tagungsleitung leitet das Abstimmungsverfahren.
- 98 b. Der Antragsteller kann den Antrag einbringen.
- 99 c. Eine Gegen- und eine Fürrede sind zulässig.
- 100 d. Die Antragskommission informiert über das Beratungsergebnis und
101 unterbreitet einen Vorschlag zur Behandlung gemäß Punkt. 12 c.
- 102 e. Über den Antrag lässt die Tagungsleitung abstimmen.
- 103 f. Jede/r Delegierte kann zu einem Antrag eine getrennte Abstimmung über Teile
104 des Antragstextes verlangen.

Begründung

Die von der 2. Tagung beschlossenen Änderungen der Geschäftsordnung des 7. Landesparteitages haben hinsichtlich der Rolle der Antragskommission zu Unklarheiten bei den Delegierten und den Mitgliedern der Antragskommission geführt. Die geänderte Geschäftsordnung ließ in ihrem Text unterschiedliche Interpretationen zu. Insbesondere war nicht klar, worin die Legitimationsgrundlage und der Aufgabenumfang der Antragskommission bestehen. Gleichzeitig machte eine Vielzahl der Delegierten klar, dass sie die Arbeit einer funktionierenden Antragskommission für unerlässlich halten.

Mit der jetzt vorliegenden Fassung werden die Aufgaben der Antragskommission als ein durch Parteitagsbeschluss legitimiertes Arbeitsgremium klar definiert.

Die auf der 2. Tagung mit Mehrheitsbeschluss abgeschaffte Abstimmungsempfehlung gehört nicht mehr zu den Aufgaben der Antragskommission.

Antrag A-0: Landtagswahlprogramm Präambel

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	eingereicht

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Liebe Thüringerinnen und Thüringer,**

2 Sie haben mit einer beeindruckend hohen Beteiligung am 27. Oktober 2019 von Ihrem
3 Stimmrecht Gebrauch gemacht. In Ihrem Votum kam die große Anerkennung für Bodo
4 Ramelow und die von ihm geführte Rot-Rot-Grüne Landesregierung zum Ausdruck, erstmals
5 in der Geschichte der Bundesrepublik wurden wir, DIE LINKE. Thüringen, stärkste
6 politische Kraft in einem Bundesland. Dieses Vertrauen in uns sehen wir als Auftrag,
7 den eingeschlagenen Weg fortzusetzen: Soziale Gerechtigkeit, gute Löhne, sichere
8 Renten und gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land ebenso wie Demokratie,
9 Toleranz und Weltoffenheit.

10 **Liebe Thüringerinnen und Thüringer,**

11 Das Wahlergebnis stellte die demokratischen Parteien im Thüringer Landtag vor die
12 Aufgabe, Landesinteressen über Parteiinteressen zu stellen. Statt Parteitaktik war es
13 nötig, neue politische Wege im Interesse unseres Landes zu beschreiten. An dieser
14 Herausforderung sind CDU und FDP vollständig gescheitert.

15 Nur um die weitere erfolgreiche Tätigkeit Bodo Ramelows zu verhindern, waren sie zum
16 Tabubruch bereit. Der FDP-Politiker Thomas L. Kemmerich ließ sich von der AfD zum
17 Ministerpräsidenten wählen, die CDU gab sich trotz aller Warnungen für dieses Manöver
18 her.

19 Die demokratische Öffentlichkeit hat sich diesem gefährlichen Tabubruch
20 entgegengestellt. Bereits nach 24 Stunden musste Herr Kemmerich seinen Rücktritt
21 ankündigen. Seine Ein-Mann-Regierung bestand vier Wochen.

22 Gerade rechtzeitig vor dem Ausbruch der Corona-Pandemie konnte die zweite Regierung
23 Ramelow ihre Arbeit aufnehmen. Zu verdanken ist dies dem gemeinsamen Agieren von
24 Demokratinnen und Demokraten in allen gesellschaftlichen Bereichen. Dem daraus
25 entstehenden Druck konnte sich auch die Thüringer CDU nicht länger entziehen. Die
26 Zivilgesellschaft schuf die Grundlage für die Zusammenarbeit der rot-rot-grünen
27 Parteien DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit der Thüringer CDU bis zu der
28 nun kommenden vorgezogenen Landtagswahl am 25. April 2021.

29 Bei dieser Wahl haben Sie die Entscheidungsmöglichkeit. Soll Thüringen weiterhin mit
30 politischen Ränkespielen von CDU und FDP, der Zusammenarbeit beider Parteien mit der
31 AfD und mit der Selbstüberschätzung eines Politikers wie Thomas L. Kemmerich
32 verbunden werden? Oder soll erfolgreiches Krisenmanagement zur Bewältigung der
33 Corona-Pandemie und ihrer wirtschaftlichen Folgen der Regierung Ramelow unseren
34 Freistaat ausmachen?

35 Wir, DIE LINKE. Thüringen und Bodo Ramelow, stehen für verlässliche Politik und
36 sachgemäße Entscheidungen. Dafür braucht es klare Verhältnisse und die Bereitschaft
37 der demokratischen Parteien zur Zusammenarbeit.

38 **Liebe Thüringerinnen und Thüringer,**

39 die Corona-Krise ist der schwerste Einschnitt in unsere Landesentwicklung seit der
40 Wiedergründung unseres Freistaates. Wir haben gezeigt, dass wir das Land sicher durch
41 die Krise steuern und dabei unser Ziel nicht aus dem Auge verlieren.

42 Die Pandemie hat jede und jeden von Ihnen und unser Gemeinwesen vor große
43 Herausforderungen gestellt. Solidarität, gegenseitige Rücksichtnahme und
44 Verantwortung sind und bleiben die Grundwerte unseres Zusammenlebens. Der Bund und
45 die Länder haben gemeinsam große Anstrengungen unternommen, um Arbeitnehmerinnen
und

46 Arbeitnehmern, Selbständigen und Unternehmen den Weg durch die Krise zu ermöglichen.

47 Unser Ziel ist es, aus der Krise gestärkt hervorzugehen. Mit klugen

48 Zukunftsinvestitionen, beschleunigter Umsetzung der von Digitalisierung und einem
49 klaren Bekenntnis zur staatlichen Verantwortung für die öffentliche Daseinsvorsorge
50 gestalten wir die 20er Jahre dieses Jahrhunderts.

51 **Liebe Thüringerinnen und Thüringer,**

52 das Wahlergebnis vom 27. Oktober 2019 hat zugleich deutlich gemacht, dass unsere
53 Demokratie akut bedroht ist. Die Verdoppelung des Stimmenanteils für eine Partei, an
54 deren Spitze ein Faschist agiert, muss alle herausfordern, die für ein weltoffenes
55 Thüringen, die Achtung der Menschenwürde und die Menschenrechte eintreten. Die
56 Attentate in Halle und Hanau haben die mörderischen Konsequenzen der anhaltenden
57 antisemitischen und rassistischen Agitation und Propaganda der extremen Rechten
58 verdeutlicht. Dieser rechtterroristischen Bedrohung, politisch flankiert durch die
59 völkisch-nationalistische AfD als deren parlamentarischer Arm, gilt es auf den
60 Straßen, in den Parlamenten, aber auch in Amtsstuben Widerstand entgegenzusetzen.

61 Wir, DIE LINKE. Thüringen, sehen uns in der Pflicht, für die soziale Demokratie als
62 Grundlage einer Gesellschaft freier und gleicher Menschen einzustehen. Hand in Hand
63 mit denen, die sich für eine solche lebenswerte Gesellschaft einsetzen, wollen wir
64 praktische Antworten auf die kleinen und großen Fragen des Alltags finden, ohne dabei
65 die Auswirkungen globaler Krisen auf uns alle aus den Augen zu verlieren. Egal, ob
66 bei Fridays for future, Black Lives Matter, der Antifa, Omas gegen Rechts oder den
67 Gewerkschaften, Vereinen und Verbänden – überall finden wir Verbündete im Streit für
68 eine Kultur der Menschenwürde, die alle ohne Angst verschieden sein lässt.

69 Eine Stärkung der LINKEN in Thüringen und stabile Mehrheitsverhältnisse für die
70 Fortsetzung von Rot-Rot-Grün und unserem Land wären ein wichtiges Signal für eine
71 sozial gerechte, die Demokratie verteidigende und ausbauende, Bildung und Kultur
72 fördernde, das Klima und die Umwelt schützende und eine friedenssichernde Politik.

73 Hierfür, liebe Thüringerinnen und Thüringer, bitten wir Sie um ihre Unterstützung bei
74 der vorgezogenen Landtagswahl am 25. April 2021.

Antrag A-0/ÄA-1: Änderungsantrag zu A-0

Änderungsantrag zu A-0

Antragsteller/in:	KV Apolda-Weimar
Status:	eingereicht

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 16

15 Nur um die weitere erfolgreiche Tätigkeit Bodo Ramelows zu verhindern, waren sie zum
16 ~~Tabu~~Dammbruch bereit. Der FDP-Politiker Thomas L. Kemmerich ließ sich von der AfD zum
17 Ministerpräsidenten wählen, die CDU gab sich trotz aller Warnungen für dieses Manöver
18 her.

Zeile 19

19 Die demokratische Öffentlichkeit hat sich diesem gefährlichen ~~Tabu~~Dammbruch
20 entgegengestellt. Bereits nach 24 Stunden musste Herr Kemmerich seinen Rücktritt
21 ankündigen. Seine Ein-Mann-Regierung bestand vier Wochen.

Begründung

Direkt nach der Wahl von Thomas L. Kemmerich zum Ministerpräsidenten Thüringens verwendete DIE LINKE Thüringen den Begriff „Dammbruch“. Dieser Wortlaut wurde auch von den Medien übernommen. Allein schon wegen des Wiedererkennungswertes sollte diese Formulierung so beibehalten werden. Außerdem wirkt „Tabubruch“ wie eine Verharmlosung des Vorfalls.

Antrag A-1: Landtagswahlprogramm Kapitel 1

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	eingereicht

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Sozial und solidarisch in der Krise – Für eine solidarische**

2 **Zukunft – Wir machen`s gerecht**

3

4 Unsere Gesellschaft steht angesichts der Corona-Pandemie vor großen
5 Herausforderungen, deren Umfang sich erst allmählich abzeichnen. Es war richtig, dass
6 Bund und Länder große Anstrengungen unternommen haben, um die negativen Folgen für
7 Wirtschaft und Beschäftigte abzufedern und die soziale Sicherheit der Menschen zu
8 garantieren. Wir, DIE LINKE. Thüringen, haben die Maßnahmen bezüglich des
9 Kurzarbeitergeldes, die Liquiditätshilfen für Unternehmen und Selbstständige und die
10 weiteren Hilfen unterstützt, ohne dabei deren Schieflage zu übersehen: Milliarden zur
11 Rettung von Konzernen auf der einen Seite, auf der anderen bürokratische und kaum
12 sachgerechte Angebote an Soloselbstständige und die vielen anderen von den
13 Auswirkungen der Pandemie Betroffenen. Deshalb haben wir uns eindringlich für
14 ergänzende Maßnahmen zugunsten jener Menschen eingesetzt, die aufgrund ihrer
15 besonderen beruflichen oder persönlichen Situation bisher nicht von den bereits
16 vereinbarten oder angekündigten Angeboten erreicht wurden.

- 17 • Gemeinsam mit unseren Koalitionspartnern haben wir in Form eines ersten
18 Thüringer Hilfspakets einen sozialen Schutzschirm für die von der Krise
19 besonders betroffenen Thüringerinnen und Thüringer, Unternehmen, sozialen und
20 kulturellen Einrichtungen, Vereine und Verbänden aufgespannt. Das betraf und
21 betrifft besonders die vielen Kulturschaffenden, Kleinstunternehmerinnen und -
22 unternehmer und Menschen im Dienstleistungsbereich, für die die Hilfsprogramme
23 des Bundes unzureichend waren.
- 24 • Wir unterstützen die Thüringer Städte, Gemeinden und Landkreise mit
25 Soforthilfen, um die zu erwartenden Ausfälle von Steuereinnahmen auszugleichen.
26 Zusätzlich zu den Bundeshilfen haben wir die Thüringer Firmen mit weiteren
27 finanziellen Hilfen unterstützt. Für die Landwirtschaft wurde ein
28 Soforthilfeprogramm aufgelegt. Unterstützung erhielt das Dienstleistungsgewerbe,
29 insbesondere in den Bereichen Tourismus und Gastronomie, ebenso gemeinnützige
30 Träger, die Sozialverbände, Arbeitsmarktträger, Berufsbildungsträger und Träger
31 von Geburtshäusern. Geholfen haben wir Museen, Theatern und Orchestern,
32 Festivals, der Soziokultur und den Freien Theatern und Kulturstiftungen.
- 33 • Allen Thüringer Eltern wurden für die Monate April, Mai und Juni 2020, in denen
34 die Kindereinrichtungen geschlossen oder nur im Notbetrieb geöffnet waren, die

35 Beträge erlassen. Sozial benachteiligten Schülerinnen und Schülern wurden durch
36 uns bei der Anschaffung von digitalen Endgeräten unterstützt. Den vom Bund
37 gezahlten Bonus für die Beschäftigten in der Altenpflege haben wir um 500 auf
38 1.500 Euro aufgestockt.

39 **Sozial gerecht für Alle**

40 Wir, DIE LINKE. Thüringen, sehen in der Herstellung von sozialer Gerechtigkeit und
41 sozialer Sicherheit die entscheidende Herausforderung für die Politik in unserem
42 Land. Gemeinsam mit unseren Koalitionspartnern haben wir gezeigt, dass eine Politik
43 der Solidarität gelingen kann. Wir haben die

44 Grundlagen unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens gemeinsam mit vielen Engagierten
45 in unserem Land erhalten und ausgebaut. Wir setzen Programme gegen Kinder- und
46 Altersarmut um und unterstützen Jugendliche, Menschen mit Behinderung, Pflegekräfte
47 sowie Pflegebedürftige und entlasten Familien. Wir sichern Krankenhäuser und fördern
48 sozialen Wohnungsbau. Wir denken unsere Politik von den Bedürfnissen der Menschen in
49 Thüringen her. Unabhängig von Geschlecht, Herkunft, Alter, sozialer Stellung oder
50 sexueller Orientierung der Menschen.

51 Wir werden deshalb den von uns begonnenen Weg der integrierten und
52 beteiligungsorientierten Sozialplanung konsequent fortsetzen. Wir wollen eine
53 bereichsübergreifende Planung von Jugend-, Gesundheits-, Familien- und Pflegepolitik
54 inklusive der Politik für Menschen mit Behinderung. Hierfür werden wir ein
55 bereichsübergreifendes Planungsreferat aufbauen, das Querschnittsthemen wie
56 Integration, Infrastrukturentwicklung und Wohnungspolitik ganzheitlich bearbeitet.
57 Gleichzeitig wollen wir die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger bei der
58 Sozialplanung verbessern und damit ihre Mitwirkung und Mitentscheidung stärken. Wir
59 setzen uns einen Forschungsbereich/eine Forschungsstelle zum Thema Sozialplanung an
60 einer Thüringer Hochschule ein. Wir wollen einen deutschlandweit einmaligen
61 öffentlich finanzierten Masterstudiengang Sozialplanung einrichten.

62 **Frauen und Mädchen: gleiche Rechte, gleiche Chancen – gerade jetzt**

63 Den größten Beitrag zur Bewältigung der Herausforderungen und Folgen der Krise
64 leisten Frauen. Sie sind überdurchschnittlich in den systemrelevanten Berufen
65 beschäftigt und damit auch besonders gefordert. Sehr oft waren und sind sie
66 diejenigen, die im familiären Bereich die Ausnahmesituationen meistern, hauptsächlich
67 sie erziehen, lehren, pflegen, kümmern sich. Die Doppelbelastung durch Erwerbs- und
68 Familienarbeit, der Frauen auch vor Corona ausgesetzt waren, spitzt sich dramatisch
69 zu und führt nicht selten zu einer Überlastung der Frauen und zusätzlichen
70 Belastungen der Familien.

71 Gleichzeitig hat die mehrheitliche Entscheidung des Thüringer
72 Verfassungsgerichtshofs, das vom Thüringer Landtag beschlossene Paritätsgesetz (das
73 die Parteien verpflichten sollte, ihre Landeslisten bei Landtagswahlen mit mindestens
74 zur Hälfte mit Frauen zu besetzen) aufzuheben, den Bestrebungen für eine wirkliche
75 Gleichberechtigung von Frauen in unserer Gesellschaft einen Rückschlag zugefügt. Wir
76 lassen uns durch dieses Urteil jedoch nicht entmutigen und kämpfen weiterhin für mehr
77 weibliche Partizipation und eine starke feministische Perspektive. Wir wollen, dass

- 78 Frauen am gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Leben ohne
79 Einschränkung und gleichberechtigt teilhaben können. Wir stehen für mehr
80 Partizipation auf allen gesellschaftlichen Ebenen, mehr Frauen in Führungspositionen,
81 gleiche Löhne für gleiche und gleichwertige Arbeit von Männern und Frauen, die
82 Abschaffung des Ehegatten-Splittings. Wir sind gegen Altersarmut von Frauen und für
83 die gleichberechtigte Verteilung von familiärer Pflege- und Sorgearbeit und für einen
84 umfassenden Schutz von Frauen vor Gewalt.
- 85 • Wir werden das Thüringer Gleichstellungsgesetz mit Blick auf verbindliche
86 Handlungsmöglichkeiten für die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten in den
87 Kommunen und im Land sowie die verpflichtenden Anforderungen an die Verwaltungen
88 novellieren. Unser Ziel besteht in der Stärkung der Stellung der
89 Gleichstellungsbeauftragten und ihrer Kompetenzen. Hierfür bedarf es auch einer
90 stärkeren personellen Ausstattung. Auf Landesebene setzen wir uns für eine
91 Abteilung Frauen- und Gleichstellungspolitik ein, die von der bzw. dem
92 Landesgleichstellungsbeauftragten geleitet werden soll.
 - 93 • Wir werden deshalb der Gleichstellungspolitik im gesetzgeberischen Handeln eine
94 stärkere Gewichtung zukommen zu lassen. Hierzu wollen wir alle
95 Haushaltsentscheidungen hinsichtlich ihrer Auswirkung auf die Geschlechter
96 besonders prüfen. (Genderbudgeting)
 - 97 • Wir setzen uns für verbesserte Aufstiegschancen von Frauen im öffentlichen
98 Dienst ein und wollen auch die Privatwirtschaft stärker in Verantwortung nehmen.
99 Auf Bundesebene fordern wir die Einführung eines Lohngerechtigkeitsgesetzes für
100 die Entgeltgleichheit.
 - 101 • Wir setzen uns weiterhin dafür ein, dass Angebote und Bedarfe für wohnortnahe
102 Schwangerschaftsabbrüche evaluiert werden, um Lücken in der Versorgung schließen
103 zu können. Wir, DIE LINKE. Thüringen, fordern die ersatzlose Streichung des
104 Paragraphen 219a und 218 Strafgesetzbuch (StGB). Wir wollen Informationsfreiheit
105 und Selbstbestimmung Schwangerer.
 - 106 • Nachdem auch auf unsere Initiative die Strukturen zur Umsetzung der Istanbul-
107 Konvention zum Schutz von Frauen vor Gewalt aufgebaut werden sollen, setzen wir
108 uns für die Bereitstellung dringend notwendiger personeller und finanzieller
109 Ressourcen ein. Ein schneller Ausbau der Plätze in Gewaltschutzeinrichtungen ist
110 ebenso unser Ziel wie ein nachhaltiges und breites Gewaltschutznetz in
111 Thüringen. Es muss allen betroffenen Frauen und Mädchen zugänglich sein,
112 besonders in Pandemiezeiten, in denen sich aufgrund der notwendigen
113 Einschränkungen die Gefahr häuslicher Gewalt erhöht. In solchen Situationen
114 müssen zukünftig die Hilfsangebote für betroffene Frauen und Mädchen verstärkt
115 öffentlich bekannt gemacht und deren ständige Erreichbarkeit gesichert werden.
 - 116 • Wir setzen uns dafür ein, dass die Frauenhäuser und Frauenschutzwohnungen
117 barrierefrei ausgebaut sein müssen. Wir unterstützen Vereine und Vorstände bei
118 der Antragstellung für die von der Bundesregierung in den kommenden Jahren zur
119 Verfügung gestellten Mittel für Investitionen in Frauenhäuser,
120 Frauenschutzwohnungen und Frauenberatungsstellen. Frauen mit Behinderungen,

121 Frauen mit Suchterkrankungen und pflegebedürftige Frauen müssen ebenfalls in
122 einer Schutz Einrichtung Zuflucht finden können. Hierfür wollen wir die
123 Betreuungsstrukturen bis hin zu Kooperationen mit Suchtkliniken oder
124 Pflegediensten weiterentwickeln. Für Frauen mit Behinderungen soll es
125 perspektivisch möglich sein, durch ihre Assistenzkräfte in die Frauenhäuser und
126 Schutzwohnungen begleitet zu werden.

127 • Wir wollen eine bessere Vernetzung der Frauenschutzeinrichtungen, damit eine
128 schutzsuchende Frau nicht von einem ausgelasteten Frauenhaus abgewiesen werden
129 muss, sondern gezielt an ein Haus weitervermittelt werden kann, in dem Plätze
130 frei sind. Die Netzwerkarbeit zwischen Polizei, Frauenhäusern,
131 Interventionsstellen und weiteren bei Bedarf involvierten Stellen und Ämtern
132 soll insbesondere in Hochrisikofällen zur Vermeidung schwerster Gewalttaten und
133 Mord ausgebaut werden. Zum Schutz vor häuslicher Gewalt gehört auch, Männer vor
134 gewalttätigen Partnerinnen zu schützen und mit dem Männerschutzprojekt A 4 den
135 Bedarf und das Konzept für eine Männerschutzwohnung zu klären.

136 • Wir wollen für die durch die Corona-Krise in Existenznöte gebrachten
137 Sexarbeiterinnen und –arbeiter ein Unterstützungsnetzwerk aufbauen, um sie zu
138 schützen und zu stärken. Hierfür werden wir eine entsprechende
139 Fachberatungsstelle einrichten.

140 **Ernsthaftigkeit und Augenhöhe im Verhältnis zu Kindern und Jugendlichen**

141 Die Interessen von Kindern und Jugendlichen erfordern gesetzlich verbriefte Rechte,
142 verlässliche Strukturen ihrer Selbstvertretung, Kontinuität bei den Angeboten der
143 Kinder- und Jugendarbeit und der politischen Jugendbildung. Wir, DIE LINKE.
144 Thüringen, wollen deshalb eine Ausweitung der Rechte von Kindern in der Thüringer
145 Verfassung und in der Kommunalordnung. Wir setzen uns für die gesetzliche Verankerung
146 und die Dynamisierung der Mittel für die örtlichen Jugendförderung und
147 Schulsozialarbeit im Landeshaushalt ein.

148 Selbstkritisch müssen wir feststellen, dass im Rahmen der Corona-Krise die
149 Beteiligung junger Menschen in Schule und Jugendhilfe oft übergangen wurde, obwohl es
150 genug Möglichkeiten gibt, diese auch auf neuen Wegen zu gewährleisten. Wir werden
151 diesen Fehler nicht wiederholen und Kinder und Jugendliche auch in schwierigen Zeiten
152 stärker einbeziehen, damit sie Selbstwirksamkeit erfahren, sie betreffende
153 Entscheidungen selbst treffen oder beeinflussen und ihr Leben selbstbestimmt
154 gestalten können.

155 • Wir werden die Gründung einer landesweiten Kinder- und Jugend-Selbstvertretung
156 unterstützen und ein Programm auflegen, das explizit die Tätigkeit von
157 Kreisjugendringen und deren Neugründung befördert. Gleichzeitig werden wir die
158 Förderung landesweiter Jugendstrukturen verstetigen. Wir werden uns für die
159 Einrichtung einer Stelle einer/eines Kinderbeauftragten des Landes als
160 Interessenvertretung und Initiatorin/Initiator von Beteiligungsprozessen
161 einsetzen. Wir wollen die Jugendforschung stärker fördern, um eine bessere
162 Unterbreitung jugendpolitischer Entscheidungen zu gewährleisten. Im Bundesrat
163 werden wir uns für eine Verankerung der UN-Kinderrechte im Grundgesetz

164 einsetzen.

- 165 • Wir werden den finanzschwachen Kommunen und Kreisen die Abrufung der Mittel aus
166 der örtlichen Jugendförderung erleichtern. Für die Mittel der örtlichen
167 Jugendförderung wollen wir Verpflichtungsermächtigungen auf mindestens 4 Jahre
168 erreichen, damit kommunale Jugendförderpläne längerfristige
169 Finanzierungssicherheit haben. Wir wollen eine Evaluierung der örtlichen
170 Planungsprozesse in der Kinder- und Jugendhilfeplanung. Wenn erforderlich,
171 wollen wir gesetzliche Veränderungen vornehmen, um eine vielfältige, plurale,
172 lebendige Jugendförderung flächendeckend umzusetzen.
- 173 • Wir werden im Interesse der Stärkung des Kinder- und Jugendschutzes dessen
174 personelle Ausstattung verbessern und eine stärkere Vernetzung und
175 Zusammenarbeit von Kinderschutzdiensten, Jugendhilfe, Jugendämtern,
176 Bildungseinrichtungen, Gewaltschutzeinrichtungen und Gesundheitswesen befördern.
- 177 • Wir wollen Kindern und Jugendliche vor häuslicher Gewalt und sexuellem
178 Missbrauch, vor Mobbing in Kindergärten und Schulen besser schützen. Ein Element
179 hierfür ist das neue Amt der/des Landesbeauftragten für Kinderschutz und zur
180 Bekämpfung sexueller Gewalt an Kindern.
- 181 • Wir werden im Thüringer Kinder- und Jugendhilfe-Ausführungsgesetz konkrete
182 Standards als Pflichtleistung der öffentlichen Träger der Jugendhilfe festlegen.
183 Wir setzen uns für die Umsetzung der vom Landesjugendhilfeausschuss
184 beschlossenen Qualitätsstandards im Kinder- und Jugendschutz ein.
- 185 • Wir wollen höhere Qualifizierungsanforderungen an Familienrichterinnen und -
186 richter im Bereich des Kindschafts-, Kinder- und Jugendhilferechts. Für die
187 Verfahrensbeistände an den Familiengerichten wollen wir verbesserte und
188 einheitliche Qualifikationsstandards. Wir wollen für die Studienrichtungen Jura,
189 Medizin, Erziehungswissenschaften und Soziale Arbeit die Ziele und Methoden des
190 Kinderschutzes verbindlich in die Studienpläne aufnehmen, um die
191 Qualifizierungsstandards in diesem Bereich für alle pädagogischen und sozialen
192 Berufe zu sichern. Diesbezüglich sind alle Fachkräfte kontinuierlich
193 weiterzubilden.
- 194 • Wir wollen das Kinder- und Jugend-Sorgen-Telefon des Freistaates Thüringen als
195 wichtigen Baustein in der Beratungslandschaft sichern und verstetigen.
- 196 • Wir wollen freiheitsentziehende Maßnahmen für Kinder und Jugendliche ohne
197 Strafmündigkeit und ohne vorwerfbare Straftaten weitestgehend ausschließen. Wir
198 sehen die Notwendigkeit, Kindern und Jugendlichen in schwierigen Situationen
199 tatsächlich zu helfen und dabei neue Wege zu gehen. Neben spezialisierten
200 Angeboten für betroffene Jugendliche wollen wir verstärkt auf die individuelle
201 Förderung setzen und hierfür die personellen Voraussetzungen in der Kinder- und
202 Jugendhilfe schaffen.

203 **Kinderarmut bekämpfen**

204 Arme Kinder leiden nicht nur unter schlechter Ernährung und unzureichender ärztlicher
205 Versorgung, sie haben auch schlechtere Chancen auf Bildung. Ihre Möglichkeiten für

206 gesellschaftliche Teilhabe und soziale Beziehungen sind stark eingeschränkt. Von
207 vielen Bereichen des Lebens wie Kinobesuchen, der Pflege von Hobbys in Vereinen oder
208 zusätzlichem Musikunterricht sind sie weitgehend ausgeschlossen.

209 Die Corona-Pandemie hat die mangelnde gesellschaftliche Teilhabe bedürftiger Kinder
210 verschärft. Ärmeren Kindern war es mangels digitaler Ausstattung zu Hause sehr oft
211 nicht möglich, adäquat am Homeschooling teilzunehmen. (Studie des Institutes der
212 Deutschen Wirtschaft: nur knapp 28 Prozent aller 12-Jährigen haben einen eigenen PC.
213 Bei armen Kindern liegt dieser Anteil bei nur 15 Prozent.) Hinzu kommt das Problem
214 fehlender Internetanschlüsse. Wir, DIE LINKE. Thüringen, kritisieren die von der
215 Bundesregierung geplante Erhöhung der Regelsätze für Kinder und Jugendliche im Hartz-
216 IV-Bezug zum 1. Januar 2021 als unzureichend, denn sie geht an der Lebensrealität
217 vorbei.

- 218 • Wir sehen im Kampf gegen die wachsende Kinder- und Jugendarmut in unserer
219 Gesellschaft als einzigen Ausweg nur den Ausbau des Sozialstaates, um die von
220 Armut betroffenen Familien nachhaltig zu unterstützen. Wir wollen eine starke
221 öffentliche Infrastruktur, die allen Kindern Förderung und Teilhabe ermöglicht.
222 Wir werden in Thüringen Bildung schrittweise gebührenfrei gestalten und mit der
223 Gewährung notwendiger Nachteilsausgleiche versuchen, die sozialen Unterschiede
224 auszugleichen und gleiche Chancen zu eröffnen.
- 225 • Wir werden den Zugang zur digitalen Welt für alle Kinder und Jugendlichen
226 kostenlos ermöglichen. Die Schulgebühren im Bereich der Berufsbildung wollen wir
227 abschaffen.
- 228 • Wir werden uns im Bundesrat dafür einsetzen, dass das Kindergeld nicht länger
229 auf die SGB- II-Leistungen und den Unterhaltsvorschuss angerechnet wird. Es ist
230 absurd, diese zur Stärkung von Kindern gedachten Mittel armen Familien wieder
231 abzuziehen. Zugleich werden wir im Bundesrat die Einführung einer
232 Kindergrundsicherung fordern, um dem wichtigen gesellschaftlichen Ziel,
233 Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen nachhaltig zu verbessern und
234 Kinderarmut ein für alle Mal zu überwinden, näher zu kommen.

235 Familien in ihrer Vielfalt unterstützen

236 Wir, DIE LINKE. Thüringen, vertreten ein vielfältiges Familienbild, in dem allen
237 Partnerschaften, in denen Menschen aus Liebe füreinander, für ihre Kinder und die
238 eigenen Eltern Verantwortung übernehmen, einen gleichberechtigten Platz haben. Unsere
239 Familienpolitik orientiert sich deshalb an den Bedürfnissen der Menschen und
240 behandelt alle Familienformen und Generationen gleich. Wir wollen alle Menschen in
241 der Vielfalt ihrer Lebensentwürfe mit unseren Angeboten in ihrem Lebensumfeld
242 erreichen und niemanden zurücklassen. Deshalb werden wir das von Rot-Rot-Grün
243 aufgelegte Landesprogramm „Solidarisches Zusammenleben der Generationen“ auf 20
244 Millionen Euro jährlich aufstocken und es inhaltlich erweitern. Das betrifft die
245 „Thüringer Initiative gegen Einsamkeit“, die die gesellschaftliche Teilhabe älterer
246 Menschen stärkt und ihre Lebensqualität verbessert. Hierzu gehört auch die
247 Initiierung eines „Sonderprogramms Familienkarte“ auf kommunaler Ebene, das den
248 Landkreisen mit vorhandener Familienkarte ermöglichen soll, ihre Angebote gemeinsam

249 mit den Anbietern vor Ort auszubauen und Landkreisen ohne Familienkarte stärker in
250 die Lage versetzt werden, eine solche anzubieten.

- 251 • Wir unterstützen die geplante Evaluierung des Landesprogramms „Solidarisches
252 Zusammenleben der Generationen“ durch das linksgeführte Sozialministerium. Mit
253 ihr wird die Qualität und die Zielerreichung des Landesprogramms beständig
254 sichergestellt.
- 255 • Wir werden das vom linksgeführten Sozialministerium eingeführte Sonderprogramm
256 „Familienerholung“ verstetigen, von dem bisher viele Thüringer Familien
257 profitieren konnten.
- 258 • Mit der Einführung eines landesweiten Familienpasses wollen wir allen Familien
259 die Chance geben, gemeinsam und kostengünstig Kultur zu erleben.
- 260 • Wir wollen in ganz Thüringen vielfältige und niedrighschwellige Angebote für die
261 Familien unterbreiten und dabei die besonderen Bedürfnisse und Wünsche von
262 Alleinerziehenden und Regenbogen-Familien stärker berücksichtigen. Dabei
263 unterstützen wir auch weiterhin die Arbeit des Landesfamilienrats und die
264 Umsetzung des Landesfamilienförderplans.
- 265 • Die bestehenden Erziehungs-, Ehe-, Familien- und Lebensberatungsstellen sowie
266 Familien- und Frauenzentren werden wir gerade in den Zeiten der Krise weiter
267 aufrechterhalten und ausfinanzieren.

268 **Aktive Seniorinnen und Senioren**

269 Wir, DIE LINKE. Thüringen, stehen für ein positives Bild des Alters und Alterns.
270 Ältere Menschen zeigen ein hohes gesellschaftliches Engagement und erwarten zu Recht,
271 als aktive Bürgerinnen und Bürger angesprochen zu werden. Wir würdigen ihre
272 Verdienste für unser Zusammenleben und werden den großen persönlichen Einsatz vieler
273 weiterhin fördern.

274 Ältere Menschen waren und sind von den Einschnitten durch die Pandemie in besonderer
275 Weise betroffen. Sie sind einem erhöhten Risiko für einen schweren Krankheitsverlauf
276 ausgesetzt und haben deshalb einen besonderen Anspruch, vor einer Infektion geschützt
277 zu werden. Ihnen gegenüber, wie auch den Menschen mit Vorerkrankungen, ist ein
278 solidarisches Verhalten im Alltag ein Gebot der Solidarität.

279 Das solidarische Verhalten im Alltag zum Schutz der Seniorinnen und Senioren sowie
280 Menschen mit Vorerkrankungen vor einer Infektion ist und bleibt weiterhin die Aufgabe
281 unserer Gesellschaft. Wir, DIE LINKE. Thüringen, unterstützen dies mit allen unseren
282 Möglichkeiten. Wir lehnen die Isolierung und Separierung von „Risikogruppen“,
283 insbesondere älteren Menschen, strikt ab.

- 284 • Wir werden Seniorinnen und Senioren mit ihren eigenständigen Ansprüchen und
285 Bedürfnissen weiterhin unterstützen. Dabei setzen wir auch auf die Umsetzung,
286 Weiterentwicklung und kommunale Verankerung des Seniorenmitwirkungs und -
287 beteiligungsgesetzes in Thüringen.
- 288 • Wir werden ein Förderprogramm für gutes Älterwerden im vertrauten Wohnumfeld
289 auflegen, das barrierefreie und generationenübergreifende Wohn- und
290 Betreuungsformen miteinander kombiniert sowie Seniorenengossenschaften und

291 weitere altersunterstützende Angebote fördert.

- 292 • Wir wollen ein Programm „Älter werden in der Gemeinschaft – Thüringer Initiative
293 gegen Einsamkeit“ (AGATHE) etablieren und schrittweise ausbauen.
- 294 • Wir werden uns für vergünstigte Tarife für Seniorinnen und Senioren bei der
295 Nutzung von Kultur- und Freizeitangeboten sowie eine bessere Abstimmung der
296 Angebote auf die Bedarfe älterer Menschen einsetzen.
- 297 • Wir werden gemeinsam mit den Seniorenbeiräten und dem Landesseniorenrat
298 Maßnahmen prüfen, um älteren Menschen die Teilhabe an der Digitalisierung zu
299 ermöglichen. Im Vordergrund stehen zunächst die digitale Grundversorgung und die
300 digitale Bildung.
- 301 • Wir werden das Problem der Gewalt in der Pflege stärker in den Blick nehmen -
302 sowohl Gewalt gegen zu Pflegenden als auch gegen Pflegerinnen und Pfleger.

303 **Selbstbestimmt teilhaben**

304 Wir, DIE LINKE. Thüringen, streiten für die Einbeziehung von Menschen mit
305 Behinderungen in die Gesellschaft in allen Lebensphasen. Ob Kita, Schule oder
306 Hochschule, in der Wirtschaft, auf dem Arbeitsmarkt und auch in der Politik und der
307 Zivilgesellschaft, – überall sollen Menschen mit Behinderung ihren inklusiven Platz
308 haben und ihr Leben selbstbestimmt gestalten können. Wir wollen deshalb die
309 Einführung eines Ehrenamtsassistentenfonds aus Landesmitteln für Menschen mit
310 Behinderung.

311 Die Lebensqualität von Menschen mit Behinderungen wurde durch die Corona-Krise
312 besonders stark beschnitten. Das liegt an den Schließungen der Werkstätten und damit
313 dem Wegfall des sozialen Bezugsrahmens und der Arbeitsstelle sowie der Sorge vor
314 einer Infektion und dem erschwerten Alltag durch die Gesundheitsschutzmaßnahmen.

315 Wir, DIE LINKE. Thüringen, wollen jedoch weiterhin die UN-Konvention über die Rechte
316 von Menschen mit Behinderungen umsetzen. Dies gilt angesichts der zusätzlichen
317 Problemlagen durch die Pandemie in besonderer Weise. Inklusion, umfassende
318 Barrierefreiheit und volle Teilhabe in allen Lebensbereichen sind auch weiterhin
319 unsere Ziele, die wir gemeinsam mit den Interessenvertretungs- und
320 Beteiligungsstrukturen von Menschen mit Behinderungen erreichen wollen.

- 321 • Wir werden deshalb den Thüringer Maßnahmenplan zur Umsetzung der UN-
322 Behindertenrechtskonvention weiter vorantreiben.
- 323 • Wir werden die Barrierefreiheit für Menschen mit Behinderung in allen Bereichen
324 weiter vorantreiben. Insbesondere wollen wir den Abbau von
325 Kommunikationsbarrieren in der Thüringer Verwaltung vorantreiben und uns für
326 eine ressortübergreifende Beratungsstelle „Thüringen barrierefrei“ einsetzen.
- 327 • Wir setzen uns dafür ein, dass die Interessenvertretung der Menschen mit
328 Behinderung in Thüringen, die „LIGA Selbstvertretung Thüringen e.V.“, eine
329 verstetigte Förderung erhält, damit Menschen mit Behinderung in eigener Sache
330 ihre Belange umsetzen können. Wir werden die Selbstvertretung von Menschen mit
331 Behinderungen in Werkstätten in ihren Rechten unterstützen. Mitbestimmung und
332 Mitwirkung gelten für uns LINKE auch und gerade in Pandemiezeiten. Wir werden

- 333 die Thüringer Beauftragte bzw. den Thüringer Beauftragten für Menschen mit
334 Behinderungen stärken und eine Landesfachstelle Barrierefreiheit einrichten.
- 335 • Wir werden die Umsetzung des Bundesteilhabegesetz (BTHG) in Thüringen umfassend
336 begleiten und dabei besonders auf eine flächendeckende Umsetzung der
337 Personenzentrierung in der Eingliederungshilfe in Thüringen achten. Wir wollen
338 zur Stärkung der Rechte der Menschen mit Behinderung im Rahmen der Umsetzung des
339 BTHG ein modernes Thüringer Wohn- und Teilhabegesetz auf den Weg bringen.
 - 340 • Wir werden zur Unterstützung der Integration von Menschen mit Behinderung in
341 Arbeit und Ausbildung das Budget für Arbeit im Rahmen der Umsetzung des BTHG und
342 die Europäischen Sozialfond-Förderprogramme und landeseigene
343 Arbeitsmarktprogramme nutzen.
 - 344 • Wir werden die Nachteilsausgleiche für sinnesbehinderte Menschen erhöhen,
345 weitere Möglichkeiten prüfen und uns dafür einsetzen, diese bundesweit
346 einheitlich auf hohem Niveau festzusetzen.
 - 347 • Wir werden uns im Bundesrat für einen Mindestlohn in Werkstätten für Menschen
348 mit Behinderungen und für eine Nachbesserung des Bundesteilhabegesetzes
349 einsetzen. Wir wollen, dass Unternehmen, die gemessen an ihrer Größe zu wenige
350 Menschen mit Behinderung beschäftigen, eine höhere Ausgleichsabgabe zahlen.

351 **Die Gleichstellung aller Lebensweisen umsetzen**

352 Wir, DIE LINKE. Thüringen, stehen für die Akzeptanz und Anerkennung vielfältiger
353 Lebensweisen, geschlechtlicher Identitäten und sexueller Orientierungen ein. Wir
354 wollen dazu beitragen, dass Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender, Trans*- und
355 Intersexuelle und queere Menschen (LSBTTIQ*) selbstbestimmt und diskriminierungsfrei
356 leben können. Im Bundesrat haben wir viele Anliegen im Sinne des
357 Gleichbehandlungsgebots, etwa die Ausweitung des Adoptionsrechts oder die Beendigung
358 von diskriminierenden Bestimmungen bei der Blutspende unterstützt. In Thüringen
359 unterstützen und begleiten wir jedes Jahr aktiv den Christopher Street Day (CSD) in
360 Thüringen.

- 361 • Wir wollen deshalb das Landesprogramm „Akzeptanz und Vielfalt“ mit seiner
362 Vielzahl wertvoller Maßnahmen verstetigen. Wir nehmen die von der LSBTTIQ*-
363 Community signalisierten Probleme bei der Umsetzung ernst und wollen deshalb
364 gemeinsam mit ihr neben dem Weg der Evaluierung geeignete Formen finden, die
365 festgelegten Maßnahmen tatsächlich zu verwirklichen. Einen ersten Schritt hierzu
366 sehen wir in der Stärkung der zivilgesellschaftlichen LSBTTIQ*-
367 Koordinierungsstelle des Landesprogramms.
- 368 • Wir unterstützen die Forderung der Änderung des Abstammungsrechtes. Es soll eine
369 automatische Anerkennung der Gebärenden und ihrer Partnerin als rechtliche
370 Eltern des Kindes von dessen Geburt an erfolgen.
- 371 • Wir setzen uns für eine geschlechtsneutrale Sprache bzw. für eine die Vielfalt
372 der Geschlechter widerspiegelnde Sprache in der öffentlichen Verwaltung ein.
- 373 • Wir fordern die flächendeckende Schaffung queerer Begegnungsorte und die
374 Etablierung von psychosozialer, spezialisierter Beratung für queere/LGBTTIQ*,

375 auch für Jugendliche. Wir unterstützen die Errichtung queerer Zentren in
376 Thüringen, die diese Beratung gewährleisten können.

- 377 • Wir fordern eine:n Queerbeauftragte:n für die Landesregierung des Freistaates
378 Thüringen. Ziel ist die Förderung und verstärkte Sichtbarkeit von LSBTTIQ* im
379 Grundsatz der Antidiskriminierung des Freistaates Thüringen und der
380 Öffentlichkeit. Starke LSBTTIQ*-Antidiskriminierungspolitik ist in im großen
381 Interesse der Gesellschaft. Die Community ist einem immensen Druck sowie
382 andauernder Diskriminierung ausgesetzt. Ein:e Beauftragte:r wird als Chance
383 verstanden, der Tagtäglich verbalen und oder physischen Diskriminierung und
384 Ausgrenzung den Raum zu nehmen.
- 385 • Wir werden ein Landesantidiskriminierungsgesetz auf den Weg bringen, dass das
386 Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) ergänzt.
- 387 • Wir werden eine zivilgesellschaftliche Antidiskriminierungsstelle einrichten,
388 die gegen alle Formen von Diskriminierungen agiert. Sie wird so ausgestattet
389 sein, dass sie eine professionelle Beratung und Begleitung für LSBTTIQ* anbieten
390 kann.
- 391 • Wir werden ein Gewaltschutzkonzept für LSBTTIQ*-Geflüchtete und andere
392 vulnerable Gruppen umsetzen. Die Umsetzung der Istanbul-Konvention muss Lesben,
393 Trans*Frauen und queere Frauen und Mädchen mitdenken.
- 394 • Wir werden die Sichtbarkeit von unterschiedlichen Lebenskonzepten auch im
395 öffentlichen Dienst fördern, etwa durch eine Veranstaltung Diversity Thüringen.

396 **Keine Profite mit der Miete**

397 Wir, DIE LINKE. Thüringen, sehen im bezahlbaren und barrierefreien Wohnraum ein
398 soziales Grundrecht. Deshalb wollen wir eine gesellschaftliche Offensive für
399 bezahlbares Wohnen. Haushalte, deren Einkommen unterhalb des Thüringer
400 Durchschnittseinkommens liegt, sollen für angemessenen Wohnraum nicht mehr als 30
401 Prozent ihres Nettoeinkommens für Wohnkosten (Miete, und Betriebskosten wie Strom,
402 Heizung und Wasser) aufbringen müssen. Wir werden Maßnahmen gegen Diskriminierung auf
403 dem Wohnungsmarkt entwickeln. Die Gründung von Mietergenossenschaften werden wir
404 besonders unterstützen.

405 Die Corona-Krise hat mit ihren notwendigen Einschränkungen der Bewegungsfreiheit der
406 Menschen die hohe soziale Bedeutung von Wohnraum nachdrücklich unterstrichen. Deshalb
407 treten wir für die Dauer der Pandemie dafür ein, Kündigungen von Mieterinnen und
408 Mietern sowie Gewerbetreibenden und Mieterhöhungen zu verbieten. Wir plädieren
409 eindringlich dafür, Strom- und Wassersperren zu untersagen und laufende Sperren
410 aufzuheben. Die Kosten der Krise dürfen nicht über später nachzuzahlende Mietschulden
411 den kleinen und mittleren Einkommensgruppen aufgelastet werden. Gleiches gilt für Gas
412 und Strom. Wir fordern, dass die während der Pandemie vorerst ausgesetzten
413 Zwangsräumungen nach der Krise nicht jene treffen dürfen, die jetzt unverschuldet in
414 Zahlungsschwierigkeiten geraten.

415 Wir kämpfen auf der Bundesebene für eine echte Mietpreisbremse. Die Kommunen müssen
416 Höchstmieten festlegen können, die Heizkosten sollen wieder im Wohngeld enthalten

417 sein. Wir wollen eine sozial- und altersgerechte Wohngeldregelung. Neubau, Sanierung
418 und Modernisierung müssen sozial verträglich gestaltet werden. Spekulationen mit
419 Wohnraum wollen wir verhindern. Bei der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen
420 müssen Mieterinnen und Mieter Mitspracherechte erhalten.

421 • Wir wollen einen neuen sozialen, gemeinnützigen Wohnungsbau als Alternative zum
422 privat dominierten und profitorientierten Wohnungsmarkt. Die Kommunale
423 Wohnungswirtschaft muss sozial- und gemeinwohlorientiert agieren. Sie muss
424 barrierefrei und ökologisch ausgerichtet sein. Wir werden deshalb einen
425 Gesetzentwurf „Soziales Wohnen“ vorlegen, dessen Ziel in der Sicherung und der
426 Förderung des sozialen Wohnungsbaus und der sozialen Wohnungsbewirtschaftung
427 liegt und in dem auch die Sozial- und Mietpreisbindung geregelt wird. Wir setzen
428 uns dafür ein, das Wohnungsbausondervermögen wieder mit ausreichend finanziellen
429 Mitteln auszustatten.

430 • Wir werden weiterhin Europa- und Bundesprogramme mit eigenen Mitteln
431 kofinanzieren, damit die Kommunen Gestaltungsspielraum haben. Die Förderinstrumente
432 und rechtlichen Rahmenbedingungen werden wir überprüfen und so gestalten, dass
433 gemeinwohlorientierte Wohnungsunternehmen und Genossenschaften sowie kommunale
434 Wohnungsgesellschaften bei Fusionen von der Grunderwerbsteuer befreit werden
435 können. Damit stärken wir die Wohngemeinnützigkeit und bauen sie aus. Den
436 Verkauf kommunalen Wohneigentums lehnen wir ab. Wir werden die Förderung von
437 bezahlbarem barrierefreiem Wohnraum, sowohl beim Neubau als auch beim Umbau,
438 fortsetzen.

439 • Wir werden neue altersgerechte Wohnformen fördern und uns auf Bundesebene für
440 eine sozial- und altersgerechte Wohngeldregelung einsetzen.

441 • Wir verstehen Wohnungspolitik als Teil der Stadtentwicklung und wollen
442 Fördermittel für den Sozialen Wohnungsbau mit einer integrierten
443 Stadtentwicklung koppeln. Die Schaffung neuen Wohnraums und die
444 Städtebauförderung werden wir ebenso eng miteinander verknüpfen. Wir wollen eine
445 Stadtentwicklung mit lebendig durchmischten Quartieren, die preiswerten Wohnraum
446 sichert. Notwendige Maßnahmen zur Verbesserung des Wohnumfeldes, der
447 Barrierereduzierung, der sozialen Infrastruktur, des öffentlichen Nahverkehrs
448 sowie wohnbegleitende Dienstleistungen.

449 • Wir behalten uns vor, Immobilien, die ausschließlich als Spekulationsobjekte
450 genutzt werden, zu vergesellschaften und der Allgemeinheit zuzuführen.
451 Immobilienkonzerne, die ihr Eigentum nicht zum Wohle der Allgemeinheit nutzen,
452 wollen wir enteignen. Wir sehen in einer gemeinwohlorientierten Bodenpolitik die
453 Voraussetzung für eine neue Wohngemeinnützigkeit. Deshalb ist es unser Ziel,
454 dass Grundstücke im kommunalen Eigentum bleiben und wieder zurückgewonnen werden
455 können. Für eine Limitierung der Grundstückspreise sind rechtssichere
456 Wertermittlungsverfahren zwingende Voraussetzung. Wir treten für entsprechende
457 Änderungen im Boden- und Planungsrecht ein. Sie sind notwendig, damit einer
458 spekulativen Preisentwicklung auf den Immobilienmärkten Einhalt geboten werden
459 kann. Wir wollen, dass das Vorkaufsrecht als Instrument für die Gewinnung von

460 Bauland für Kommunen verbessert wird.

- 461 • Wir treten dafür ein, dass Gewinne der kommunalen Wohnungsunternehmen kein
462 Instrument zur Deckung kommunaler Haushalte sein sollen.
- 463 • Wir stehen für die Errichtung einer gemeinnützigen
464 Landeswohnungsbaugesellschaft, um vor allem Kommunen im ländlichen Raum bei der
465 Schaffung und dem Erhalt von sozialem Wohnraum zu unterstützen.
- 466 • Durch die Änderung der Thüringer Bauordnung ist es möglich, dass wir deutlich
467 bessere Voraussetzungen haben, auch Holz als Baustoff zu verwenden. Den Einsatz
468 von Holz wollen wir künftig noch stärker fördern.
- 469 • Wir wollen das Programm zur Sanierung von Schulen und auch zum Neubau
470 fortsetzen, dabei geht es vor allem auch darum, die hygienischen Standards in
471 den Schulen deutlich zu verbessern.

472 **Solidarisches Gesundheitssystem der Zukunft**

473 Wir, DIE LINKE. Thüringen, wollen ein solidarisches Gesundheitssystem, in dem die
474 Gesundheit der Menschen und nicht der Profit im Vordergrund steht. Die Corona-
475 Pandemie hat gezeigt, wie wichtig der Gesundheitsschutz der Bevölkerung ist und wie
476 verletzlich das Gesundheitssystem sein kann. Es ist deshalb jetzt die Zeit für einen
477 Systemwechsel, hin zu einer zukunftsorientierten Krankenhauspolitik. Sie muss vor
478 allem den ökonomischen Druck von den Krankenhäusern nehmen, deren Zweck nicht die
479 Profiterwirtschaftung, sondern die bedarfsgerechte Gesundheitsversorgung der
480 Bevölkerung ist.

- 481 • Deshalb werden wir uns auf der Bundesebene dafür einsetzen, dass die
482 Fallpauschalen in den Krankenhäusern abgeschafft und durch eine bedarfsgerechte
483 Kostendeckung ersetzt werden. An Stelle der Finanzierung über pauschale Erlöse
484 je Fall wollen wir ein System der Kostendeckung der wirtschaftlich notwendigen
485 Ausgaben. Die Kosten im Personalbereich müssen vollständig refinanziert werden.
- 486 • Wir fordern einen Investitionsfonds des Bundes, der die Bundesländer bei
487 Sicherung eines flächendeckenden und am Bedarf ausgerichteten öffentlichen
488 Gesundheitssystems unterstützt. Hierzu gehört auch die Rekommunalisierung von
489 Krankenhäusern. Wir fordern ein Privatisierungsverbot von Krankenhäusern und ein
490 Ausschüttungsverbot von jenen Gewinnen in privaten Krankenhäusern, die mit
491 Versichertengeldern erzielt werden.
- 492 • Wir fordern eine solidarische Gesundheits- und Pflegeversicherung für alle!
493 Schluss mit der Zwei-Klassen-Medizin. Alle zahlen entsprechend aller Einkommen
494 ein, die Beiträge sinken für die Mehrheit, die Pflegeversicherung kommt für alle
495 Kosten auf, Eigenanteile entfallen.

496 Das Ziel unserer Gesundheitspolitik auf Landesebene war und ist es, dass
497 Gesundheitsvorsorge und medizinische Betreuung bei Krankheit allen Menschen
498 zugänglich sein müssen. Deshalb wollen wir eine bedarfsgerechte und wohnortnahe
499 medizinische Versorgung im ambulanten sowie stationären Bereich sicherstellen. Hierzu
500 gehören angemessene Wartezeiten bei Ärztinnen und Ärzten einschließlich einer guten
501 Notfallversorgung, ausreichende Kapazitäten in der Pflege und Psychotherapie,

502 insbesondere auch bei Traumatherapie. Wir setzen uns dafür ein, dass Patientinnen und
503 Patienten noch besser vertreten werden. Wir beachten die besonderen gesundheitlichen
504 Herausforderungen, vor denen Frauen stehen. Wir werden uns des Themas
505 Frauengesundheit annehmen und sowohl besondere gesundheitliche Belastungen und
506 Herausforderungen von Frauen als auch die nach wie vor männlich dominierte
507 Perspektive von Pharmazie und Medizin thematisieren.

508 Wir werden die Thüringer Kurorte weiterhin fördern. Wir werden die Gesundheitskarte
509 für Geflüchtete in Thüringen weiterhin anbieten. Den „Anonymen Krankenschein“ führen
510 wir ebenso wie die psychosoziale und therapeutische Versorgung geflüchteter Menschen
511 und Menschen ohne Krankenversicherung weiter

512 • Wir wollen „gute Arbeit“ im Gesundheitswesen. Im Ringen um gute medizinische
513 Fachkräfte setzen wir auf eine gerechte tarifliche Bezahlung der Beschäftigten
514 des öffentlichen Gesundheitsdienstes. Wir werden die Aus- und Fortbildung sowie
515 Qualifikation der Beschäftigten des öffentlichen Gesundheitsdienstes weiterhin
516 fördern.

517 • Wir werden die Thüringer Krankenhäuser bei der Sicherung einer qualitativ
518 hochwertigen und ortsnahe Gesundheitsversorgung der Menschen insbesondere im
519 ländlichen Raum unterstützen. Hierfür wollen wir die kommunalen
520 Krankenhausträger stärken und die interkommunale Zusammenarbeit sowie die
521 Bildung von Zweckverbänden fördern. Für uns hat die Qualität der Versorgung in
522 Krankenhäusern oberste Priorität. Nicht alle Krankenhäuser müssen alle
523 Leistungen für die Patientinnen und Patienten anbieten. Spezialisierte Zentren
524 mit hoher Fachkompetenz wollen wir auch planerisch berücksichtigen und fördern.
525 Deshalb wollen wir, dass das Universitätsklinikum Jena Plankrankenhaus wird.
526 Öffentliche Krankenhausinvestitionen sollen zuerst in Abhängigkeit von der
527 Qualität der Einrichtung und der Tarifbindung der Mitarbeiterinnen und
528 Mitarbeiter erfolgen.

529 • Wir werden vor allem im ländlichen Raum eine gute und stationäre Versorgung
530 sicherstellen und die hierzu erforderlichen Investitionen vornehmen. Wir wollen
531 sektorenübergreifende Modellprojekte erproben und gemeinsam mit anderen Partnern
532 fördern. Die Versorgung von ambulant und stationär muss stärker
533 ineinandergreifen. Insbesondere im ländlichen Raum werden wir gemeinsame
534 Niederlassungen von Ärztinnen und Ärzten fördern und auch alternative Formen wie
535 Genossenschaften nutzen. Wir setzen uns zugleich für den Erhalt eines dichten
536 landesweiten Apothekennetzes und damit die Aufrechterhaltung ihrer nicht zu
537 ersetzenden Beratungstätigkeit ein. Gemeinsam mit der Kassenärztlichen
538 Vereinigung wollen wir flächendeckend das Modell der „Gemeindeschwester Agnes“
539 auf ganz Thüringen ausweiten

540 • Wir wollen die Stärkung und den Ausbau des Projektes AGATHE (Alle gesund altern
541 – Thüringer Initiative gegen Einsamkeit) als festen Bestandteil im
542 vorpflegerischen Bereich. Ältere Menschen, die den Wunsch und das Bedürfnis
543 haben, möglichst lange zu Hause zu wohnen, wollen wir mit AGATHE unterstützen.
544 Wer es wünscht, erhält aufsuchende Beratung, Hilfe und Unterstützung. Mit AGATHE

- 545 wollen wir erreichen, dass niemand ohne Unterstützung einsam zu Hause ist.
- 546 • Wir wollen einen datenschutzgerechten Ausbau der Digitalisierung im
547 Gesundheitswesen, damit die Versorgung optimaler wird und alle relevanten Daten
548 für das Patientinnen- und Patientenwohl schnell verfügbar sind. Wir werden das
549 von uns auf den Weg gebrachte Programm „Krankenhäuser 4.0“ weiterführen, um alle
550 Krankenhäuser im Bereich IT und Digitalisierung zukunftsfest zu machen. Die
551 Telemedizin wird ein fester Baustein in der Gesundheitsversorgung.
- 552 • Auch auf unsere Initiative hat der Thüringer Landtag eine Erhöhung der Anzahl
553 der Studienplätze für Ärztinnen und Ärzte beschlossen. Wir werden uns für eine
554 Lockerung der hohen Zulassungsbeschränkungen einsetzen. Wir wollen insbesondere
555 den Einstieg in das Studium für medizinisch vorgebildete Menschen erleichtern.
556 Wir setzen auf eine Bindung der Studienplätze an die künftige Niederlassung in
557 Thüringen und werden deshalb ein Landärzteprogramm einführen und gemeinsam mit
558 der Kassenärztlichen Vereinigung Thüringen umsetzen. Wir werden prüfen, welche
559 Qualifizierungen in Zeiten des Fachkräftemangels für assistierende medizinische
560 Berufe möglich sind, um die Versorgung zu unterstützen.
- 561 • Wir werden den öffentlichen Gesundheitsdienst in Thüringen als wesentliche Säule
562 der Gesundheitsversorgung Thüringens stärken und stabilisieren. Hierfür werden
563 wir ein Landesgesetz auf den Weg zu bringen, dass sich auch an den Grundsätzen
564 der Öffentlichen Gesundheitspflege (Public Health) orientiert.
- 565 • Wir werden die Facharztquote in Thüringen erhalten, weil sie der Sicherheit der
566 Patientinnen und Patienten und der Attraktivität der Arbeitsplätze im Thüringer
567 Gesundheitswesen dient.
- 568 • Umfassende Arzneimittelsicherheit und Medizinproduktesicherheit gehören zu
569 unseren wichtigsten Aufgaben. Die Arzneimittelskandale in der Vergangenheit
570 haben gezeigt, wie wichtig ein funktionierender Vollzug und die Aufsicht über
571 diesen ist. Wir werden dafür sorgen, dass in Thüringen alle europäischen und
572 nationalen Standards eingehalten werden und hierfür die erforderlichen
573 personellen Ressourcen stärken.
- 574 • Wir bekennen uns zur freien Wahl für Schwangere, ihr Kind dort zur Welt bringen
575 zu können, wo sie dies möchten. Wir werden die Ergebnisse des „Runden Tisches
576 der Hebammen“ weiter umsetzen. Insbesondere familienbegleitende Maßnahmen und
577 leicht zugängliche Informations- und Beratungsangebote zu Hebammenleistungen
578 werden wir dauerhaft mit Landesmitteln unterstützen. Wir wollen die
579 Arbeitsbedingungen der Hebammen und Entbindungspfleger in Kliniken verbessern
580 und setzen uns für eine Verbesserung der Betreuungsquote zwischen ihnen und
581 werdenden Müttern ein. Wir werden auch freiberufliche Hebammen bei ihrem Kampf
582 um faire Arbeitsmöglichkeiten unterstützen.
- 583 • Wir setzen uns für die Reverstaatlichung des Maßregelvollzuges ein und werden
584 das entsprechende Gesetz des Thüringer Maßregelvollzugs novellieren. Wir bieten
585 den Beschäftigten im Maßregelvollzug den Übergang in den öffentlichen Dienst des
586 Freistaats Thüringen an.

- 587 • Wir setzen uns für eine gute psychiatrische Versorgung in Thüringen ein und
588 legen dabei besonderen Augenmerk auf Vernetzung, Verzahnung wie auch Kooperation
589 aller Angebote und Strukturen. Wir werden gemeindepsychiatrische Verbünde
590 unterstützen und wollen eine gute Zusammenarbeit der Psychiatriekoordinatoren
591 des öffentlichen Gesundheitsdienstes befördern.
- 592 • Wir wollen die Gesundheitsförderung und Prävention unter Einbeziehung der
593 Akteure der örtlichen Bedarfslagen und der Sozial- und Gesundheitsplanung neu
594 ausrichten. Dabei werden wir an die Erfahrungen der Umsetzung des
595 Landesprogrammes Solidarisches Zusammenleben der Generationen anknüpfen. Die
596 Landvereinigung für Gesundheitsförderung Thüringen e. V. (AGETHUR) wollen wir
597 dabei als erfahrene, kompetente Beraterin und Begleiterin insbesondere beim
598 Ausbau kommunaler Angebote und Maßnahmen stärken und unterstützen.
- 599 • Wir werden zur Pandemie-Vorsorge die Versorgung der Bevölkerung durch dezentrale
600 Lagerung von Medizinprodukten absichern.<

601 **Gute Pflege stärken**

602 Wir, DIE LINKE. Thüringen, stellen auch in der Pflege Menschen vor Profite.

603 Wir wollen eine menschenwürdige und an den individuellen Bedürfnissen ausgerichtete
604 Pflege und Betreuung, die gerecht und solidarisch von allen finanziert wird. Den in
605 Pflegeberufen Tätigen muss mehr Respekt und finanzielle Anerkennung entgegengebracht
606 werden.

607 • Wir setzen uns deshalb auf der Bundesebene dafür ein, dass Pflegekräfte und
608 Hilfskräfte deutschlandweit einen einheitlichen Mindestlohn erhalten und
609 unterstützen die Sozial- und Tarifpartner bei der Überwindung der
610 unübersichtlichen Tariflandschaft im Sozial- und Gesundheitsbereich hin zu einem
611 Branchentarifvertrag. Wir unterstützen die Maßnahmen der Konzierten Aktion
612 Pflege für „Gute Arbeit in der Pflege“.

613 • Wir wollen einen verbindlichen Pflegepersonalschlüssel einführen, um die
614 Qualität in der Pflege zu steigern und den Pflegeberuf attraktiver zu machen. In
615 allen patientennahen Bereichen muss eine gesetzliche Personalbemessung gelten,
616 um die Arbeitsbedingungen zu verbessern.

617 • Wir setzen uns für sozial verträgliche Eigenanteile ein, die Betroffenen nicht
618 in die Armut treiben. Wir wollen mit Investitionspaketen für Pflegeheime deren
619 Qualität sichern.

620 Wir werden pflegende Angehörige durch Beratung und Begleitung stärken und
621 unterstützen. Wir drängen darauf, die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf weiter zu
622 erleichtern. Mit regelmäßigen Pflegekonferenzen wollen wir den Fachaustausch zwischen
623 lokalen Akteuren aus Pflegeberufen und dem Ehrenamt befördern. Damit unterstützen wir
624 praktisch eine altersgerechte Gestaltung der sozialen Infrastruktur.

625 Gute Pflege für Thüringerinnen und Thüringer ist eine zentrale,
626 gesamtgesellschaftliche, ressortübergreifende und eine prioritäre Aufgabe. Wir setzen
627 uns dafür ein, dass dieses zentrale Zukunftsthema für unser Land durch eine Abteilung
628 Pflegepolitik gesteuert wird. Wir wollen den Thüringer Pflegepakt zu einem

629 landesweiten Bündnis für gute Pflege in Thüringen weiterentwickeln.

- 630 • Wir wollen eine komplette Bestandsaufnahme zur Pflegesituation in den Kommunen
631 befördern, um wohnortnah weiße Flecken mit Angeboten für Pflegebedürftige und
632 Angehörige zu füllen. Damit legen wir die Grundlage zur Wiedereinführung einer
633 Landespflegeplanung.
- 634 • Pflegeberufen und gebührt höchste Achtung. Wir unterstützen Imagekampagnen, die
635 Pflege und Ausbildung in der Pflege im öffentlichen Bewusstsein stärken. Wir
636 wollen gute Arbeitsbedingungen in der Pflege, die Vereinbarkeit von Familie und
637 Beruf und unterstützen diesbezüglich kreative, fachkräftebindende
638 Lösungsansätze.
- 639 • Wir werden für die Gewinnung von Pflegefachkräften die Thüringer Agentur für
640 Fachkräftegewinnung international und auf nationaler Ebene nutzen. Im Rahmen der
641 neuen Europäischen Sozialfonds (ESF)-Förderperiode setzen wir auf Unterstützung
642 der Berufsausbildung und beruflichen Weiterbildung im Bereich Pflege und auf
643 flankierende Hilfen für Unternehmen in der Gesundheits- und Sozialwirtschaft zur
644 Gewinnung von ausländischen Fachkräften und Auszubildenden.
- 645 • Wir wollen die ambulante Versorgung, die Kurzzeitpflege und die regionalen
646 Beratungs- und Netzwerkstrukturen sichern und weiter ausbauen. Wir werden die
647 barrierefreien Pflegeberatungsstellen vor allem im ländlichen Raum fördern.
- 648 • Wir setzen vor allem auch auf Pflegeprävention und die Stärkung pflegender
649 Angehöriger. Wir wollen ein Landesnetzwerk für eine gute Beratung, Austausch und
650 Unterstützung pflegender Angehöriger aufbauen.

651 **Prävention statt Kriminalisierung: für eine zeitgemäße Drogen- und Suchtpolitik**

652 Wir, DIE LINKE. Thüringen, stehen für eine emanzipatorische, gesundheitsorientierte
653 und selbstbestimmte Drogenpolitik und Suchtprävention.

654 Unseren Ausgangspunkt bilden die Erkenntnis und die Akzeptanz, dass das Ziel einer
655 drogenfreien Gesellschaft kaum der Realität entspricht. Dennoch wollen wir den
656 Missbrauch von gesetzlich zugelassenen und von verbotenen Rauschmitteln und
657 Suchtgefährdungen eindämmen. Nach unserer Überzeugung gelingt dies jedoch nicht durch
658 die Kriminalisierung von Drogenkonsum, sondern nur durch einen effektiven Jugend-,
659 Gesundheits- und Verbraucherschutz. Deshalb setzen wir uns für ein bundesweites
660 Werbeverbot sowohl für Alkohol und Tabakprodukte als auch für Glücksspiel ein.

- 661 • Menschen in Abhängigkeit wollen wir aus ihrer Sucht heraus begleiten. Damit
662 einher geht für uns die Legalisierung von Cannabis, die kontrollierte Abgabe
663 sogenannter harter Drogen an Menschen mit Abhängigkeit und die Möglichkeit,
664 Drogen zum Eigenbedarf auf Verunreinigungen prüfen zu lassen. Deshalb werden wir
665 das Pilot-Projekt „Drug-Checking“ weiter unterstützen und plädieren für ein
666 wissenschaftlich begleitetes Modellprojekt zur kontrollierten Abgabe von
667 Cannabis an Erwachsene in Thüringen.
- 668 • Wir werden weiterhin darauf hinwirken, dass sich die zuständigen Stellen in
669 Thüringen verstärkt den gesellschaftlichen Folgewirkungen von Drogenmissbrauch,
670 insbesondere dem starken und weiter zunehmenden Crystal Meth-Konsum, stellen.

671 Wir werden die Vernetzung der Beratungs- und Hilfestrukturen im
672 Schwerpunktbereich Crystal Meth verstetigen.

- 673 • Wir werden uns für bessere Maßnahmen für suchtkranke Familien und deren
674 Finanzierung einsetzen. Wir wollen hierzu die Öffentlichkeit stärker für die
675 Bedarfe von Kindern suchtkranker Eltern sensibilisieren.
- 676 • Wir wollen die psychosoziale Betreuung insbesondere von Schwangeren mit
677 Abhängigkeitsproblematik und Schwerstabhängigen stärken. Ebenso wollen wir, um
678 Suchtabhängigen die Teilhabe und eine Integration in die Arbeitswelt zu
679 ermöglichen, die Substitutionsbehandlung flächendeckend ermöglichen.
- 680 • Wir werden einen sachlichen und wertfreien Präventivunterricht an Thüringer
681 Schulen anbieten, der nicht durch die Polizei, sondern durch geschulte
682 Sozialarbeiterinnen und -arbeiter erfolgt.

683 **Arbeiten und Wirtschaften nach Corona**

684 Wir, DIE LINKE. Thüringen, sind der festen Überzeugung, dass die Arbeitsmarkt- und
685 Wirtschaftspolitik sowie die Wirtschaftsförderung angesichts der ökologischen
686 Gefährdungen und der durch die Corona-Pandemie massiv wachsenden sozialen
687 Ungerechtigkeiten neu ausgerichtet werden müssen. Die Corona-Krise zwingt uns alle
688 darüber nachzudenken, wie wir öffentliche Daseinsvorsorge, soziale Absicherung und
689 unsere Arbeitswelt neu gestalten zu können, denn sie hat die bestehenden Problemlagen
690 weiter verstärkt. Das Wort „Systemrelevant“ darf nicht nur ein Synonym für jene
691 Berufszweige bleiben, die in der Krise besonderer Belastung ausgesetzt waren und es
692 immer noch sind. Dringend nötig ist aber auch die Aufwertung der Berufe, die die
693 Gesellschaft am Laufen halten und dabei dramatisch unterbewertet und unterbezahlt
694 sind.

695 Wir, DIE LINKE. Thüringen, setzen uns dafür ein, dass das Kurzarbeitergeld auf 90
696 Prozent des Nettoentgelts angehoben wird und der Mindestlohn auf 13 Euro steigt.
697 Gemeinsam mit unserer LINKEN Bundestagsfraktion kämpfen wir für bessere Bedingungen
698 der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Wir stellen uns allen Versuchen entgegen, die
699 Corona-Krise zum Abbau von Beschäftigtenrechten oder zu Verschlechterungen im
700 Arbeitszeitgesetz zu nutzen. Wir werden weder die im Vergabegesetz festgelegten
701 ökologischen und sozialen Standards mindern, noch einer Ausweitung der
702 Ladenöffnungszeiten zustimmen. Gerade in der Krise ist es wichtig, sie nicht noch
703 weiter zu belasten.

704 Wir wollen gemeinsam mit den Beschäftigten und ihren Interessenvertretungen Antworten
705 finden, wie die Wirtschaft und der Arbeitsmarkt aufgestellt sein müssen, damit alle
706 Menschen gut arbeiten und leben können. Wir sehen in Arbeitszeitverkürzungen und
707 einem existenzsichernden Grundeinkommen erste konkrete Schritte. Wir wollen deshalb
708 ein Modellprojekt eines existenzsichernden bedingungslosen Grundeinkommens für 1000
709 Menschen eines Stadtteils oder eines Ortes für drei Jahre mit wissenschaftlicher
710 Begleitung durchführen.

711 **„Gute Arbeit“ für Alle**

712 Gemeinsam mit unseren Koalitionspartnern haben wir seit unserem Regierungsantritt in

713 Thüringen wirksame Instrumente entwickelt, um die Auswirkungen der Pandemie auf den
714 Arbeitsmarkt einzudämmen.

715 • Wir werden die Thüringer Programme zur öffentlich geförderten Beschäftigung und
716 gemeinwohlorientierte Arbeit ebenso stärken wie das Landesarbeitsmarktprogramm.
717 Damit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gut arbeiten und leben können, setzen
718 wir uns für die Stärkung der Tarifbindung ein und wollen die Hürden für
719 allgemeinverbindliche Tarifverträge senken. Zur Stärkung der Tarifbindung werden
720 wir alle Landesbeteiligungen auf Einhaltung von Tarifverträgen überprüfen und
721 wenn keine Tarifbindung vorliegt, entsprechende Schritte zum Übergang in einen
722 Tarifvertrag vornehmen. Gleiches gilt für die gesetzlich vorgesehenen Gremien
723 der Mitbestimmung nach dem Betriebsverfassungsgesetz.

724 • Mit dem von Rot-Rot-Grün eingeführten Thüringer Vergabegesetz sorgen wir dafür,
725 dass staatliche Aufträge an gute Arbeitsbedingungen und die Zahlung des
726 Mindestlohns gekoppelt sind. Wir werden weiterhin für ein eigenes, deutlich über
727 dem allgemeinen Mindestlohn liegendes Mindestentgelt für öffentliche Aufträge
728 kämpfen, dass unter Beachtung des Vorrangs von Tarifverträgen zügig weiter
729 gesteigert wird. Das Vergabegesetz werden wir nutzen, um die Tarifbindung durch
730 Anwendung der Tariftreueklausel zu erhöhen. Staatliche Fördermittel werden wir
731 an tarifgerechte Entlohnung binden und die Wirkung des Vergabegesetz auf die
732 Kommunen ausweiten

733 • Wir wollen gemeinsam mit den Gewerkschaften eine Anti-Stress-Verordnung
734 etablieren, um die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor den weiter steigenden
735 Belastungen zu schützen. Wir werden uns auch weiterhin für eine
736 tarifvertragliche Verkürzung der Arbeitszeiten und für den Schutz und die
737 Verbesserung des Arbeitszeitgesetzes stark machen. Wir werden die Unternehmen,
738 Betriebs- und Personalräte beim betrieblichen Gesundheitsmanagement unterstützen
739 sowie Weiterbildungsstandards etablieren und verbessern.

740 • Wir werden die Bedingungen und Voraussetzungen für die Errichtung einer
741 Arbeitskammer in Thüringen prüfen. Mit ihrer Etablierung würden die
742 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Thüringen eine öffentlich-rechtliche
743 Einrichtung in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften zur Vertretung ihrer
744 Interessen in Wirtschaft und Politik erhalten. Dafür treten wir in den Dialog
745 mit den Gewerkschaften.

746 • Gemäß den Handlungsempfehlungen der Enquetekommission „Rassismus und
747 Diskriminierung“ wollen wir eine Initiative zur Etablierung von anonymen
748 Bewerbungsverfahren unterstützen, die Entwicklung und den Ausbau von Beratungs-,
749 Informations- und Qualifikationsangebote für Unternehmen und Betriebe
750 hinsichtlich einer diversitätssensiblen Öffnung voranbringen, die Förderung von
751 Menschen mit Migrationshintergrund und Flucht- und Rassismuserfahrungen in den
752 Jobcentern und Arbeitsagenturen verstetigen sowie im Leitbild der GFAW eine
753 Antirassismus- und Antidiskriminierungsrichtlinie etablieren.

754 • Gemäß den Handlungsempfehlungen der Enquetekommission „Rassismus und
755 Diskriminierung“ werden wir eine Initiative zur Etablierung von anonymen

756 Bewerbungsverfahren unterstützen. Wir wollen die Entwicklung und den Ausbau von
757 Beratungs-, Informations- und Qualifikationsangebote für Unternehmen und
758 Betriebe hinsichtlich einer diversitätssensiblen Öffnung voranbringen. Die
759 Förderung von Menschen mit Migrationshintergrund und Flucht- und
760 Rassismuserfahrungen durch die Jobcenter und Arbeitsagenturen wollen wir
761 verstetigen. Im Leitbild der GFAW wollen wir eine Antirassismus- und
762 Antidiskriminierungsrichtlinie etablieren. Auch der öffentliche Dienst muss die
763 gesellschaftliche Entwicklung widerspiegeln und diverser werden.

764 • Wir wollen einen langfristigen Monitoring- und Werkstattprozess „Arbeit und
765 Leben in Zukunft“ anregen, der in Verbindung mit Wissenschaft, Wirtschaft und
766 Gewerkschaften in Thüringen eine entsprechende Faktenbasis für anstehende
767 Veränderungen schafft, um auf diese rechtzeitig reagieren zu können.

768 • Wir werden „gute Arbeit“ für Menschen mit Behinderungen stärken und Maßnahmen
769 ergreifen, um Beschäftigte aus den Behindertenwerkstätten in den regulären
770 Arbeitsmarkt zu begleiten. Arbeitslose Menschen mit Behinderungen wollen wir
771 schneller in den Arbeitsmarkt integrieren und bauen hierfür die Arbeitsassistenten
772 aus. Wir wollen Integrationsbetriebe und andere Unternehmen, die Menschen mit
773 Beeinträchtigungen eine Erwerbsperspektive ermöglichen, besser unterstützen. Im
774 Thüringer Landtag wollen wir mit gutem Beispiel vorangehen, in dem wir Stellen
775 für Menschen mit Behinderung schaffen, die Gesetzestexte und Veröffentlichungen
776 in leichter Sprache übersetzen. Damit machen wir Landespolitik für mehr Menschen
777 zugänglich.

778 • Damit der Arbeits- und Gesundheitsschutz für alle Arbeitnehmerinnen und
779 Arbeitnehmer garantiert wird, werden wir das für die Kontrolle zuständige
780 Landesamt personell aufstocken. Damit der Arbeits- und Gesundheitsschutz für
781 alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer garantiert werden, wollen wir das für
782 die Kontrolle zuständige Landesamt personell aufstocken. Wir wollen diejenigen
783 schützen, die durch die Corona-Pandemie besonderen Belastungen ausgesetzt sind.
784 Wir halten an der klaren Begrenzung der Sonn- und Feiertagsarbeit und an den
785 zwei freien Samstagen pro Monat im Einzelhandel fest, damit freie Tage für
786 Familie, Freundschaften und Erholung für möglichst viele Beschäftigte garantiert
787 sind.

788 • Wir werden eine Bildungsoffensive „Moderne Arbeitswelt 4.0“ fördern, um jetzige
789 und künftige Beschäftigte über ihre Mitbestimmungsrechte aufzuklären, über
790 Handlungsoptionen zu beraten und interkulturelle Kompetenz zu stärken. In
791 Zusammenarbeit mit geeigneten Trägern soll diese in den Schulen und
792 Berufsschulen ansetzen, um alle jungen Menschen erreichen zu können.

793 • Wir werden das Landesarbeitsmarktprogramm zur Arbeitsmarkt- und
794 Ausbildungsintegration geflüchteter Menschen fortsetzen, um auch weiterhin
795 anerkannte und nicht (oder noch nicht) anerkannte Asylbewerberinnen und
796 Asylbewerber in den Arbeitsmarkt zu integrieren und dementsprechende Projekte zu
797 fördern. Wir werden uns an entsprechenden Bundesprogrammen, bei denen die
798 Mitfinanzierung des Landes notwendig ist, beteiligen. Auf der Bundesebene werden

799 wir uns für die Möglichkeiten eines „Spurwechsel“ einsetzen, um geflüchteten
800 Menschen unabhängig vom Asylverfahren ein Bleiberecht zu ermöglichen und sie bei
801 der Arbeitsmarktintegration zu unterstützen.

802 • Wir setzen uns für die Achtung der internationalen Kernarbeitsnormen ein, um
803 ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen global zu begegnen. Ein wirksames
804 Lieferkettengesetz werden wir auf Bundesebene unterstützen.

805 • Wir werden im Bundesrat für die Abschaffung des Hartz-IV-Systems mit seinem
806 Sanktionsapparat einsetzen, dass durch eine armutsfeste und sanktionsfreie
807 Grundsicherung ersetzt werden muss. Wir wollen den öffentlich geförderten
808 Beschäftigungssektor ausbauen, um Arbeit und nicht Arbeitslosigkeit zu
809 finanzieren.

810 **Gemeinwohlorientierung vor Gewinnmaximierung: Für einen Sozial-ökologischen Aufbruch**
811 **durch nachhaltiges Wirtschaften**

812 Kleine und mittlere Unternehmen sind zentraler Bestandteil der Thüringer Wirtschaft.
813 Viele erfahren infolge der Schutzmaßnahmen gegen die Corona-Pandemie erhebliche, auch
814 existentielle Einschränkungen. Dennoch beweisen viele Unternehmen Mut im Umgang mit
815 der Krise und gehen neue Wege, um Arbeitsplätze zu erhalten. Mit ihren
816 unterschiedlichen Fähigkeiten und dem Engagement ihrer Mitarbeiterinnen und
817 Mitarbeiter haben sie sich zusammengeschlossen, um eigene Mund-Nasen-
818 Schutzbedeckungen und Schutzkleidung in Thüringen zu produzieren.

819 Thüringer Firmen forschen z. B. an neuen Lüftungssystemen, um die Luft in Räumen
820 virenfrei zu halten, entwickeln Oberflächenbeschichtungen zur Abwehr von Viren und
821 Bakterien.

822 Diese Unternehmen haben erkannt, dass soziale Verantwortung, belastbare Netzwerke,
823 umfassende Mitarbeiterinnen- und Mitarbeiterbeteiligung und regionale Bindung keine
824 Wettbewerbsnachteile sind. Im Gegenteil!

825 Thüringens Zukunft gestalten heißt, nicht Konzerninteressen und profitorientierte
826 Wegwerfmentalität in den Mittelpunkt der Wirtschaftspolitik zu stellen, sondern all
827 diejenigen Akteure solidarischen zu unterstützen und zu stärken, die
828 Gemeinwohlorientierung vor Gewinnmaximierung und Mitarbeiterbeteiligung nachhaltig
829 vorantreiben wollen.

830 Der Strukturwandel und die damit verbundene schwierige Situation insbesondere der
831 Automobilzuliefererindustrie in Thüringen haben sich bereits vor Corona abgezeichnet.
832 Die Pandemie hat die Situation weiter zugespitzt.

833 Wir, DIE LINKE. Thüringen, wollen gemeinsam mit den Gewerkschaften und Betriebsräten
834 aktiv Arbeitsplatzabbau und Betriebsschließungen entgegentreten und mit einem
835 Transformationsfonds die Weiterentwicklung von Industriestandorten und den Erhalt von
836 Industriearbeitsplätzen mit neuen Perspektiven fördern. Wir vernetzen alle Akteure,
837 Klein- und Mittelständischen Unternehmen, die industrienahen Forschungseinrichtungen,
838 Wirtschaftsförderer und Arbeitsmarktakteure, um nachhaltige neue Produkte und
839 Dienstleistungen zu entwickeln, den sozialökologische Wandel voranzutreiben und
840 Wirtschaftskreisläufe zu regionalisieren. Besonders nehmen wir die Unterstützung von

841 Betriebsräten in den Blick, weil sie für nachhaltige Wirtschaftsentwicklung in der
842 Region stehen.

843 Wir werden die Einrichtung einer Thüringer Eigenkapitalgesellschaft (TEK) prüfen. Die
844 TEK soll eine Landesgesellschaft sein, die Anteile bei Unternehmen erwerben kann, die
845 in eine wirtschaftliche Schieflage geraten sind. Als Anteilseigner soll die TEK
846 helfen, Unternehmen zu stabilisieren und für die Zukunft aufzustellen. Das kann etwa
847 dann der Fall sein, wenn Banken zu Marktkonditionen nicht mehr bereit sind, Kapital
848 zur Verfügung zu stellen. Das Land hingegen kann durch die direkte
849 Unternehmensbeteiligung für neue Kreditfähigkeit sorgen. Es erwirbt dabei mindestens
850 25,1 Prozent der Unternehmensanteile. So wird sichergestellt, dass die TEK Einfluss
851 auf Entscheidungen des Unternehmens hat.

852 Wir setzen uns dafür ein, dass paritätisch zu besetzende Transformations- und
853 Wirtschaftsbeiräte die Demokratisierung der Wirtschaft, von den Kommunen bis zur
854 Bundesebene weiter vorantreiben.

855 Für die wirtschaftspolitische Schwerpunktsetzung nach Corona werden für uns die
856 folgenden Aspekte maßgebend sein, auf deren Basis wir die künftige Mittelausstattung
857 und Veränderung der einzelnen Instrumente der Wirtschaftsförderung im Landeshaushalt
858 gestalten wollen.

- 859 • Wir setzen auf eine nachhaltige und soziale Wirtschaftsentwicklung. Deshalb
860 werden wir den erreichten Stand bei der sozial-ökologischen Ausgestaltung von
861 Vergabekriterien und weitere Maßnahmen für ein Umsteuern in der Wirtschaft
862 beibehalten und ausbauen. Dabei stehen die ständige Evaluation und
863 Weiterentwicklung der Vergabekriterien ebenso im Mittelpunkt wie die Bindung
864 staatlicher finanzieller Wirtschaftsförderung an gute Arbeitsbedingungen und
865 ökologische Kriterien, einschließlich der Ökobilanz eines Produkts von der
866 Herstellung bis zur Entsorgung, seiner Langlebigkeit, Reparierbarkeit und
867 Recyclingfähigkeit.
- 868 • Wir setzen auf die Regionalisierung und die nachhaltige sozial-ökologische
869 Gestaltung der Wirtschaftskreisläufe und die damit verbundene Verringerung der
870 Distanzen zwischen Erzeugerinnen und Erzeugern einerseits sowie Verbraucherinnen
871 und Verbrauchern andererseits. Die Regionalisierung wird für nahezu alle
872 Wirtschaftsbereiche eine neue Bedeutung gewinnen. Deshalb werden wir ihre
873 Entwicklung gerade jetzt stärken und ausbauen. Dafür ist in einem ersten Schritt
874 der Ausbau stärkerer Kooperationen zwischen Betrieben notwendig. Dies soll
875 künftig bei der Vergabe von Fördermitteln ein wichtiges Kriterium sein.
- 876 • Wir setzen auf regionale und nachhaltige sozial-ökologische
877 Wirtschaftskreisläufe, die in nahezu allen Bereichen mehr Bedeutung gewinnen.
878 Wir wollen in systemrelevanten Bereichen wie der Gesundheitsversorgung eigene
879 Wirtschafts- und Produktionskapazitäten ausbauen und Möglichkeiten der
880 Eigenproduktion weiterentwickeln.
- 881 • Wir setzen auf Wirtschaftsdemokratie. Wir werden alternative Wirtschafts- und
882 Unternehmensformen unterstützen, in denen die Mitbeteiligung und
883 Mitverantwortung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gezielt gestärkt werden.

884 Hierzu wollen wir Genossenschaften als Betriebsform im gewerblichen und im
885 Dienstleistungssektor besonders fördern. Auch Landesbeteiligungen sollten
886 möglich sein, um Insolvenzen, aber auch den Ausverkauf von strategisch wichtigen
887 Unternehmen an Spekulanten zu verhindern und so langfristig Arbeitsplätze zu
888 sichern.

889 • Wir setzen auf den Ausbau einer guten und nachhaltigen Berufsausbildung sowie
890 akademischen Aus- und Weiterbildung sowie attraktive Angebote zur Rückgewinnung
891 abgewanderter Fach- und Arbeitskräfte. Wir wollen die Fachkräftesituation,
892 Weiterbildungs- und Qualifikationsmöglichkeiten, Mitbestimmung und Tarifbindung
893 als entscheidendes Ansiedlungskriterium bei Förderentscheidungen stärken. Wir
894 haben den Meister/innenbonus und die Meister/innengründungsprämie eingeführt und
895 wollen diese weiterentwickeln sowie stetig evaluieren, um das Handwerk weiter zu
896 stärken.

897 • Wir werden innovative Start-ups mit Blick auf lokale und nachhaltig sozial-
898 ökologische Wirtschaftsbereiche auch bei Ausgründungen aus Forschungsverbänden
899 und bei „smarten“ Anwendungen unterstützen (Inkubatoren). Mit einem Fördergesetz
900 für kleine und mittlere Unternehmen wollen wir vorhandenen Maßnahmen bündeln und
901 zielgenau auf deren Bedürfnisse ausrichten – etwa Vernetzung,
902 Vertriebsstrukturen, Marketing, Marktzugänge, Digitalisierung und Finanzierung.

903 • Wir werden Arbeit und Erfolge von Unternehmerinnen und Gründerinnen sichtbarer
904 machen, um Frauen zur Selbstständigkeit zu ermutigen.

905 • Wir wollen, dass Beratungsangebote und Publikationen mindestens zweisprachig
906 vorgehalten werden, um Migrantinnen und Migranten den Weg in die
907 Selbstständigkeit zu erleichtern.

908 **Den Digitalisierungsschub für einen digitalen Aufbruch nutzen**

909 Wir, DIE LINKE. Thüringen, haben gemeinsam mit unseren Koalitionspartnern die
910 fortschreitende Digitalisierung unserer Gesellschaft in Thüringen mit der
911 finanziellen Förderung eines umfassenden Breitbandausbaus, dem Pilotprojekt für ein
912 freies kommunales WLAN-Netz in Gera und unserer bis 2025 reichenden
913 Glasfaserstrategie befördert. Anschlüsse im Gigabitbereich erhalten Gewerbegebiete
914 und Unternehmen bis 2022, alle Bildungseinrichtungen bis 2023, alle
915 Verwaltungseinrichtungen bis 2024 und spätestens 2025 auch alle anderen Gebäude.
916 Statt Insellösungen zu schaffen, binden wir Anliegerinnen und Anlieger sofort an.

917 Die Corona-Krise hat uns noch einmal eindringlich den bestehenden Nachholbedarf
918 gezeigt. Die infrastrukturellen Lücken müssen geschlossen und viele in den Schubladen
919 liegenden Konzepte endlich umgesetzt werden. Wir sehen die gleichberechtigte Teilhabe
920 aller am digitalen Leben als Teil der sozialen Frage im 21. Jahrhundert. Deshalb ist
921 die Digitalisierung ein Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Wir werden den vielen
922 Freifunkinitiativen in Thüringen und den anderen Trägern in öffentlicher Hand
923 flächendeckend kostenfreie Zugänge zum Internet zur Verfügung stellen und sie mit
924 ihren Erfahrungen und Erwartungen in den weiteren Prozess der Digitalisierung
925 verstärkt mit einbinden.

926 Die Digitalisierung hat einerseits geholfen, die negativen Auswirkungen der
927 erforderlichen Gesundheitsschutzmaßnahmen zu minimieren. Andererseits haben
928 Homeoffice, digitaler Unterricht und Studium, digitale Verwaltung, gesellschaftliche,
929 politische, geschäftliche und private Videokonferenzen neue Perspektiven aufgezeigt,
930 zeitweise die Umwelt- und Klimabelastung reduziert. Sie haben aber zugleich neue
931 Fragen und Probleme aufgeworfen.

932 Wir, DIE LINKE. Thüringen, ziehen aus diesen Erfahrungen die Konsequenz, den
933 digitalen Aufbruch zur Nutzung seiner fortschrittlichen Potenziale weiter zu
934 forcieren und uns zugleich intensiv mit den damit verbundenen neuen Problemen
935 auseinanderzusetzen.

936 • Wir unterstützen den Vorschlag eines gesetzlichen Anspruchs auf Homeoffice,
937 sehen dabei jedoch die Notwendigkeit eines breiten Diskussionsprozesses, in
938 dessen Ergebnis u.a. Fragen der arbeitsrechtlichen Absicherung im Interesse der
939 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer weiter geklärt werden müssen. Das betrifft
940 die Arbeitszeiterfassung ebenso wie den Arbeitsschutz und die Einhaltung von
941 Schutzvorschriften aus dem Arbeitszeitgesetz. Grundsätzlich darf Homeoffice nur
942 auf der Basis der Freiwilligkeit erfolgen.

943 • Wir werden die Digitalisierung der Wirtschaft weiter unterstützen und in der
944 Verwaltung vorantreiben. In diesem Zusammenhang wollen wir klare
945 Rahmenbedingungen zur Stärkung von Open Source setzen, Monopolbildungen
946 vermeiden und regional verankerte Softwareunternehmen unterstützen. Wir wollen
947 eine intensive Debatte über die Bedingungen initiieren, unter denen wir die
948 Digitalisierung vorantreiben wollen. Das betrifft vor allem Fragen des
949 Datenschutzes, der Beteiligung und Mitbestimmung der Beschäftigten, des
950 Arbeitsschutzes sowie klima- und ressourcenschonende Lösungen (z.B.
951 Energiesiegel für Server).

952 • Wir werden darauf hinwirken, dass im Rahmen der digitalen Verwaltung die Daten
953 der Thüringerinnen und Thüringer geschützt sind und bleiben. Dies erfordert hohe
954 Schutzstandards im Öffentlichen Dienst und die Aufklärung der Bürgerinnen und
955 Bürgern, denn Datenschutz geht alle an. Die Menschen in Thüringen müssen darauf
956 vertrauen können, dass staatliche Stellen sparsam und sorgfältig mit ihren Daten
957 umgehen. Die Entscheidung über eine Datenweitergabe muss von ihnen selbst
958 getroffen werden. Staatliches Handeln muss transparent sein, nicht die
959 Bürgerinnen und Bürger. Zur Kontrolle wollen wir für das Landesamt für
960 Datenschutz mehr Kompetenz und mehr Personal.

961 • Wir wollen in Thüringen bei der Einführung der Mobilfunktechnologie der 5.
962 Generation (5G) vorangehen. Davon sollen nicht nur städtische, sondern vor allem
963 die ländlichen Räume rasch profitieren. Wir werden weiterhin für eine umfassende
964 Netzneutralität streiten, damit der Zugang zu schnellen Datenwegen nicht vom
965 Geldbeutel abhängig gemacht wird. Wir unterstützen Initiativen, die
966 Breitbandversorgung aus der Hand weniger Telekommunikationskonzerne in
967 öffentliches Eigentum zu überführen oder genossenschaftlich zu organisieren.

968 **Neustart des Thüringer Tourismus: Perspektiven für die Zeit nach der Pandemie**

969 Tourismus ist für viele Menschen ein wichtiger Bestandteil ihres Lebens. Bedürfnisse
970 nach Erholung, Bildung, Gesundheit, Kultur, Sport und Natur werden durch ihn gelebt.
971 Reisen lokal wie international sind immer auch mit interkulturellen Erfahrungen und
972 Austausch verbunden. Wir, DIE LINKE. Thüringen, stehen für einen sozial gerechten,
973 barrierefreien und ökologisch verantwortbaren Tourismus.

974 Die Tourismuswirtschaft ist mit rund 100.000 Beschäftigten ein wichtiger Zweig der
975 Thüringer Wirtschaft. Sie ist infolge der Corona-Pandemie in eine schwierige Lage
976 geraten. Bereits vor Corona war die Thüringer Tourismuswirtschaft im Beherbergungs-
977 und Gastronomiegewerbe vermehrt mit Schließungen bzw. Betriebsaufgaben von kleinen
978 und mittleren Beherbergungs- und Gastronomiebetrieben insbesondere im ländlichen Raum
979 konfrontiert. Hier fehlen Unternehmensnachfolgerinnen und -nachfolger, um die
980 altersbedingte Schließung von Betrieben zu verhindern.

981 Nicht nur infolge der Pandemie, sondern auch aus ökologischen Gründen wird sich der
982 Tourismus verändern müssen. Hieraus ergeben sich neue Möglichkeiten und Chancen die
983 wir, DIE LINKE. Thüringen, gemeinsam mit allen Beteiligten für einen Neustart des
984 Thüringer Tourismus nutzen wollen. Für diesen Neustart schlagen wir folgende
985 Eckpunkte vor:

- 986 • Wir wollen einen sozialen Neustart des Tourismus. Wir treten dafür ein, dass
987 Jede und Jeder die Möglichkeit haben muss, zu verreisen. Derzeit kann sich in
988 Deutschland fast die Hälfte der Bevölkerung keine Urlaubsreisen mehr leisten.
989 Wir wollen einen sozialen Tourismus, der insbesondere Familien, Alleinerziehende
990 mit Kindern sowie Kinder- und Jugendreisen fördert. Die jährliche Schulfahrt
991 soll in jeder Klassenstufe zum obligatorischen Bildungsprogramm gehören. Für
992 Menschen mit Behinderungen wollen wir eine umfassende Barrierefreiheit in der
993 gesamten touristischen Kette erreichen.
- 994 • Wir wollen einen ökologischen Neustart im Tourismus. Der derzeitige Tourismus
995 leidet nicht nur unter ökologischen Risiken und Katastrophen, er verursacht sie
996 mit. Wir schlagen deshalb die Förderung eines vorrangig sanften und
997 ressourcenschonenden Tourismus vor. Damit wollen wir Unternehmen und Betriebe im
998 Tourismussektor mit ganzjährigen Angeboten unterstützen. Ein Schwerpunkt soll
999 dabei die Entwicklung touristischer Angebote in strukturschwachen ländlichen
1000 Gegenden sein.
- 1001 • Wir wollen einen Neustart des Thüringer Tourismus mit guter Arbeit. Gute Arbeit
1002 heißt Betriebsräte und Tarifverträge für die im Tourismus Beschäftigten. Der
1003 gesetzliche Mindestlohn muss auch in der Tourismuswirtschaft ebenso wie das
1004 Arbeitszeitgesetz uneingeschränkt gelten. Jede Aufweichung lehnen wir ab. Wir
1005 wollen Anreize schaffen, um die Neu- bzw. Wiedergründung von Unternehmen im
1006 Gaststättengewerbe attraktiv zu machen. Hierfür schlagen wir die Einführung
1007 eines „Gastrobonus“ in Höhe von mindestens 15.000 Euro je Neugründung bzw.
1008 Unternehmensnachfolge eines Gastronomie- oder Beherbergungsgewerbes vor.
1009 Voraussetzungen für die Auszahlung sind ein entsprechendes unternehmerisches
1010 Konzept sowie eine qualifizierte Ausbildung entsprechend dem gültigen
1011 Branchenverzeichnis sowie eine tarifgerechte Entlohnung der Beschäftigten.

- 1012 • Wir sehen für einen Neustart des Thüringer Tourismus eine Intensivierung der
1013 begonnenen Zusammenarbeit der Thüringer Tourismusregionen (DMOs) als zwingend
1014 notwendig an. Eine höhere Aufenthaltsdauer von Touristinnen und Touristen und
1015 damit eine höhere Wertschöpfung wird es nur geben, wenn es gelingt, die
1016 Potenziale der Regionen als Kerne der Vermarktungsstrategie der
1017 Landestourismusstrategie 2025 zu etablieren und deren Finanzierung auf der
1018 Grundlage von Konzepten dauerhaft und auskömmlich zu sichern.
- 1019 • Wir wollen für einen Neustart des Thüringer Tourismus neue Wege gehen und müssen
1020 unsere vorhandenen Möglichkeiten nutzen, um Thüringen auf dem umworbenen
1021 deutschen Tourismusmarkt zu präsentieren. Mit den Weltmeisterschaften im
1022 Biathlon und im Rodeln 2023 hat Thüringen herausragende sport- und
1023 tourismuspolitische Events, die für eine zentrale Vermarktung auf nationalen,
1024 aber auch auf internationalen Märkten genutzt werden können. Wir werden dafür
1025 sorgen, dass alle anstehenden Investitionen im Sport- und Tourismusbereich zur
1026 Durchführung dieser Veranstaltungen finanziell untersetzt und abgesichert sind,
1027 um so die Attraktivität der Region für einen Ganzjahrestourismus zu erhöhen.

1028 **Sport als gesamtgesellschaftliche Aufgabe – Thüringen ist Sportland**

1029 Sport gehört selbstverständlich zum Leben vieler Thüringerinnen und Thüringer. Nahezu
1030 360.000 Kinder, Jugendliche, Frauen und Männer betätigen sich sportlich in rund 3.400
1031 Vereinen. Der Breitensport erhöht die Lebensqualität und fördert gesunde Lebensweise
1032 sowie das Miteinander. Die Sportvereine fördern die gesellschaftliche Integration von
1033 Menschen aus allen gesellschaftlichen Gruppen. Der Sport lebt vom ehrenamtlichen
1034 Engagement unzähliger Menschen. Die Erfolge unserer Spitzensportlerinnen und
1035 Spitzensportler begeistern und animieren als Vorbilder zum Sporttreiben. Die
1036 systematische Förderung des leistungsorientierten Kinder- und Jugendsports
1037 (Nachwuchsleistungssport) ist eine wesentliche Grundlage für das Erreichen von
1038 internationalen Spitzenleistungen.

1039 Wir, DIE LINKE. Thüringen, werden die Sportlerinnen und Sportler und ihre Verbände
1040 und Vereine auch weiterhin auf allen Ebenen umfassend unterstützen.

1041 Die Folgen der Pandemie waren sind für den Sport besonders deutlich spürbar und
1042 stellen Vereine, Verbände, Sportschulen und den Sport insgesamt vor neue, nie
1043 gekannte Herausforderungen. Von März bis Juli und im Herbst 2020 war die Durchführung
1044 von Trainings- und Wettkampfveranstaltungen kaum bis gar nicht möglich. Sowohl
1045 Vereine des Breitensports, des Profi- als auch semiprofessionelle tätige Vereine
1046 stehen noch heute vor großen finanziellen Herausforderungen. Sowohl mit der
1047 Soforthilfe des Landes Thüringen als auch mit der durch den Landtag beschlossenen
1048 Überbrückungshilfe wurde mehr als 300 Vereinen in ganz Thüringen geholfen. Wir
1049 wissen, dass die bisherigen Unterstützungen nicht ausreichen, weil sie nur einen
1050 kleinen Beitrag zur Problemlösung leisten konnten. Nur die engagierte und umsichtige
1051 Arbeit der ehren- und hauptamtlich tätigen Mitglieder der Vereine hat noch stärkeren
1052 Auswirkungen der Krise entgegenwirkt. Wir kennen die existenziellen Nöte und wir sind
1053 uns bewusst, dass der Umfang und die Folgen der weitreichenden Einschränkungen mit
1054 ihren Folgen, keine oder wenige Zuschauer, Verlust von Sponsoren, etc. große Risiken

1055 beinhalten. Wir, DIE LINKE. Thüringen nehmen diese dramatische Situation sehr ernst.
1056 Wir werden uns diesen stellen gemeinsam mit und für den Breiten- und Spitzensport
1057 Lösungen finden.

1058 • Wir, DIE LINKE. Thüringen, haben gemeinsam mit unseren Koalitionspartnern das
1059 Thüringer Sportfördergesetz eines der modernsten Sportfördergesetze in der
1060 Bundesrepublik Deutschland auf den Weg gebracht. Wir werden daraufhin wirken,
1061 dass es gerade unter den pandemischen Bedingungen in all seinen Bestandteilen
1062 und ohne Abstriche umgesetzt wird. Besondere Bedeutung hat dabei die kostenlose
1063 Nutzung der Sportanlagen für Vereine, für den Trainings- und Wettkampfbetrieb.
1064 Das betrifft ebenso die im Sportfördergesetz festgelegte Erstellung von
1065 Sportstättenleitplänen durch die Kommunen. Sie sind die Voraussetzungen für
1066 einen Abbau des bestehenden Sanierungsstaus bei Sport- und Spielanlagen. Hierbei
1067 wollen wir die umfassende Nutzung aller vorhandenen Bundesmittel und die
1068 schrittweise weitere Aufstockung der Landesmittel für die Sanierung und den
1069 Neubau von Sport- und Spielstätten erreichen. Wir werden uns dafür einsetzen,
1070 dass die Bundesregierung endlich den seit langem versprochenen „Goldenen Plan
1071 Sportstätten Ost“ auf den Weg bringt und mit den erforderlichen finanziellen
1072 Mitteln unternimmt.

1073 • Wir werden alle Aktivitäten unterstützen, mit denen die Thüringer Sportanlagen
1074 auf den höchsten internationalen Stand gebracht werden, um dem stark umworbenen
1075 Markt Rechnung zu tragen. Damit sichern wir weit über das Jahr 2023 hinaus
1076 internationale Wettkämpfe im Thüringer Wald. Die Oberhofer Leistungssportanlagen
1077 sind zwingende Voraussetzung, um die spitzensportlichen Ergebnisse der
1078 vergangenen Jahre Thüringer Sportlerinnen und Sportler weiterhin auch möglich zu
1079 machen. Dazu gehört auch, dass internationale Wettkämpfe zukünftig in Oberhof
1080 stattfinden können. Mit dem Schießsportzentrum auf dem Suhler Friedberg besitzt
1081 Thüringen eine deutschlandweit und international anerkannte Sportstätte, die in
1082 den vergangenen Jahren zu vielen internationalen Wettkämpfen Gastgeber war. Wir
1083 wollen diesen Standort erhalten und modernisieren und hierfür die erforderlichen
1084 Maßnahmen ergreifen. Dazu gehören neben der institutionellen Förderung auch die
1085 gezielte Ertüchtigung bzw. Neubau der eigentlichen Sportstätten. Unser Ziel ist
1086 es, bis zum Jahre 2030 die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass nach dem Jahr
1087 1986 eine zweite Weltmeisterschaft auf dem Suhler Friedberg durchgeführt werden
1088 kann.

1089 • Wir werden die Stiftung Thüringer Sporthilfe als einem wichtigen Partner für die
1090 Entwicklung des Thüringer Sports und vor allem des Nachwuchsleistungssports
1091 weiterhin unterstützen. Auch sie war und ist von der Corona-Pandemie betroffen
1092 und kann nur dann weiter erfolgreich arbeiten, wenn auch zukünftig die
1093 finanziellen Mittel zur Verfügung stehen, um junge Sportlerinnen und Sportler
1094 sowie Trainerinnen und Trainer fördern zu können. Wir werden uns für eine
1095 finanzielle Stärkung der Thüringer Sporthilfe aus Landesmitteln einsetzen und
1096 die Suche nach Sponsorinnen und Sponsoren (Kuratorinnen und Kuratoren) aktiv
1097 unterstützen.

1098 • Wir werden dafür sorgen, dass diese gezielten Förderungen des Leistungssports

1099 und der dafür notwendigen Sportanlagen auch künftig nicht zu Lasten des
1100 allgemeinen Breitensports gehen. Eine wichtige Voraussetzung sowohl für den
1101 Breiten- als auch für den Leistungssport ist der Schulsport. Wir wollen, dass
1102 zukünftig vom Grundschulbereich bis zur gymnasialen Oberstufe sowie in den
1103 berufsbildenden Schulen drei wöchentliche Sportstunden durchgängig in die
1104 Lehrpläne aufgenommen werden. Wir unterstützen die Weiterführung von „Jugend
1105 trainiert für Olympia“.

- 1106 • Wir wollen für den nicht organisierten Sport die Bewegungsangebote in der Natur
1107 und im öffentlichen Raum weiter öffnen.
- 1108 • Wir werden uns für die Wertschätzung und Anerkennung von sportlichen Leistungen,
1109 unabhängig vom Geschlecht, einsetzen. Sport ist leider auch heute noch eine
1110 Männerdomäne. Das macht sich vor allem in der Entlohnung, sei es in Form von
1111 festen Einkommen, der Vergabe von Fördermitteln oder von Sach- sowie Geldpreisen
1112 für erzielte Leistungen bemerkbar. Sportlerinnen erhalten trotz derselben
1113 sportlichen Leistungen eine geringere monetäre Wertschätzung als Sportler. Diese
1114 Art des geschlechterspezifischen Lohngefälles im Sport muss beseitigt werden.

1115 **Land und Stadt gemeinsam – Thüringens Regionen stärken**

1116 Starke städtische Zentren wie Erfurt und Jena sind wie viele kleine und mittlere
1117 Städte zentrale Orte in unserem ländlich geprägten Thüringen. Diese bunte Vielfalt
1118 zeichnet unseren Freistaat aus. Wir, DIE LINKE. Thüringen, spielen die Regionen des
1119 Landes nicht gegeneinander aus, sondern verstehen die Unterschiede als unsere
1120 gemeinsame Stärke. Wir denken Stadt und Land zusammen, alle Menschen sollen in jedem
1121 Thüringer Ort gut leben können. Egal wo – Jede und Jeder braucht Zugang zu
1122 verlässlicher medizinischer Versorgung, schnellem Internet, Schule und Bildung und
1123 ein ansprechendes soziales und kulturelles Umfeld. Abgehängte Regionen darf es nicht
1124 geben.

1125 Wir setzen deshalb mit unserer zukunftsweisenden Landesentwicklungsplanung auf eine
1126 nachhaltige, umweltbewusste und soziale Wirtschaftspolitik und die Förderung von
1127 erneuerbaren Energien im Einklang mit Natur. Wir werden die Beteiligungsrechte von
1128 Kommunen, Einwohnerinnen und Einwohnern und Verbänden verbessern und bei
1129 Planungsverfahren die Akteurinnen und Akteure vor Ort noch besser einbinden um damit
1130 die Landesentwicklung transparenter gestalten. Entscheidende Elemente sind für uns
1131 ein gesetzlich verankerter Stopp des Flächenverbrauchs, die Belebung der Ortskerne
1132 sowie die Weiterentwicklung einer umweltschonenden, energie- und kosteneffizienten
1133 Infrastruktur. In der kommenden Wahlperiode werden wir in einem umfassenden
1134 Beteiligungsprozess einen neuen Landesentwicklungsplan für Thüringen erarbeiten.

1135 Wir achten darauf, dass die neuen Entwicklungen auf den verschiedenen Gebieten auch
1136 an die progressiven Thüringer Traditionen anknüpfen, weil wir die Identität unseres
1137 Landes als einem demokratischen Zusammenschluss unserer Region mit ihren großen
1138 kulturellen, wissenschaftlichen, sozialen, wirtschaftlichen und technologischen
1139 Leistungen stärken und für die Zukunft nutzen wollen.

- 1140 • Wir werden die Internationale Bauausstellung IBA weiterhin unterstützen. Sie
1141 leistet einen wichtigen Beitrag zur Ideenfindung und Zukunftsentwicklung unseres

1142 Landes. Mit dem Thema „StadtLand“ und den Schwerpunkten „LeerGut“, „SelbstLand“
1143 und „ProvinzModerne“ werden Projekte wie das Demokratiegedenkprojekt in
1144 Schwarzburg oder die Wiederbelebung des Industriedenkmals Eiermannbau in Apolda
1145 entwickelt und umgesetzt. Die Projekte der IBA dienen der Begleitung des
1146 gesellschaftlichen Transformationsprozesses im Zuge von demografischem Wandel,
1147 Urbanisierung und Digitalisierung. Mit der IBA werden konkrete Orte in
1148 ländlichen Gebieten Thüringens wiederbelebt und einer neuen Nutzung zugeführt.
1149 Die Ideen und Aktivitäten der IBA wollen wir in Zusammenarbeit mit den Kommunen
1150 mit der Stadt- und Dorfentwicklungsplanung verknüpfen. Wir wollen die
1151 Breitenwirkung der IBA und ihren konkreten Nutzen für alle Thüringerinnen und
1152 Thüringer wesentlich zu verstärken. Unser Ziel ist die Etablierung eines
1153 europäischen Bauhauses in Weimar.

1154 • Wir werden die von der Rot-Rot-Grünen Koalition und dem linksgeführten
1155 Infrastrukturministerium eingeschlagene Landesentwicklung fortsetzen, die die
1156 ländlichen Räume stärkt und gleichwertige Lebensverhältnisse in allen
1157 Landesteilen herstellen will. Das betrifft die Versorgung mit Wasser, Energie,
1158 Telekommunikation, die Rettungsdienste, die Anbindung an den öffentlichen
1159 Nahverkehr. Das betrifft auch die Grundversorgung mit sozialen Dienstleistungen
1160 wie Kindergärten, den Zugang zu Sport, Kultur, Bildung oder der ärztlichen
1161 Versorgung. Neben den Städtebauförderprogrammen des Bundes werden wir mit
1162 ergänzenden Landesprogrammen unsere Maßnahmen zur Stärkung ländlicher Gebiete,
1163 von der Sanierung des Vereinshauses bis hin zu Rückbaumaßnahmen von dauerhaft
1164 leerstehenden Gebäuden weiterführen.

1165 **Unsere Dörfer haben Zukunft**

1166 Dorf oder Stadt?! Wo wollen wir leben? Über diese Fragen entscheidet oft die
1167 vorhandene Infrastruktur. Wir, DIE LINKE. Thüringen, haben den Anspruch, allen in
1168 Thüringen lebenden Menschen den Zugang zu den Grundelementen des Alltags zu sichern,
1169 egal wo sie leben. Dazu gehören ein lebendiges Gemeinwesen und kulturelle Angebote
1170 sowie Sport- und Freizeiteinrichtungen. Eine gute Anbindung der Dörfer an die Städte
1171 durch den Ausbau einer modernen Infrastruktur bleibt daher ein wichtiges Ziel für
1172 uns.

1173 • Wir werden den Dialog mit den Menschen vor Ort fortsetzen, denn nur so können
1174 ihre Ideen und Anregungen (zum Beispiel Dorfentwicklungsbeiräte) in die
1175 Dorfentwicklungsplanung einfließen, die wir mit ihnen gemeinsam gestaltet
1176 wollen. Wir wollen die Dorfentwicklungsplanung in Zusammenarbeit mit den
1177 Kommunen mit der Sozialplanung verknüpfen.

1178 • Wir wollen die demografische Entwicklung als Chance zur Umgestaltung nutzen. Wir
1179 werden altersgerechte barrierefreie Zugänge zu allen Lebensbereichen schaffen
1180 und ausbauen und das Ehrenamt stärken. Mit einer entsprechenden Sozialplanung
1181 soll ein gutes Zusammenleben der Generationen gefördert und die Attraktivität
1182 des ländlichen Raums für junge Familien erhöht werden. Als ersten Schritt haben
1183 wir hierfür das Landesprogramm „Solidarisches Zusammenleben der Generationen“
1184 auf den Weg gebracht.

- 1185 • Wir wollen mit den unterschiedlichen Förderinstrumenten eine ganzheitliche
1186 Entwicklung ländlicher Räume erreichen. Durch die Verknüpfung unterschiedlicher
1187 Förderprogramme, durch den Einsatz von Förderlotsinnen und -lotsen wollen wir
1188 gerade die Kommunen im ländlichen Raum aber auch Vereine und Initiativen noch
1189 gezielter unterstützen.
- 1190 **Investitionen statt Schuldenbremse – Solidarischer und gerechter Landeshaushalt**
1191 Haushaltspolitik ist kein Selbstzweck, sondern dient der Umsetzung politischer Ziele.
1192 Eine gerechte und soziale Gesellschaft, die für alle ein gutes Leben ermöglichen
1193 will, braucht Investitionen: Geld für Kindergärten und Schulen, soziale und
1194 kulturelle Infrastruktur, gute Verkehrswege, Krankenhäuser, auskömmliche Beratungs-
1195 und Interventionsstrukturen für den Schutz vor Gewalt an Frauen, Kindern und LSBTIQ*,
1196 für öffentlichen Personenverkehr, barrierefreies und gutes bezahlbares Wohnen, für
1197 attraktive Kommunen und einen handlungsfähigen Staat. In der gegenwärtigen Corona-
1198 Krise setzen wir, DIE LINKE. Thüringen, auf wirksame Maßnahmen für soziale
1199 Sicherheit, gute Arbeit, lebenswerte Kommunen und die ausreichende Finanzierung für
1200 die erforderlichen Neueinstellungen insbesondere von Lehrerinnen und Lehrern.
- 1201 • Wir wollen gerade in der Krise Planungssicherheit und einen Haushalt, der
1202 Stabilität garantiert und progressive Gestaltung für die Zukunft des Landes
1203 ermöglicht. Wir wollen mit unserer Haushaltspolitik in der gegenwärtigen
1204 Krisensituation die Wirtschaft verstärkt fördern und unterstützen, sozial-
1205 ökologisch umsteuern und damit die notwendigen Veränderungen in unserer
1206 Gesellschaft erreichen. Wir setzen uns für einen sozialen und ökologischen
1207 Transformationsfonds ein, mit dem der notwendige industrielle Strukturwandel
1208 begleitet wird.
- 1209 • Wir wollen deshalb die Schuldenbremse überwinden, damit die Länder und damit
1210 auch Thüringen zur Finanzierung dieser Aufgaben auch Kredite aufzunehmen können.
1211 Heute unterlassene Zukunftsinvestitionen belasten künftige Generationen
1212 finanziell und ökonomisch um ein Vielfaches. Demgegenüber profitieren sie von
1213 moderner Infrastruktur, modernen Bildungseinrichtungen, nachhaltigem
1214 Wirtschaften, Klimaschutzmaßnahmen, für die wir heute die Grundlagen legen
1215 müssen. Nicht die Aufnahme von Krediten gefährdet also die Zukunft, sondern der
1216 Verzicht darauf, in die Zukunft zu investieren. Gerade die Corona-Krise zeigt
1217 uns die Konsequenzen des neoliberalen Kaputtsparens. Der nach der Krise
1218 notwendige ökonomischen Neustart braucht dringend Investitionen.
- 1219 • Wir haben gezeigt, dass Rot-Rot-Grün haushaltspolitisch verantwortungsbewusst
1220 handelt, indem wir 2019 gegen große Widerstände einen Landeshaushalt für das
1221 Jahr 2020 auf den Weg brachten und damit Planungssicherheit und Stabilität
1222 gewährleisten. Unser Ziel sind weiterhin öffentliche Haushalte mit hohen
1223 Investitionen, wenn möglich der Abbau von Schulden und die Vorsorge vor
1224 künftigen Risiken. Wir wollen auch zukünftig in die Schwerpunkte unserer Politik
1225 investieren: Bildung und Wissenschaft, Umwelt, Arbeit und Soziales, Kultur und
1226 Kommunen. Wir werden die Landesanteile zur vollständigen Inanspruchnahme von EU-
1227 Mitteln und Bundesmitteln sichern.

1228 • Wir werden uns auf der Bundesebene zur Stärkung der öffentlichen Haushalte für
1229 eine gerechtere Steuerpolitik und die Umverteilung von oben nach unten mit
1230 entsprechenden Bundesratsinitiativen einsetzen. Wir wollen Steuerschlupflöcher
1231 schließen und eine Finanztransaktions- sowie Millionärssteuer einführen. Wir
1232 werden uns nach dem Ende der Corona-Pandemie einer Fortsetzung der Politik der
1233 „Schwarzen Null“ widersetzen, weil sie die dringend notwendigen Investitionen
1234 für eine sozial gerechte und ökologisch zukunftsfähige Entwicklung blockiert und
1235 deshalb ökonomisch unsinnig ist.

1236 **Ostdeutschland – 30 Jahre nach dem Beitritt. Für einen neuen Aufbruch**

1237 Mehr als 30 Jahre nach dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik ist die Ungleichheit
1238 zwischen Ost und West noch immer nicht überwunden, sind tatsächlich gleiche
1239 Lebensverhältnisse nicht hergestellt, sind zu wenige Menschen aus dem Osten in
1240 bundesdeutschen Spitzenpositionen. Die Renten, Löhne und Gehälter sind im Osten und
1241 auch in Thüringen niedriger, die Tarifbindung geringer. Vor allem aber fehlt es an
1242 einem respektvollen Umgang. Die Menschen im Osten haben sich die Demokratie selbst
1243 erkämpft. Viele Thüringerinnen und Thüringer haben einen Erfahrungsvorsprung mit
1244 einem tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandel, der bisher zu wenig anerkannt und
1245 genutzt wurde und wird, um gegenwärtigen gesellschaftlichen Herausforderungen wie der
1246 Klimakrise gerecht zu werden. Der einfache Nachbau West ist gescheitert, weil mit ihm
1247 ein System auf Ostdeutschland übertragen wurde, ohne die 1990 bestehende Chance zur
1248 Überwindung seiner Fehlentwicklungen: soziale Ungerechtigkeit, ökologische Probleme,
1249 ökonomische Krisen, zu nutzen.

1250 DIE LINKE ist die Partei mit der höchsten Sachkompetenz für den Osten. Wir haben uns
1251 seit 1990 kontinuierlich dafür eingesetzt, dass die Ungleichheit zwischen Ost und
1252 West überwunden und tatsächlich gleiche Lebensverhältnisse hergestellt werden. Für
1253 die anderen Parteien war der Osten lange Zeit ein billiger Arbeitsmarkt und eine
1254 verlängerte Werkbank. Sie haben den Osten für ihre neoliberale Politik des
1255 Sozialabbaus instrumentalisiert. Nur wir haben immer und immer wieder klar benannt,
1256 dass diese Politik nach dem bis heute nicht aufgearbeiteten Treuhand-Desaster zu
1257 Rentenungerechtigkeit, zu zerrissenen Familien (Pendelzwang) und zu
1258 Deindustrialisierung führte; ebenso, dass Hartz IV im Osten noch verheerendere Folgen
1259 hatte, als in anderen Teilen der Bundesrepublik.

1260 Wir setzen auf das insbesondere in den jüngeren Generationen deutlich werdende neue
1261 ostdeutsche Selbstbewusstsein. Mit ihm geht es nicht nur um einen kritischen Blick
1262 auf Realsozialismus, Nachwende-Zeit und Treuhand-Politik. Es geht um einen neuen
1263 Aufbruch für soziale und ökologische Veränderungen, um das so wichtige Engagement für
1264 eine solidarische Gesellschaft – im Osten wie im Westen.

1265 Thüringen hat seit dem Antritt der Rot-Rot-Grünen Landesregierung mit Bodo Ramelow
1266 als Ministerpräsident seit 2014 im Bundesrat, gegenüber den westdeutschen
1267 Ministerpräsidentinnen und -präsidenten und der Bundesregierung endlich eine solide
1268 Interessenvertretung.

1269 • Wir, DIE LINKE. Thüringen, werden weiterhin dafür eintreten, dass die
1270 Angleichung der Lebensverhältnisse spürbar vorangebracht wird. Das gilt

1271 vorrangig für die Rentenangleichung durch das Schließen der Rentenlücke und die
1272 Beseitigung von Rentenungerechtigkeiten. Wir stehen an der Seite der
1273 Beschäftigten, wenn sie gegen Betriebsschließungen, für höhere Tarifbindung und
1274 -abschlüsse kämpfen, um die Ungerechtigkeiten zwischen Ost und West zu
1275 überwinden. Wir wollen die Tarifbindung stärken und einen höheren Mindestlohn.
1276 Gleicher Lohn für die gleiche Arbeit in Ost und West und zwischen Männern und
1277 Frauen muss endlich Normalität werden.

1278 • Wir fordern die weitere Ansiedelung von Bundesbehörden in Thüringen und mehr
1279 Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen im Osten. Der Bund muss die Länder
1280 bei den Kosten für die Bundesfernstraßen, der Schulbauförderung, bei der
1281 konsequenten Digitalisierung der Schulen, beim Qualitätsausbau unserer
1282 Kindergärten, den Energiekosten und bei der Reduzierung umweltpolitischer
1283 Altlasten ebenso stark unterstützen, wie bei der Unterbindung der
1284 Finanzspekulation mit landwirtschaftlichen und forstwirtschaftlichen Flächen. Er
1285 muss anstelle der ostdeutschen Länder die Kosten der DDR-Versorgungslasten in
1286 seiner Rechtsnachfolge übernehmen. Das dadurch freiwerdende Geld werden wir in
1287 Bildung und Infrastruktur investieren.

1288 • Vor allem geht es jedoch um die Anerkennung der Lebensleistungen der Menschen in
1289 Thüringen und in Ostdeutschland – vor und nach 1989/90. Die hier gemachten
1290 Erfahrungen, positiv wie negativ, müssen als Bestandteil der bundesdeutschen
1291 Gesellschaft anerkannt und respektiert werden – und sie müssen sich in
1292 politischen und gesellschaftlichen Debatten widerspiegeln. Das erfordert,
1293 ostdeutsche Erfahrungen und Lebensleistungen in ihrer Gesamtheit und Vielfalt
1294 ernst zu nehmen.

1295 **Gute Rente für alle**

1296 Wir, DIE LINKE. Thüringen, wollen eine grundsätzliche Neuausrichtung in der
1297 Rentenpolitik. Niemand darf im Alter arm sein, ganz gleich ob infolge von
1298 Berufsunfähigkeit, Zeiten von Arbeitslosigkeit oder Kindererziehung, Pflege von
1299 Angehörigen oder der Dauer der Berufstätigkeit. Jede und jeder soll im Alter in Würde
1300 leben können. Unser Einsatz für gute Arbeit und gute Löhne sowie einen gesetzlichen
1301 Mindestlohn von mindestens 13 Euro pro Stunde ist zugleich ein Kampf um eine gute
1302 Rente. Die gesetzliche Rente muss den Lebensstandard im Alter sichern und wirksam vor
1303 Armut schützen.

1304 Rentenpolitik ist Bundespolitik. Wir unterstützen die Forderungen der Rentenpolitik
1305 der Partei DIE LINKE auf Bundesebene. Wir wollen eine abschlagsfreie Rente ab 65 und
1306 die Möglichkeit eines Renteneintritts mit 60 Jahren bei mindestens 40 Beitragsjahren.
1307 Die Rente muss zu einer steuer- und beitragsfinanzierten Leistung ausgebaut und das
1308 Rentenniveau von derzeit 48 Prozent auf 53 Prozent erhöht werden. Hierfür schlagen
1309 wir eine Erwerbstätigenversicherung vor. Die Zeiten der Erwerbslosigkeit und der
1310 Kindererziehung, besonders von Alleinerziehenden, sowie der Pflege, wollen wir besser
1311 absichern. Gebrochene Erwerbsbiografien müssen bei der Ausgestaltung der sozialen
1312 Absicherung besser berücksichtigt werden. Wir stehen weiter an der Seite der in der
1313 DDR geschiedenen Frauen und setzen uns für das Schließen von Überführungslücken in

1314 der Rentenüberleitung bei bestimmten Personen- und Berufsgruppen in Ostdeutschland
1315 ein. Wir wollen eine solidarische Mindestrente von mindestens 1.050 Euro/Monat.

1316 Wir wollen, dass die Abgeordneten des Thüringer Landtages künftig in allen
1317 steuerrechtlichen und sozialversicherungsrechtlichen Fragen mit allen Berufstätigen
1318 gleichgestellt werden und Beiträge in die sozialen Versicherungssysteme einzahlen.

1319 **Für ein solidarisches Europa – Gerade in Zeiten der Krise**

1320 Erneut steckt die Europäische Union in einer tiefen Krise, das Corona-Virus hat die
1321 europäischen Gesellschaften fest im Griff. Fast alle Länder kämpfen mit massiven
1322 Wirtschaftseinbrüchen und der Überforderung ihrer Gesundheitssysteme. Zu Beginn der
1323 Corona-Krise haben die EU-Institutionen vollständig versagt. Völlig vertragswidrig
1324 blieb nur der Kapitalverkehr unbehindert und frei. Viele andere europäische Rechte
1325 wurden außer Kraft gesetzt, bis hin zur Verweigerung vertraglich fixierter
1326 Warenlieferungen.

1327 Die Bürgerinnen und Bürger – die Gesellschaften als Ganzes - bekommen nun die
1328 Konsequenzen der neoliberalen Sparpolitik der vergangenen Jahrzehnte zur Rettung von
1329 Banken und Investmentfonds zu spüren. Vor allem in den Mittelmeeranrainerstaaten
1330 befinden sich die Krankenhauskapazitäten auf einem historischen Niedrigstand, ganz zu
1331 schweigen von der Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum. Dies ist wesentlich auch
1332 auf die Vorgaben der EU zurückzuführen, im Sozial- und Gesundheitsbereich zu sparen
1333 und zu privatisieren. Die Arbeitslosenzahlen steigen in allen Ländern, besonders
1334 betroffen wiederum die südeuropäischen Länder.

1335 Mit einer solchen Politik wird die europäische Idee zur Makulatur. Die Suche nach
1336 Lösungen für die Menschen in Europa wird nationalen Egoismen untergeordnet. Die
1337 europäische Idee hat dadurch Schaden genommen. Auch die Finanzierungsgrundlage der EU
1338 für die nächsten Jahre steht noch auf der Kippe, eine menschenwürdige Lösung der
1339 Notlage der Geflüchteten an ihren südlichen Grenzen kann oder will sie nicht
1340 herbeiführen. So kann es nicht weiter gehen.

1341 Wir LINKE wollen ein solidarisches Europa. Wir halten an der Idee einer offenen und
1342 immer stärker integrierten sozialen Union fest und wollen gleichwertig gute
1343 Lebensverhältnisse in allen Teilen der EU. Nur in und mit ihr können in der
1344 globalisierten Welt Umwelt- und Klimaschutz, die gerechte Verteilung von Löhnen und
1345 Renten und ein an den Interessen der Nutzerinnen und Nutzer orientierter Daten- und
1346 Verbraucherschutz realisiert werden.

1347 Die gute Entwicklung Thüringens in den letzten Jahren ist nicht zuletzt auch den EU-
1348 Mitteln zu verdanken. Die Programme zur Infrastrukturentwicklung und Wirtschafts- und
1349 Arbeitsmarktförderung haben dazu einen wesentlichen Beitrag geleistet. Auch deshalb
1350 ist eine handlungsfähige und sozial gerechte EU wichtig für Thürinegn. Wir werden uns
1351 dafür einsetzen, dass die Folgebelastungen der Corona-Krise innerhalb der EU
1352 gemeinsam und fair zu tragen. Wir streiten dafür, dass sich die Interessen
1353 Ostdeutschlands in den Strukturfonds abbilden und die demographische Entwicklung in
1354 den Regionen als besondere Herausforderung berücksichtigt wird. Wir setzen uns für
1355 eine Stärkung der Förderprogramme für Wirtschaft, Beschäftigung, Landwirtschaft und
1356 Bildung ein. Wir wollen eine ausgewogene Balance zwischen gemeinsamen Entscheidungen

1357 in Brüssel und gestärkter Verantwortung in den Regionen. Wir werden uns vermehrt und
1358 intensiv an europäischen Austauschprogrammen und Partnerschaften beteiligen, diese
1359 aktiv fördern und voranbringen.

Antrag A-1/ÄA-1: Änderungsantrag zu A-1

Änderungsantrag zu A-1

Antragsteller/in:	KV Apolda-Weimar
Status:	eingereicht

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 207

204 Arme Kinder leiden nicht nur unter schlechter Ernährung und unzureichender ärztlicher
205 Versorgung, sie haben auch schlechtere Chancen auf Bildung. Ihre Möglichkeiten für
206 gesellschaftliche Teilhabe und soziale Beziehungen sind stark eingeschränkt. Von
207 vielen Bereichen des Lebens wie Kinobesuchen, der Pflege von Hobbys in Vereinen , vielen
sportlichen Aktivitäten oder
208 zusätzlichem Musikunterricht sind sie weitgehend ausgeschlossen.

Begründung

Individual- und Vereinssport ist mit teilweise immensen Kosten verbunden, sei es für Ausrüstung oder Mitgliedsbeiträge. Sportliche Aktivitäten spielen eine wichtige Rolle bei der Entwicklung eines Kindes. Kinder entdecken durch Bewegung die Welt. Sport trägt zu einer gesunden körperlichen, geistigen und psychosozialen Entwicklung bei. Er fördert den sozialen Zusammenhalt und Inklusion. Die Teilhabe am Sport sollte allen Kindern möglich sein.

Antrag A-1/ÄA-2: Änderungsantrag zu A-1

Änderungsantrag zu A-1

Antragsteller/in:	KV Apolda-Weimar
Status:	eingereicht

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 348

- 347 • Wir werden uns im Bundesrat für einen Mindestlohn in Werkstätten für Menschen
348 mit Behinderungen, der mindestens dem Niveau des gesetzlichen Mindestlohns entspricht,
349 und für eine Nachbesserung des Bundesteilhabegesetzes
349 einsetzen. Wir wollen, dass Unternehmen, die gemessen an ihrer Größe zu wenige
350 Menschen mit Behinderung beschäftigen, eine höhere Ausgleichsabgabe zahlen.

Begründung

Nur zur Präzisierung, da ansonsten theoretisch auch ein niedrigerer Mindestlohn vereinbart werden könnte. DIE LINKE steht für faire Entlohnung von Arbeit, egal, wer diese verrichtet.

Antrag A-1/ÄA-3: Änderungsantrag zu A-1

Änderungsantrag zu A-1

Antragsteller/in:	KV Apolda-Weimar
Status:	eingereicht

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 660

654 Unseren Ausgangspunkt bilden die Erkenntnis und die Akzeptanz, dass das Ziel einer
655 drogenfreien Gesellschaft kaum der Realität entspricht. Dennoch wollen wir den
656 Missbrauch von gesetzlich zugelassenen und von verbotenen Rauschmitteln und
657 Suchtgefährdungen eindämmen. Nach unserer Überzeugung gelingt dies jedoch nicht durch
658 die Kriminalisierung von Drogenkonsum, sondern nur durch einen effektiven Jugend-,
659 Gesundheits- und Verbraucherschutz. Deshalb setzen wir uns für ein bundesweites
660 Werbeverbot sowohl für Alkohol ~~und~~, Tabakprodukte und Energydrinks als auch für
Glücksspiel ein.

Begründung

Energydrinks sind gesundheitsschädlich. Sie enthalten viel Zucker, Koffein und Taurin und haben bei hoher Dosierung über einen längeren Zeitraum ein nicht zu vernachlässigendes Potential für eine körperliche Abhängigkeit. Gerade da der Verkauf von Energydrinks in Deutschland ohne Altersbeschränkung erlaubt und die Werbung explizit auf junge Menschen ausgerichtet ist, sollte diese verboten werden.

Antrag A-1/ÄA-4: Änderungsantrag zu A-1

Änderungsantrag zu A-1

Antragsteller/in:	KV Apolda-Weimar
Status:	eingereicht

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 305

304 Wir, DIE LINKE. Thüringen, streiten für die Einbeziehung von Menschen mit
305 Behinderungen in die Gesellschaft in allen Lebensphasen. Ob ~~Kita~~Krippe, Kindergarten und
306 Kindertageseinrichtung, Schule oder
307 Hochschule, in der Wirtschaft, auf dem Arbeitsmarkt und auch in der Politik und der
308 Zivilgesellschaft, - überall sollen Menschen mit Behinderung ihren inklusiven Platz
309 haben und ihr Leben selbstbestimmt gestalten können. Wir wollen deshalb die
310 Einführung eines Ehrenamtsassistentenfonds aus Landesmitteln für Menschen mit
Behinderung.

Begründung

Konsistenz des Wahlprogramms, welches andernorts von Kindergarten spricht

Antrag A-1/ÄA-5: Änderungsantrag zu A-1

Änderungsantrag zu A-1

Antragsteller/in:	KV Apolda-Weimar
Status:	eingereicht

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 587

- 587 • Wir setzen uns für eine gute psychotherapeutische undpsychiatrische Versorgung in
Thüringen ein und
588 legen dabei besonderen Augenmerk auf Vernetzung, Verzahnung wie auch Kooperation
589 aller Angebote und Strukturen. Wir werden gemeindepsychiatrische Verbünde
590 unterstützen und wollen eine gute Zusammenarbeit der Psychiatriekoordinatoren
591 des öffentlichen Gesundheitsdienstes befördern.

Begründung

Psychiatrische Behandlungsansätze sind nicht selten angebracht, ihnen ist jedoch in vielerlei Hinsicht zunächst ein psychotherapeutischer Bewältigungsversuch vorzuziehen. Dieser Ansatz wirkt gegebenenfalls nachhaltiger und näher an der Ursache. Medikamente haben oft schwere Nebenwirkungen und bringen teure Folgeschäden mit sich. Damit soll aber nicht in Frage gestellt werden, dass bei Gefahr für Leib und Leben auch eine psychiatrische Notfallbehandlung die erste Maßnahme sein kann. Ein Auslassen des psychotherapeutischen Ansatzes ist jedoch eine Fehlstelle im Programm.

Antrag A-1/ÄA-6: Änderungsantrag zu A-1

Änderungsantrag zu A-1

Antragsteller/in:	KV Apolda-Weimar
Status:	eingereicht

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 650

- 648 • Wir setzen vor allem auch auf Pflegeprävention und die Stärkung pflegender
649 Angehöriger. Wir wollen ein Landesnetzwerk für eine gute Beratung, Austausch und
650 Unterstützung pflegender Angehöriger aufbauen.
- Wir wollen die Qualitätssicherung in Alten- und Pflegeeinrichtungen stärken, indem wir unangemeldete Kontrollen von Hygiene, Sicherheit und Berichtswesen ausweiten und anonyme Meldemöglichkeiten für Patient:innen, Pfleger:innen und Angehörige schaffen.

Begründung

In zahlreichen Alten- und Pflegeeinrichtungen wirkt sich der Personalmangel und Profitoptimierung negativ auf die Qualität aus. Zahlreiche Pfleger:innen berichten desolate Zustände und mangelnde Angst vor Kontrollen bei leitenden Angestellten und Eigentümer:innen. Eine Durchsetzung von geltenden und zu erhöhenden Standards erscheint unter diesen Rahmenbedingungen unmöglich.

Antrag A-1/ÄA-7: Änderungsantrag zu A-1

Änderungsantrag zu A-1

Antragsteller/in:	KV Apolda-Weimar
Status:	eingereicht

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 707 - 710

- 704 Wir wollen gemeinsam mit den Beschäftigten und ihren Interessenvertretungen Antworten
705 finden, wie die Wirtschaft und der Arbeitsmarkt aufgestellt sein müssen, damit alle
706 Menschen gut arbeiten und leben können. Wir sehen in Arbeitszeitverkürzungen und
707 einem existenzsichernden Grundeinkommen erste konkrete Schritte. ~~Wir wollen~~ Wir werden
deshalb
708 im Rahmen möglicher Koalitionsverhandlungen darauf dringen, dass zur Stärkung der
Transformations- und Grundeinkommensforschung an einer Thüringer Universität ein vom
Freistaat Thüringen finanziertes Graduiertenkolleg aufgelegt wird. Hier soll ein geeignetes
Studiendesign für ein Modellprojekt ~~eines existenzsichernden bedingungslosen~~
~~Grundeinkommens für 1000-~~
709 ~~Menschen eines Stadtteils oder eines Ortes für drei Jahre mit wissenschaftlicher~~
710 ~~Begleitung durchführen~~ in Thüringen zu offenen Fragestellungen um ein existenzsicherndes
Grundeinkommen entwickelt und anschließend wissenschaftlich begleitet werden.

Antrag A-1/ÄA-8: Änderungsantrag zu A-1

Änderungsantrag zu A-1

Antragsteller/in:	KV Apolda-Weimar
Status:	eingereicht

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 907

- 905 • Wir wollen, dass Beratungsangebote und Publikationen mindestens zweisprachig
906 vorgehalten werden, um Migrantinnen und Migranten den Weg in die
907 Selbstständigkeit zu erleichtern.
- Wir werden anonyme Meldemöglichkeiten für Verstöße bei Arbeits- und Infektionsschutz am Arbeitsplatz schaffen und die entsprechenden Kontrollkapazitäten der Gewerbebehörden und Ordnungsämter ausbauen, sowie Amtshilfe anderer Behörden ermöglichen.

Begründung

In Thüringen werden Meldungen von schweren Gesundheitsgefahren von Beschäftigten am Arbeitsplatz ignoriert oder führen zu widerrechtlichen Kündigungen. Vor allem die SARS-CoV-2-Ausbreitung hat diesen Mangel offensichtlich werden lassen. Betriebe dürfen auch im Kapitalismus keine rechtsfreien Räume sein.

Antrag A-1/ÄA-9: Änderungsantrag zu A-1

Änderungsantrag zu A-1

Antragsteller/in:	KV Apolda-Weimar
Status:	eingereicht

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 967

- 961 • Wir wollen in Thüringen bei der Einführung der Mobilfunktechnologie der 5.
962 Generation (5G) vorgehen. Davon sollen nicht nur städtische, sondern vor allem
963 die ländlichen Räume rasch profitieren. Wir werden weiterhin für eine umfassende
964 Netzneutralität streiten, damit der Zugang zu schnellen Datenwegen nicht vom
965 Geldbeutel abhängig gemacht wird. Wir unterstützen Initiativen, die
966 Breitbandversorgung aus der Hand weniger Telekommunikationskonzerne in
967 öffentliches Eigentum zu überführen oder genossenschaftlich zu organisieren.
- Wir werden maschinenlesbare Rohdatenabfrageschnittstellen im Zuge der Entwicklung eines umfassenden Open-Data-Konzepts auf kommunaler Ebene und Landesebene ausbauen und schaffen.

Begründung

Vor allem beim Thüringer Landesamt für Statistik sind hochwertige, unter Einsatz von hohen Steuermitteln akquirierte Daten einsehbar. Diese müssen jedoch durch Datenwissenschaftler:innen mühsam und zeitaufwendig aufbereitet werden, um sie in ihren Forschungen im größeren Kontext vergleichbar auszuwerten. Insbesondere Haushaltsdaten können auf diese Weise demokratischer rezipiert werden.

Antrag A-1/ÄA-10: Änderungsantrag zu A-1

Änderungsantrag zu A-1

Antragsteller/in:	KV Apolda-Weimar
Status:	eingereicht

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 1122

1116 Starke städtische Zentren wie Erfurt und Jena sind wie viele kleine und mittlere
1117 Städte zentrale Orte in unserem ländlich geprägten Thüringen. Diese bunte Vielfalt
1118 zeichnet unseren Freistaat aus. Wir, DIE LINKE. Thüringen, spielen die Regionen des
1119 Landes nicht gegeneinander aus, sondern verstehen die Unterschiede als unsere
1120 gemeinsame Stärke. Wir denken Stadt und Land zusammen, alle Menschen sollen in jedem
1121 Thüringer Ort gut leben können. Egal wo - Jede und Jeder braucht Zugang zu
1122 verlässlicher medizinischer Versorgung, schnellem Internet, Waren des täglichen Bedarfs,
Schule und Bildung und
1123 ein ansprechendes soziales und kulturelles Umfeld. Abgehängte Regionen darf es nicht
1124 geben.

Begründung

Der ländliche Raum wird auch deshalb immer unattraktiver, weil immer mehr Einkaufsmöglichkeiten des Grundbedarfs aus der Fläche verschwinden. Damit wird es Menschen ohne eigenes Fahrzeug oder Führerschein weiter erschwert, sich ausreichend und gesund zu ernähren. Zusätzlich könnten hier auch in ökologischer Hinsicht Transportwege gespart werden, sowie Treffpunkte geschaffen werden.

Antrag A-1/ÄA-11: Änderungsantrag zu A-1

Änderungsantrag zu A-1

Antragsteller/in:	Markus Franke (SV Erfurt)
Status:	eingereicht

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 180

- 177 • Wir wollen Kindern und Jugendliche vor häuslicher Gewalt und sexuellem
178 Missbrauch, vor Mobbing in Kindergärten und Schulen besser schützen. Ein Element
179 hierfür ist das neue Amt der/des Landesbeauftragten für Kinderschutz und zur
180 Bekämpfung sexueller Gewalt an Kindern und die Beteiligung Thüringens am Projekt „Kein
Täter werden“ - ein therapeutisches Angebot an der Charité in Berlin zur Prävention von
sexuellem Kindesmissbrauch.

Begründung

Folgende Städte bzw. Bundesländer sind bereits dem Projekt angeschlossen:

[Online- HYPERLINK "https://www.kein-taeter-werden.de/betroffene/"](https://www.kein-taeter-werden.de/betroffene/) HYPERLINK "https://
www.kein-taeter-werden.de/betroffene/" HYPERLINK "https://www.kein-taeter-werden.de/
betroffene/"Selbsthilfe

[Bamberg](#)

[Berlin](#)

[Düsseldorf](#)

[Gießen](#)

[Hamburg](#)

[Hannover](#)

[Kiel](#)

[Leipzig](#)

[Mainz](#)

[Sachsen-Anhalt](#)

[Stralsund](#)

[Ulm](#)

Antrag A-1/ÄA-12: Änderungsantrag zu A-1

Änderungsantrag zu A-1

Antragsteller/in:	Markus Franke (SV Erfurt)
Status:	eingereicht

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 261

- 260 • Wir wollen in ganz Thüringen vielfältige und niedrigschwellige Angebote für die
261 Familien unterbreiten und dabei die besonderen Bedürfnisse und Wünsche zur
Vorbereitung junger Menschen auf Ehe, Partnerschaft und das Zusammenleben mit
262 Kindern, von
263 Alleinerziehenden und Regenbogen-Familien stärker berücksichtigen. Dabei
264 unterstützen wir auch weiterhin die Arbeit des Landesfamilienrats und die
Umsetzung des Landesfamilienförderplans.

Begründung

§ 16 SGB VIII Allgemeine Förderung der Erziehung in der Familie

(2) Leistungen zur Förderung der Erziehung in der Familie sind insbesondere

1.

Angebote der Familienbildung, die auf Bedürfnisse und Interessen sowie auf Erfahrungen von Familien in unterschiedlichen Lebenslagen und Erziehungssituationen eingehen, die Familien in ihrer Gesundheitskompetenz stärken, die Familie zur Mitarbeit in Erziehungseinrichtungen und in Formen der Selbst- und Nachbarschaftshilfe besser befähigen **sowie junge Menschen auf Ehe, Partnerschaft und das Zusammenleben mit Kindern vorbereiten**,

Hierzu gibt es z.B. bundeweit das Angebot - Gesprächstraining EPL - Ein partnerschaftliches Lernprogramm

Im EPL-Gesprächstraining werden zunächst grundlegende Gesprächs- und Problemlösefertigkeiten eingeübt. Mit diesen Fertigkeiten spricht dann jedes Paar für sich über wichtige Themen seiner Partnerschaft. Jedes Paar wird von Trainerinnen und Trainern unterstützt, hierbei die entsprechenden Gesprächs- und Problemlösefertigkeiten anzuwenden.

Antrag A-1/ÄA-13: Änderungsantrag zu A-1

Änderungsantrag zu A-1

Antragsteller/in:	Markus Franke (SV Erfurt)
Status:	eingereicht

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 779 - 782

- 778 • Damit der Arbeits- und Gesundheitsschutz für alle Arbeitnehmerinnen und
779 Arbeitnehmer garantiert wird, werden wir das für die Kontrolle ~~zuständige Landesamt~~
780 ~~personell aufstocken. Damit der Arbeits- und Gesundheitsschutz für alle~~
781 ~~Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer garantiert werden, wollen wir das für die Kontrolle~~
782 ~~zuständige Landesamt personell~~ und Unterstützung zuständige Landesamt für
Verbraucherschutz Abt. Arbeitsschutz personell durch Fachkräfte für Arbeitssicherheit und
Gewerbearzt (Facharzt für Arbeitsmedizin) aufstocken. Wir wollen diejenigen
783 schützen, die durch die Corona-Pandemie besonderen Belastungen ausgesetzt sind.
784 Wir halten an der klaren Begrenzung der Sonn- und Feiertagsarbeit und an den
785 zwei freien Samstagen pro Monat im Einzelhandel fest, damit freie Tage für
786 Familie, Freundschaften und Erholung für möglichst viele Beschäftigte garantiert
787 sind.

Begründung

Der Ergänzungsvorschlag bekräftigt die für die Tausenden Erwerbstätigen ernsthafte Bedeutung der Arbeitssicherheit. Das Bemühen um einen Facharzt für Arbeitsmedizin ergänzt die gegenwärtige Qualifikation von zwei Gewerbeärzten im TLV.

Es ist auch für Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Wahlprogramm wichtig zu lesen, dass die Fachkräfte für Arbeitssicherheit die zuständigen Mitarbeiter zu unterstützen haben. Der Begriff – Kontrolle - , wenn auch faktisch gegeben, ist im ASiG nicht enthalten.

Gesetz über Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit
§ 6 Aufgaben der Fachkräfte für Arbeitssicherheit

Die Fachkräfte für Arbeitssicherheit haben die Aufgabe, den Arbeitgeber beim Arbeitsschutz und bei der Unfallverhütung in allen Fragen der Arbeitssicherheit einschließlich der menschengerechten Gestaltung der Arbeit zu unterstützen.

Antrag A-1/ÄA-14: Änderungsantrag zu A-1

Änderungsantrag zu A-1

Antragsteller/in:	Julia Langhammer (SV Jena · Nr. 60)
Status:	eingereicht

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 723

715 • Wir werden die Thüringer Programme zur öffentlich geförderten Beschäftigung und
716 gemeinwohlorientierte Arbeit ebenso stärken wie das Landesarbeitsmarktprogramm.
717 Damit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gut arbeiten und leben können, setzen
718 wir uns für die Stärkung der Tarifbindung ein und wollen die Hürden für
719 allgemeinverbindliche Tarifverträge senken. Zur Stärkung der Tarifbindung werden
720 wir alle Landesbeteiligungen auf Einhaltung von Tarifverträgen überprüfen und
721 wenn keine Tarifbindung vorliegt, entsprechende Schritte zum Übergang in einen
722 Tarifvertrag vornehmen. Gleiches gilt für die gesetzlich vorgesehenen Gremien
723 der Mitbestimmung nach dem Betriebsverfassungsgesetz.

- Wir stärken die demokratische Beteiligung in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst. Deswegen werden wir in das Thüringer Personalvertretungsgesetz eine Unberührtheitsklausel, analog zum Bremischen Personalvertretungsgesetz, einfügen und damit klarstellen, dass Personalräte in allen sozialen, personellen, organisatorischen und sonstigen innerdienstlichen Angelegenheiten, die die Beschäftigten und ihre Arbeitsbedingungen berühren, mitbestimmen sollen.

Begründung

Im Jahr 2019 wurde nach langer Debatte das Thüringer Personalvertretungsgesetz novelliert, sodass nun Personalräte theoretisch in allen sozialen, personellen, organisatorischen und sonstigen innerdienstlichen Angelegenheiten mitbestimmen können. In der Praxis ist das aber nach wie vor nicht gewährleistet. Auch erste Urteile deuten an, dass mit der Gesetzänderung das eigentlich angestrebte Ziel der "Allzuständigkeit" nicht erreicht wurde.

Zur rechtlichen Klarstellung ist eine erneuerte Gesetzesänderung nötig. Mit einer "Unberührtheitsklausel", wie es sie im Bremischen Personalvertretungsgesetz gibt, können die Unklarheiten beseitigt und die Mitbestimmung entschieden gestärkt werden.

Antrag A-2: Landtagswahlprogramm Kapitel 2

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	eingereicht

Der Parteitag möge beschließen:

1 Die Demokratie verteidigen und stärken

2

3 Bereits vor der Corona-Krise standen die demokratischen Institutionen auch in
4 Thüringen unter rassistischem und rechtspopulistischem Druck. Die rechtsextremen
5 Terroranschläge und Morde der vergangenen Jahre haben die tödliche Gefahr von rechts
6 schmerzhaft aufgezeigt. Rechtsextreme Vorfälle bei der Bundeswehr und in den
7 Sicherheitsbehörden unterstreichen, dass sich unsere Gesellschaft gefährlich nach
8 rechts entwickelt hat und weiter entwickeln wird, wenn die demokratische Mehrheit dem
9 nicht Einhalt gebietet.

10 Wir, DIE LINKE. Thüringen, gehen davon aus, dass es mehr als 75 Jahren nach der
11 Befreiung vom deutschen Faschismus die Verantwortung aller demokratischen Kräfte in
12 unserem Land ist, Menschenfeindlichkeit, Antisemitismus, Sexismus und Rassismus aller
13 Schattierungen entgegenzutreten. Die Verteidigung einer antifaschistischen und
14 offenen Gesellschaft ist das Fundament unseres Zusammenlebens. Hierfür sind
15 gesellschaftlicher Antifaschismus und zivilgesellschaftliches Engagement sowie die
16 entsprechende staatliche und öffentliche Unterstützung erforderlich.

17 Wichtige Elemente zur Verteidigung und Stärkung unserer Demokratie sind die
18 Erweiterung der demokratischen Mitsprache und Mitentscheidungen in den Kommunen und
19 auf der Ebene des Landes und die Transparenz der politischen Entscheidungen. Wir
20 wollen, dass Ausschusssitzungen im Thüringer Landtag grundsätzlich öffentlich
21 stattfinden.

22 Zur Stärkung der Demokratie gehört die bessere Anerkennung ehrenamtlicher Arbeit.
23 Wichtig sind eine demokratische Bildungs- und eine lebendige Erinnerungsarbeit sowie
24 ein öffentlich-rechtlicher Rundfunk, der seinem Bildungsauftrag gerecht wird und
25 dabei durch die demokratische Öffentlichkeit kritisch begleitet werden muss. Es
26 braucht eine Stärkung der Kultur des kritischen und selbstkritischen Umgangs mit dem
27 Agieren und insbesondere der Sicherheitsbehörden.

28 Die mit Beginn der Corona-Pandemie vorgenommenen Beschränkungen von Freiheits- und
29 Grundrechten waren aufgrund der gegebenen Situation, in der niemand wusste, wie groß
30 die Gefahr tatsächlich ist, zum Schutz des Grundrechts auf Leben und Gesundheit,
31 zunächst notwendig.

32 Wir, DIE LINKE. Thüringen, haben von Beginn an klargestellt, dass jede Einschränkung
33 verhältnismäßig, überprüfbar und auf das Ziel des Gesundheitsschutzes bezogen sein
34 muss. Es darf keine Selbstermächtigung der Regierungen und Verwaltungen geben.

35 Gesellschaftliches und politisches Engagement müssen unter Beachtung des
36 Gesundheitsschutzes möglich bleiben.

37 Wir werden nachdrücklich darauf bestehen, dass alle Beschränkungen von Freiheits- und
38 Grundrechten nach dem Ende der Pandemie unverzüglich aufgehoben werden.

39 Wir stellen uns entschieden den Versuchen der extremen Rechten, von Reichsbürgern und
40 Realitätsleugnern entgegen, unter dem Vorwand des Verweises auf vermeintliche und
41 tatsächliche Grundrechtseinschränkungen selbst Demokratie, Menschenwürde und
42 Menschenrechte schwächen und zerstören zu wollen.

43 **Für gesellschaftlichen Antifaschismus!**

44 Mehr als zweihundert Todesopfer rechter Gewalt sind seit 1990 in Deutschland zu
45 beklagen. NSU, die Anschläge in Kassel, Halle, Hanau, eskalierender Rassismus,
46 zahlreiche gewalttätige Übergriffe auf People of Colour, Schwarze Menschen, Jüdinnen
47 und Juden, Geflüchtete, Linke, LGBTQI*, Feminist*innen; rechter Hass auf den Straßen,
48 in den Parlamenten und im digitalen Raum machen deutlich: Seit der Wiedervereinigung
49 war ein moderner Antifaschismus, der antidemokratische Tendenzen konsequent erkennt,
50 benennt und bekämpft, noch nie so notwendig wie heute.

51 Die staatlichen Institutionen und die Zivilgesellschaft müssen sich noch konsequenter
52 dem Erstarken von Diskriminierung und der extremen Rechten entgegenstellen. Menschen,
53 die sich für Demokratie, Menschenrechte und eine solidarische Gesellschaft einsetzen,
54 müssen besser unterstützt und geschützt werden.

55 Wir, DIE LINKE. Thüringen, setzen uns für einen modernen gesellschaftlichen
56 Antifaschismus ein, der reflektiert: Antifaschismus darf kein inhaltsleerer
57 Legitimationsmythos sein, sondern muss gesellschaftliche Verhältnisse ehrlich
58 analysieren und kritisieren. Antifaschismus ist für uns das Versprechen der
59 unangetasteten Gleichwertigkeit sowie der Freiheit aller Menschen und die
60 entschlossene Abwehr aller Ideologien, Bewegungen, Parteien und Zustände, die dies
61 infrage stellen.

62 Für alle Menschen, gleich welcher Herkunft und gleich welcher tatsächlichen oder
63 zugeschriebenen sozialen Identität wollen wir gleiche politische und soziale Rechte,
64 sowie den gleichen Schutz vor staatlicher, wirtschaftlicher oder vorurteilsgeleiteter
65 Diskriminierung erreichen.

66 Als eine Konsequenz aus der Arbeit des ersten Thüringer NSU-Untersuchungsausschusses
67 hat der Thüringer Landtag 2017 eine Enquetekommission Auseinandersetzung mit
68 Rassismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in Thüringen“ eingesetzt. Diese
69 Kommission erarbeitete Empfehlungen für Maßnahmen zur Eindämmung von Rassismus und
70 Diskriminierung. Sie wollen wir ebenso wie die noch nicht umgesetzten Empfehlungen
71 der NSU-Untersuchungsausschüsse in ihrer Gesamtheit umsetzen.

- 72 • Wir werden neben der bereits in der Staatskanzlei angesiedelten
73 Antidiskriminierungsstelle, die künftig vor allem eine koordinierende und
74 administrativ beratende Funktion haben soll, eine unabhängige, niedrigschwellig
75 erreichbare Antidiskriminierungsberatung etablieren. Mit einem
76 Landesantidiskriminierungsgesetz wollen wir Schutz vor rassistischer

- 77 Diskriminierung, vor Diskriminierungen wegen der ethnischen Herkunft, des
78 Geschlechts, der Religion und Weltanschauung, einer Behinderung, einer
79 chronischen Erkrankung, des Lebensalters, der sexuellen Identität und des
80 sozialen Status bieten. Das Landesantidiskriminierungsgesetz soll Schutzlücken
81 des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) schließen und insbesondere
82 bestehende Diskriminierung durch hoheitliches Handeln beseitigen. Es soll ein
83 Verbandsklagerecht, verlängerte Klagefristen und mindestens die
84 Beweislast erleichterung für von Diskriminierung Betroffene enthalten. Auf
85 Bundesebene wollen wir uns für die Novellierung des AGG einsetzen. Mit einem zu
86 bildenden und beratend tätigen zivilgesellschaftlich aufgestellten Gremium
87 wollen wir die Landesregierung bei der Erarbeitung von Strategien gegen
88 Rassismus, Antisemitismus, Antifeminismus und Neonazismus unterstützen. Wir
89 werden eine Antirassismusbeauftragte bzw. einen Antirassismusbeauftragten als
90 Ansprechperson für Betroffene von Rassismus und Diskriminierung und für
91 öffentliche Einrichtungen einsetzen.
- 92 • Wir wollen Beratungs- und Weiterbildungsangebote gegen Hass-Sprache
93 (Hatespeech), Desinformation und Verschwörungsideologien in sozialen Netzwerken
94 für Schulen, in der Jugendarbeit und der Erwachsenenbildung schaffen, weil
95 soziale Medien als Verstärker von rassistischem, neonazistischen,
96 islamfeindlichen, antisemitischen und auch islamistischen Ideologien dienen. Wir
97 werden eine online-Meldestelle für Hass-Sprache und diskriminierende Äußerungen
98 einrichten, um diese besser erfassen und Gegenmaßnahmen besser abstimmen zu
99 können. Wir wollen Hass-Sprache und die Radikalisierung in sozialen Netzwerken
100 stärker erforschen lassen. Wir werden eine unabhängige Beratungsstelle für Hate-
101 Speech etablieren, um schwerwiegende Folgen für Betroffene abzumildern und zu
102 verhindern. Polizei und Justiz wollen wir personell besser in die Lage
103 versetzen, Hasskriminalität im Netz strafrechtlich zu verfolgen und
104 entsprechende Bildungsangebote dafür ausbauen.
 - 105 • Wir widersetzen uns den Angriffen von CDU und AfD auf das Landesprogramm für
106 Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit/Gewaltprävention und Mitbestimmung. Wir
107 werden im Zuge der anstehenden Aktualisierung des Landesprogramms ein
108 Demokratiefördergesetz auf den Weg bringen, um Rechtsextremismusprävention und
109 Demokratieförderung endlich gesetzlich zu verankern und langfristig abzusichern.
110 Zudem werden wir angesichts der Zunahme rechts und rassistisch motivierter
111 Übergriffe die Förderung der Opferberatung ezra und der mobilen Beratung gegen
112 Rechts (Mobit) erhöhen und das Landesprogramm finanziell besser ausstatten, um
113 die Selbstorganisation und gesellschaftliche Teilhabe migrantischer Gruppen zu
114 stärken.
 - 115 • Wir setzen uns nachhaltig für die Professionalisierung der Demokratieförderung
116 offline und online, durch die Schaffung eines entsprechenden Studiengangs ein.
117 Mit einer kontinuierlich gesicherten Förderung von Soziokultur, Jugendarbeit,
118 Jugendsozialarbeit und Jugendverbandsarbeit und der Unterstützung von Freiräumen
119 gerade im ländlichen Raum, wollen wir Jugendliche und junge Erwachsene präventiv
120 gegen menschenverachtende Ideologien stärken. Die Auseinandersetzung mit

- 121 diskriminierenden Positionen wollen wir von der Schule bis zur Erwachsenenbildung
122 ausbauen und fördern. Die Arbeit der Landeszentrale für politische Bildung
123 gewinnt dabei an weiterer Bedeutung. Sowohl die Landeszentrale für politische
124 Bildung, als auch die Träger der Erwachsenenbildung in Thüringen sind hierfür
125 unverzichtbare Partner, die wir entsprechend stärken werden.
- 126 • Wir wollen einen Unterstützungsfonds in Thüringen einrichten, der für Betroffene
127 rassistischer, antisemitischer und rechts motivierter Straftaten unbürokratisch
128 Hilfe und Entschädigung bietet. Wir wollen die Weiterbildung von Polizei und
129 Staatsanwaltschaften professionalisieren und verstetigen, insbesondere auch um
130 die Analysekompetenzen zu aktuellen Erscheinungsformen von Neonazismus,
131 Rassismus, Islamfeindlichkeit und Antisemitismus zu erhöhen. Ebenso müssen
132 entsprechende Weiterbildungen etabliert werden, um für die Arbeit mit
133 Betroffenen zu sensibilisieren. Opfer von rechter, rassistischer und
134 antisemitischer Gewalt wollen wir auch durch bessere räumliche Rahmenbedingungen
135 und Begleitangebote während Gerichtsverhandlungen und juristischer Verfahren
136 unterstützen. Wir werden uns für die Einrichtung einer
137 Schwerpunktstaatsanwaltschaft zur effektiveren Strafverfolgung von extrem
138 rechten Straftaten einsetzen, auch angesichts der Umstände, dass die Verfolgung
139 von Hasskriminalität im Internet quantitativ zunehmen wird. Wir setzen uns für
140 eine offizielle Kampagne des Freistaates Thüringen ein, die die Betroffenen von
141 Hasskriminalität dazu ermutigt, Straftaten zur Anzeige zu bringen. Auch dafür
142 ist die Errichtung einer Internetwache dringend geboten, mit der sichergestellt
143 wird, dass Anzeigen jederzeit online erstattet werden können.
 - 144 • Wir setzen die langfristige Förderung des „Thüringen Monitors“ fort, um ein
145 regelmäßiges wissenschaftliches Berichtswesen der Landesregierung zum Stand der
146 demokratischen Kultur und über Bedrohungen für die Demokratie zu etablieren.
- 147 Auf der Bundesebene werden wir uns für eine, neu zu schaffende und unbürokratische,
148 Grundrente für Überlebende und Hinterbliebene rechtsterroristischer, rassistischer,
149 antisemitischer und islamistischer Attentate und schwerer Gewalttaten einsetzen. Wir
150 wollen eine Erweiterung der Rechte Betroffener nach §25 Aufenthaltsgesetz
151 (humanitäres Bleiberecht für Betroffene rassistischer Gewalt ohne festen
152 Aufenthaltsstatus). Die entsprechende Thüringer Regelung wollen wir verbessern. Wir
153 werden einen besseren Opferschutz in der Strafprozessordnung anregen.
- 154 Um Neonazis den Zugriff auf Waffen zu untersagen, fordern wir eine Verschärfung des
155 Waffengesetzes. Der Besitz von Waffen in den Händen von Neonazis stellt eine
156 ungeahnte Bedrohung vieler Menschen dar und muss deshalb konsequent ausgeschlossen
157 werden. Wir wollen qualifizierte Zuverlässigkeitsprüfungen für Waffenbesitzer. Wir
158 werden die Kommunen dabei unterstützen, noch umfassender als bisher bestehende
159 Waffenerlaubnisse zu widerrufen und eine effektivere Kontrollpraxis umzusetzen.
- 160 Um entschiedener gegen aktuelle rechte Strukturen und Erscheinungsformen vorgehen zu
161 können, fordern wir eine Aktualisierung der Paragraphen 86 und 86a Strafgesetzbuch
162 (StGB). Wir fordern zudem rechtliche Sicherheit für politische Bildung und
163 zivilgesellschaftliches Engagement, denn Antifaschismus ist gemeinnützig!

164 Wir setzen uns dafür ein, dass Deutschland die im 6. Bericht der vom Europarat ins
165 Leben gerufenen Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI) vom 20.
166 März 2020 enthaltenen Forderungen endlich zügig umsetzt.

167 Wir setzen uns weiterhin dafür ein, den 8. Mai zu einem gesetzlichen Feiertag zu
168 erklären, nachdem er in Thüringen bereits ein Gedenktag ist. Unser Ziel ist es, den
169 Tag der Befreiung vom Faschismus bundesweit als Feiertag zu begehen.

170 **Klare Kante gegen rechts – im Parlament und auf den Straßen!**

171 „Tag X-Szenarien“, gesellschaftliche Umsturzphantasien, massiv steigende, oft
172 antisemitisch besetzte Verschwörungstheorien im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie,
173 Überfälle auf Menschen, die zu Feindbildern von Neonazis und anderen Menschenfeinden
174 gehören: dies alles zeigt, wie notwendig umfassende Maßnahmen sind, um die Demokratie
175 zu schützen und zu stärken. Es gilt, konsequent gegen diejenigen vorzugehen, die die
176 Gesellschaft spalten wollen und versuchen, Menschen wegen ihres Aussehens, ihrer
177 Herkunft, Religion, Kultur oder Abstammung gegeneinander auszuspielen.

178 Wir stehen für eine solidarische Gesellschaft, in der Menschen ohne Angst verschieden
179 sein können. Wir lassen uns im Kampf um eine solidarische Zukunft nicht spalten. Dem
180 folgend werden wir uns gegen jegliche Versuche stellen, Projekte gegen Rassismus,
181 Antisemitismus, Antifeminismus und Islamfeindlichkeit anzugreifen, zu diskreditieren
182 oder zu delegitimieren. Zivilgesellschaftlicher Protest gegen rassistische
183 Demonstrationen oder sonstige rechte Aktivitäten darf nicht durch polizeiliche oder
184 sonstige staatliche Maßnahmen behindert oder verhindert werden.

185 Thüringen trägt auch wegen des neonazistischen Terrornetzwerkes NSU eine besondere
186 Verantwortung. Deshalb stehen wir in der Verantwortung, alle behördlichen
187 Möglichkeiten zu nutzen, um gegen verfassungs- und demokratiefeindliche und extrem
188 rechte Organisationen und Strukturen vorzugehen.

189 Mit dem NSU-Untersuchungsausschuss konnte das Umfeld des mörderischen Netzwerkes
190 weiter aufgeklärt werden. Wir haben das Thüringer Landesprogramm für Demokratie,
191 Toleranz und Weltoffenheit/Gewaltprävention und Mitbestimmung fortentwickelt und
192 verstetigt. Erste richtige Maßnahmen sind in den vergangenen Jahren in Thüringen
193 ergriffen worden, um rechte Strukturen einzudämmen. Weitere müssen folgen. Wir, DIE
194 LINKE. Thüringen, wollen diesen Weg konsequent fortsetzen.

195 • Wir werden das von uns vorgeschlagene und bereits im Landtag beschlossene Archiv
196 für Akten aus dem NSU-Untersuchungsausschusses sicherstellen, um diese für
197 wissenschaftliche Forschung, Zivilgesellschaft und journalistische Recherche
198 zugänglich zu machen.

199 • Wir wollen gegen die Rechtsrock-Konzerte in Thüringen konsequenter vorgehen. So
200 werden wir insbesondere die Versammlungsbehörden unterstützen, rechtssichere
201 Bescheide zu erlassen. Wir unterstützen den Weg, auf Bundesebene eine
202 Präzedenzentscheidung vor Gericht zur juristischen Abgrenzung von Versammlungen
203 gegenüber kommerziellen Veranstaltungen zu erwirken.

204 • Wir wollen eine mobile Applikation entwickeln lassen, damit Polizistinnen und
205 Polizisten künftig noch schneller per Titelerkennung indizierte Hass-Musik mit

206 mobilen Geräten identifizieren und sofort darauf reagieren können („Nazi-
207 Shazam“-App). Auch eine Datenbank mit verbotenen Codes und Symbolen der rechten
208 Szene sollen ihnen auf diesem Wege zur Verfügung gestellt werden.

209 • Wir werden Stätten und Orte der Erinnerung unterstützen und ihre Finanzierung
210 sichern, die – wie die KZ-Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora – die
211 Opfer des deutschen Faschismus und den gegen ihn gerichteten antifaschistischen
212 Widerstand in unserem Gedächtnis wachhalten. Dies gilt umso mehr, als dass es
213 immer weniger Zeitzeugen gibt und die Herausforderung für unsere Gesellschaft
214 ist, die Erinnerung zu bewahren und die Verantwortung aus dem Schwur von
215 Buchenwald weiterzutragen. Dabei sind Gedenkstätten entscheidende
216 Wissensvermittler, denen dafür alle Unterstützung zur Verfügung gestellt werden
217 wird.

218 • Wir werden die falsche und überholte Extremismuskonzeption, die auf der
219 Totalitarismustheorie aufbaut, aus den Handlungskatalogen der Behörden streichen
220 und durch zeitgemäße bürger- und menschenrechtsorientierte Konzepte ersetzen.

221 • Wir setzen uns dafür ein, dass alle rechtlichen Möglichkeiten ausgeschöpft
222 werden, um gegen extrem rechte, rassistische, antisemitische und
223 diskriminierende Aktivitäten und Äußerungen von Bediensteten im Staatsdienst
224 vorzugehen.

225 • Wir wollen die Radikalisierungsprävention im Bereich Islamismus weiter ausbauen,
226 insbesondere durch verstärkte Fortbildungsangebote für Schulen und im Bereich
227 Erwachsenenbildung. Mit intensiveren Deradikalisierungsmaßnahmen für jene, die
228 sich dem auch gewaltorientierten Islamismus zuwenden, einschließlich derer in
229 Haftanstalten, wollen wir versuchen, der mörderischen Ideologie Anhängerinnen
230 und Anhänger zu entziehen. Zudem wollen wir die Sensibilität von Eltern,
231 Angehörigen und dem persönlichen Umfeld dieser Personen stärken, um
232 Gefährdungsanzeichen besser zu erkennen sowie die Kommunikations- und
233 Konfliktfähigkeit zu erhöhen, um frühzeitig Radikalisierungsprozessen
234 entgegenzusteuern.

235 **Ehrenamt und mehr Mitbestimmung als Grundpfeiler für eine lebendige Demokratie**

236 Die Demokratie ist umso stärker, je intensiver sie jeden Tag gelebt und erfahren
237 wird. Vor allem die letzten Monate haben erneut gezeigt, dass unserer Gesellschaft
238 ohne Ehrenamt nicht auskommt. Deshalb wollen wir, DIE LINKE. Thüringen, die
239 Ehrenamtsförderung als Staatsziel in der Thüringer Verfassung verankern. Mit einem
240 Thüringer Ehrenamtsfördergesetz werden wir konkrete Unterstützungsinstrumente
241 festschreiben. Darin soll die Etablierung von Ehrenamtsbeauftragten in den Kommunen,
242 die Vereine und Initiativen beim Zugang zu Informationen und Fördermitteln
243 unterstützen, enthalten sein. Ebenso wollen wir eine stärkere Vernetzung von
244 ehrenamtlichen Initiativen, die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Ehrenamt sowie
245 die notwendigen Finanzierungsgarantien festschreiben. Wir wollen neue generationen-
246 und geschlechtergerechte Ansätze in der Ehrenamtsarbeit mittels innovativer Methoden
247 unterstützen und die Thüringer Ehrenamtsstiftung weiterentwickeln.

248 Für uns gehören die Berücksichtigung der Grundrechte aller bei Entscheidungen und die

249 ständige Prüfung der getroffenen politischen Entscheidungen zum Wesen der Demokratie.
250 Diejenigen, die von politischen Entscheidungen betroffen sind, müssen die Möglichkeit
251 haben, sich an den entsprechenden Diskussions- und Entscheidungsprozessen beteiligen
252 zu können und hierüber mitzubestimmen. Die Formen hierfür sind vielfältig. Es geht
253 sowohl um die Ausweitung des Wahlrechts und den Ausbau der direkten Demokratie
254 (Volksbegehren/Bürgerbegehren), als auch um die Entwicklung einer neuen umfassenden
255 Mitwirkungs- und Mitbestimmungskultur.

256 Eine wichtige Antwort auf die Erfahrungen der Corona-Pandemie besteht in der Stärkung
257 benachteiligungs- und barrierefreier Beteiligungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten
258 durch die Anwendung moderner und nutzerfreundlicher elektronischer Formen (E-
259 Democracy). Das betrifft nicht nur die Verwaltungen von Land und die Kommunen,
260 sondern auch Schulen, Rundfunkanstalten, Verbraucher- und Nutzerbeiräte bei
261 Unternehmen und Zweckverbänden.

262 **Thüringer Landesverfassung modernisieren**

263 Auch auf Initiative unserer LINKEN- Landtagsfraktion hat der Thüringer Landtag einen
264 breiten und öffentlichen Diskussionsprozess über die Weiterentwicklung der Thüringer
265 Verfassung in Gang gesetzt und mit der Bildung eines Verfassungsausschuss den
266 Diskussionsprozess eröffnet. Wir plädieren dafür, in der kommenden 8. Wahlperiode des
267 Thüringer Landtages eine Enquetekommission „Verfassungsreform“ einzusetzen. Unser
268 Ziel ist es, einen berücksichtigenden Diskussionsprozess zu beginnen. An seinem Ende
269 soll ein Volksentscheid über die demokratische Weiterentwicklung unserer
270 Landesverfassung stehen.

271 Wir, DIE LINKE. Thüringen, werden unsere inhaltlichen Vorstellungen in diesem
272 Diskussionsprozesses weiter präzisieren und einbringen. Erste Eckpunkte hierfür sind
273 die folgenden Vorschläge:

- 274 • Wir wollen wie in den Ländern Brandenburg und Sachsen-Anhalt auch die Thüringer
275 Landesverfassung um eine Antifaschismus- und Antirassismusklausel sowie eine
276 Klausel gegen Antisemitismus ergänzen.
- 277 • Wir wollen die Ehrenamtsförderung als Staatsziel in der Thüringer
278 Landesverfassung aufnehmen und eine umfassende Erweiterung der Staatsziele, um
279 die staatlichen Akteure und öffentlichen Stellen in ihrer Alltagsarbeit auf
280 deren Verwirklichung zu verpflichten.
- 281 • Wir wollen den Nachhaltigkeitsgrundsatz in der Thüringer Landesverfassung
282 verankern.
- 283 • Wir wollen die UN-Kinderrechte in die Thüringer Landesverfassung aufnehmen.
- 284 • Wir wollen das Wahlalter für Landtagswahlen auf 16 Jahre senken. Menschen, die
285 seit mehr als 5 Jahren ihren Lebensmittelpunkt in Thüringen haben, sollen sich
286 unabhängig ihrer Staatsangehörigkeit an den Kommunalwahlen beteiligen können.
- 287 • Wir wollen das sogenannte „Finanztabu“ bei Volksbegehren abschaffen.
- 288 • Wir wollen den Gottesbezug aus der Präambel der Thüringer Landesverfassung
289 streichen. Gleichzeitig betonen wir das Recht auf freie Religionsausübung.

290 Wir werden als Teil des Bündnisses „Mehr Demokratie in Thüringen“ auch weiterhin eng
291 mit dem Landesverband des Vereins „Mehr Demokratie e.V.“ zusammenarbeiten, um
292 Möglichkeiten der Demokratieentwicklung in unserem Land zu diskutieren und
293 parlamentarisch sowie außerparlamentarisch voranzutreiben.

294 **Schutz der Verfassung statt Landesamt für Verfassungsschutz**

295 Seit seiner Gründung hat das Landesamt für Verfassungsschutz keinen Nachweis
296 erbracht, dass es als nachrichtendienstliche Behörde ein geeignetes Frühwarnsystem
297 vor Gefahren für Demokratie und eine freie Gesellschaft ist, zum Schutz
298 demokratischer Rechte beitragen und Gefahren für die Demokratie abwehren kann. Es
299 entzieht sich weitestgehend der parlamentarischen und vollständig der öffentlichen
300 Kontrolle.

301 Das Landesamt für Verfassungsschutz vereint eine Befugnis zum Grundrechtseingriff mit
302 einer nicht hinreichend rechtsstaatlich geregelten Eingriffsvoraussetzung, die der
303 Demokratie abträglich ist. Es richtet sich, teils willkürlich, teils politisch
304 instrumentalisiert, gegen diejenigen, welche er selbst als „verfassungsfeindlich“
305 einstuft.

306 Auch mit den Erfahrungen aus der Regierungsverantwortung seit 2014 sind wir
307 überzeugt: Eine nachrichtendienstliche Behörde ist kein geeignetes Frühwarnsystem vor
308 Gefahren für Demokratie und eine freie Gesellschaft und kann nicht zum Schutz
309 demokratischer Rechte beitragen und Gefahren für die Demokratie abwehren. Wir halten
310 die wiederholt behauptete gesellschaftliche und sicherheitspolitische Notwendigkeit
311 eines als Nachrichtendienst organisierten Amtes für Verfassungsschutz für
312 nichtbegründet und sind weiterhin der Auffassung: Das Amt für Verfassungsschutz ist
313 abzuschaffen.

314 Mit dem als Konsequenz aus dem ersten NSU-Untersuchungsausschuss eingerichteten
315 Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft verfügen wir in Thüringen über eine
316 Institution, die fundiert zur Förderung der demokratischen Kultur forscht und einen
317 Erkenntnistransfer zwischen Wissenschaft, Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft
318 organisiert. Wir werden diese Einrichtung weiter stärken und ihre Ergebnisse aus der
319 Forschung und Dokumentation noch besser in die Arbeit der Landesregierung und der
320 Zivilgesellschaft einfließen lassen.

321 **Proaktive Veröffentlichungen, mehr Transparenz und effektiver Datenschutz**

322 Transparenz in allen öffentlichen Angelegenheiten und politische Teilhabe stärken die
323 Demokratie, weil die Bürgerinnen und Bürger die Entscheidungen öffentlicher Stellen
324 nachvollziehen und sie so besser kontrollieren können. Privater Datenschutz ist
325 hingegen in Zeiten zunehmender Kameraüberwachung, Spähsoftware, digitaler
326 Klassenzimmer, Gesundheits-Apps, sozialer Netzwerke und Clouds unerlässlich. Wir, DIE
327 LINKE. Thüringen, wollen einerseits eine Kultur der Offenheit und Partizipation
328 fördern, andererseits Bürgerinnen und Bürger in die Lage versetzen, selbst über ihre
329 Daten zu entscheiden. Wir sagen: „Private Daten schützen, öffentliche Daten nützen“.

330 Die Corona-Krise hat gezeigt: wenn politische Entscheidungen nicht nachvollzogen
331 werden können und der Staat private Daten nicht ausschließlich für die Zwecke nutzen

- 332 will, für die sie erhoben wurden, dann geht das Vertrauen nicht nur in behördliches
333 Handeln, sondern generell in die Demokratie verloren.
- 334 Wir wollen den unter Rot-Rot-Grün eingeschlagenen Weg für Datensicherheit und
335 staatliche Transparenz fortsetzen.
- 336 • Künftig sollen Kommunen und Verwaltungen angehalten werden, zu erfassen, wie
337 viele Anfragen nach Informationsfreiheits- bzw. Transparenzgesetz ihnen zuzugingen
338 und warum diese abgelehnt wurden. Das kommende Thüringer Transparenzregister
339 wollen wir mit Leben füllen, Verwaltung und Kommunen wollen wir im Umgang damit
340 weiterbilden.
 - 341 • Wir wollen polizeiliche Datenbanken und die darin enthaltenen personengebundenen
342 Hinweise auf ihre Notwendigkeit hin überprüfen.
 - 343 • Wir wollen die Abfrage über bei Thüringer Behörden gespeicherte Daten für die
344 Bürgerinnen und Bürger erleichtern und unter auskunft.thueringen.de ein
345 Abfrageportal errichten, mit dem zum Beispiel bei Polizei, Verfassungsschutz und
346 anderen Behörden gespeicherte Informationen von Betroffenen abgefragt werden
347 können.
 - 348 • Wir wollen erreichen, dass künftig noch mehr Kommunen bzw. Kreise auf ihren
349 Internetseiten über angemeldete Versammlungen informieren. Wir wollen dazu eine
350 verpflichtende Regelung prüfen.
 - 351 • Wir wollen die Videoüberwachung öffentlicher Plätze zurückbauen und zunächst
352 überwachungsfreie Zonen im öffentlichen Raum schaffen. Mit einem Pilotprojekt in
353 einer Thüringer Stadt wollen wir in öffentlichen Verkehrsmitteln sichtbare
354 Bereiche ausweisen, die nicht von Kameraüberwachung erfasst sind, so dass
355 Bürgerinnen und Bürger selbstbestimmt entscheiden können, ob sie sich der
356 Überwachung aussetzen. Parallel dazu wollen wir die Auswirkungen von
357 Kameraüberwachung auf das Sicherheitsgefühl und die reale Sicherheit
358 wissenschaftlich untersuchen lassen.
 - 359 • Wir wollen die Themen Datenschutz und Informationsfreiheit noch stärker als
360 bisher in den Lehrplänen der Thüringer Schulen verankern.
 - 361 • Wir lehnen Vorratsdatenspeicherung, staatliche Gesichtserkennung, Staatstrojaner
362 und Online-Durchsuchungen ab und wollen die Benachrichtigungspraxis für
363 Betroffene polizeilicher Maßnahmen insbesondere bei
364 Telekommunikationsüberwachung verbessern. Nach dem Berliner Vorbild soll ein
365 SMS-Informationsmodul zur Benachrichtigung von Betroffenen von
366 Funkzellenabfragen realisiert werden.
 - 367 • Mit einer Werbe- und Aufklärungskampagne wollen wir die Menschen in Thüringen
368 zur Nutzung von digitaler verschlüsselter Kommunikation befähigen und
369 motivieren.
- 370 **Selbstverwaltete und leistungsfähige Kommunen als Fundament unserer Demokratie**
371 Das Fundament unserer Demokratie wird umso sicherer, je leistungsfähiger die
372 selbstverwalteten Kommunen in Thüringen im Alltag der Menschen agieren und ihren
373 gesellschaftlichen, sozialen und kulturellen Bedürfnissen gerecht werden können.

374 Tatsächliche kommunale Selbstverwaltung findet dort statt, wo die Einwohnerinnen und
375 Einwohner über ihre eigenen Angelegenheiten mitreden und mitbestimmen können. Deshalb
376 setzen wir, DIE LINKE. Thüringen, auf umfassende Demokratie, Transparenz und
377 Öffentlichkeit nach dem Prinzip der gläsernen Rathäuser und Landratsämter. Hierfür
378 hat Rot-Rot-Grün einen Gesetzentwurf zur Änderung der Thüringer Kommunalordnung
379 vorgelegt, der die Erweiterung der Informations- und Beteiligungsmöglichkeiten der
380 Einwohnerinnen und Einwohner, die Stärkung der Gemeinderäte und Kreistage, ihrer
381 Fraktionen und der einzelnen Gemeinderats- und Kreistagsmitglieder vorsieht.

- 382 • Gemeinsam mit den Kommunen wollen wir neue Beteiligungsmodelle entwickeln und
383 die Kommunen gemeinsam mit den Einwohnerinnen und Einwohnern zu
384 „Beteiligungskommunen“ weiterentwickeln. Die umfassende und möglichst
385 frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung bei Planungsvorhaben und Großprojekten
386 muss wirksam ausgebaut werden.
- 387 • Auf Landesebene wollen wir die konsultativen bzw. informellen Angebote der
388 Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern stärken und in einer
389 Beteiligungsplattform bündeln.
- 390 • Die sogenannten „Scheinkandidaturen“ von Amtsträgerinnen und -trägern bei
391 Kommunalwahlen wollen wir abschaffen. Zudem sollen auch Menschen ein kommunales
392 Wahlrecht erhalten, wenn sie keine Staatsbürgerschaft eines EU-Mitgliedsstaates
393 haben.

394 Die selbstverwalteten Kommunen müssen die Hauptträger der Kultur- und
395 Bildungseinrichtungen, der für die Allgemeinheit erforderlichen Dienstleistungen, der
396 Gas-, Wasser- und Energieversorgung, der Müllabfuhr und Abwasserbeseitigung sein.
397 Transport: Bus, Stadtbahn, Versorgung, Internet. Die Corona-Krise hat die
398 Notwendigkeit unterstrichen, dass unser Gesundheitswesen in öffentliche Hand gehört.
399 Kliniken und Krankenhäusern gehören deshalb in kommunale Hand. Die entscheidende
400 Voraussetzung hierfür sind handlungsfähige Kommunen.

- 401 • Wir, DIE LINKE. Thüringen, wollen deshalb die Stellung der Kommunen stärken und
402 ihnen ein höheres Gewicht im föderalen Staatsaufbau zukommen lassen. Dazu gehört
403 eine dritte föderale Kammer neben Bundestag und Bundesrat, in der die Kommunen
404 ihre Interessen auf Bundesebene eigenständig vertreten können.
- 405 • Wir fordern, die Gesamtsteuereinnahmen der Kommunen insgesamt zu erhöhen und
406 streben eine neue Berechnung der Gewerbesteuer an. Das bisherige Prinzip, dass
407 in den ostdeutschen Ländern viele Steuern für die westdeutschen Bundesländer
408 erarbeitet werden, lehnen wir ab. Dort, wo die Wertschöpfung stattfindet, sollen
409 auch die entsprechenden Steuern gezahlt werden.
- 410 • Wir werden den Kommunalen Finanzausgleich neu ausrichten und dabei die Vorgaben
411 des Landesverfassungsgerichtes beachten. Die Finanzausweisungen des Landes an die
412 Kommunen sind von jeglichen politischen Willkürentscheidungen frei zu halten.
413 Wir werden das System des Kommunalen Finanzausgleiches von wesensfremden
414 Nebenfinanzierungen befreien und somit für mehr Transparenz sorgen. Für jede und
415 jeden vor Ort soll aus dem Gesetz ersichtlich werden, mit welchen Mitteln die
416 eigene Kommune rechnen kann.

- 417 • Wir werden eine kommunale Förderfibel erstellen und kontinuierlich
418 fortschreiben, in der alle kommunalrelevanten Förderprogramme des Landes, des
419 Bundes und der EU zusammengefasst sind, um Transparenz im bestehenden
420 Förderdschungel herzustellen. Damit wollen wir verhindern, dass Fördergelder
421 verfallen und angebotene Hilfestellungen vor Ort ungenutzt verhallen, weil sie
422 aus Unkenntnis nicht abgerufen werden oder die Antragstellung zu kompliziert
423 ist. Durch ein spezielles Programm werden wir sicherstellen, dass auch
424 finanzschwache Kommunen in die Lage versetzt werden, Förderprogramme in Anspruch
425 zu nehmen. So können tatsächlich gleichwertige Lebensverhältnisse in den
426 Kommunen erreicht werden.
- 427 • Wir werden einen zentralen Fördermittel-Lotsen als kommunale Service-Stelle auf
428 Landesebene etablieren, um zu vermeiden, dass Fördermittel ungenutzt bleiben.
429 Damit wollen wir die Kommunen bei der Auswahl der Förderprogramme beraten und
430 bei der Antragstellung unterstützen. Unser Ziel ist es, zukünftig jeden von der
431 EU, dem Bund und dem Land Thüringen bereitgestellten Euro auch tatsächlich vor
432 Ort auszugeben. Das Landesverwaltungsamt in Weimar werden wir deshalb zu einer
433 zentralen kommunalen Service-Einrichtung weiterentwickeln.
- 434 • Zwei Drittel der öffentlichen Aufträge werden durch die Kommunen vergeben. Wir
435 werden deshalb durch Beratung und Qualifizierung die Kommunen in die Lage
436 versetzen, von den sozial-ökologischen Vergabekriterien Gebrauch zu machen und
437 die Einhaltung der Vergabekriterien auch zu kontrollieren.
- 438 • Wir werden die in den letzten Jahren durchgeführten kommunalen Reformprozesse
439 für mehr Effizienz im Verwaltungshandeln weiterhin unterstützen. Den durch die
440 Rot-Rot-Grüne Koalition eingeschlagenen Weg der gemeindlichen Gebietsreform auf
441 freiwilliger Basis werden wir weitergehen und wollen ihn durch entsprechende
442 Anreizsysteme weiter verstärken. Dabei wollen wir auch die Stadt-Umland-
443 Beziehungen in den Blick nehmen und bei Bedarf neu ausrichten. Wir wissen, dass
444 die Städte das Umland brauchen, aber das Umland braucht auch die Städte. Deshalb
445 setzen wir auch auf mehr kommunale Kooperation und Zusammenarbeit. Die
446 Erfahrungen aus den gescheiterten Förderinstrumenten der kommunalen
447 Gemeinschaftsarbeit werden wir auswerten und zielgerichtete, wirksame
448 Instrumente neu entwickeln. Damit stärken wir die Regionen in den einzelnen
449 Landesteilen Thüringens.
- 450 • Wir werden uns zur besseren Verknüpfung der Landesebene mit den Kommunen dafür
451 einsetzen, die in einzelnen Städten bereits gut funktionierenden Bürger-Service-
452 Büros flächendeckend einzurichten. Sie sollen künftig sowohl die Angelegenheiten
453 der Gemeinden und Städte als auch die der Landkreise und des Landes abbilden. In
454 den kreisfreien Städten schließen wir gemeinsam betriebene Einrichtungen mit den
455 angrenzenden Landkreisen nicht aus.

456 **Feuerwehren in Thüringen: Leistungsstark und zukunftsfest machen**

457 Freiwillige Feuerwehren und Berufsfeuerwehren sind wesentlicher Teil der
458 gesellschaftlichen Grundversorgung. Verlässliche Feuerwehrstrukturen, eine personell
459 abgesicherte und hochwertige Ausbildung auf dem aktuellsten Stand und eine ständige

460 Nachwuchsgewinnung geben der Bevölkerung die Gewissheit, dass sie in
461 Gefahrensituationen professionelle Hilfe erwarten kann.

- 462 • Wir, DIE LINKE. Thüringen, wollen die Feuerwehren auch in den kommenden Jahren
463 weiterentwickeln, um ein hohes Sicherheitsniveau in Thüringen zu gewährleisten.
464 Hierzu werden wir die Landesfeuerwehr- und Katastrophenschutzschule in Bad
465 Köstritz vollständig modernisieren und die Tunnelübungsanlage in Crossen
466 ausbauen. Mit e-Learning wollen wir ein verbessertes ortsunabhängiges Aus- und
467 Fortbildungsangebot schaffen. Die Ausbildung der Einsatzkräfte der Thüringer
468 Feuerwehren werden wir kontinuierlich sicherstellen und eine zeitgemäße sowie
469 sozial verträgliche Unterbringung während der Ausbildung gewährleisten.
- 470 • Wir werden umfangreiche Investitionen in Fahrzeuge, Gerätehäuser, Technik und
471 Ausrüstung für den Brand- und Katastrophenschutz vornehmen und dabei auch neue
472 Entwicklungen wie Klimawandel, Waldbrände und Elektromobilität berücksichtigen.
473 Eine zentrale Beschaffung soll es den Feuerwehren insbesondere der kleineren
474 Orte ermöglichen, auch weiterhin ggf. in Brandschutzverbänden Gefahren
475 abzuwehren. Wir wollen Kooperationsmodelle prüfen, um Synergieeffekte zu
476 schaffen.
- 477 • Wir werden die bisher komplizierte und nicht kostendeckende Kalkulation für
478 Gemeinden zur Abrechnung von Feuerwehrkosten beenden und durch ein vereinfachtes
479 rechtssicheres Kostenerstattungssystem ersetzen. Ebenso werden wir den
480 Landesfeuerwehrverband fördern. Wir werden Gelder für die Durchführung wichtiger
481 Kampagnen (Respektkampagne für Einsatzkräfte, Mitgliederkampagne) bereitstellen
482 und eine zweite Jugendbildungsreferentenstelle schaffen.
- 483 • Wir wollen eine zukunftsfähige Leitstellenstruktur mit moderner Technik und
484 professionellem Einsatzleitsystem sowie ein tragfähiges, einheitliches digitales
485 Alarmierungssystem sicherstellen.

486 **Justiz: Gerechtigkeit, Rechtssicherheit und soziale Verantwortung**

487 Thüringen ist als Bundesland Teil eines demokratischen und sozialen Rechtsstaates.
488 Dementsprechend steht es in der Mitverantwortung für die Bewahrung der Demokratie und
489 die Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit. Das erfordert, insbesondere sozial
490 benachteiligte Menschen und gesellschaftliche Minderheiten zu schützen. Wir, DIE
491 LINKE. Thüringen, werden deshalb unter Berücksichtigung der Handlungsempfehlungen der
492 „Enquetekommission Rassismus“ des Thüringer Landtags eine Bestandsaufnahme zu
493 diskriminierenden Regelungen erstellen und diese beseitigen. Die
494 Gesetzesfolgenabschätzungen wollen wir durch eine diskriminierungskritische
495 Rechtsfolgenprüfung ergänzen. Dementsprechend sollen Rassismus-Problematiken und der
496 Umgang damit verstärkt Inhalt von Ausbildung und Weiterbildung im Bereich der Justiz
497 werden.

498 Wir setzen uns für eine Justiz ein, die Rechtsstaatlichkeit garantiert und gerechte
499 Lösungen für Betroffene mit sozialer Verantwortung gegenüber der/dem Einzelnen und
500 der Gesellschaft verbindet. Wer Hilfe bei der Durchsetzung von Rechtsansprüchen
501 braucht, muss in der Justiz eine bürgernahe, faire und fachlich kompetente
502 Unterstützung finden. Ein funktionierender demokratischer und sozialer Rechtsstaat

503 ist das notwendige Gegenmodell zum Prinzip des »Rechts des Stärkeren«, das in der
504 heutigen Konkurrenzgesellschaft weit verbreitet ist. Je besser außergerichtliche
505 Mechanismen zur Konfliktlösung zum Tragen kommen und je wirkungsvoller der
506 Sozialstaat seine Ausgleichs- und Auffangfunktion wahrnimmt, desto weniger muss die
507 Justiz als »letztes Mittel« der Konfliktlösung eingreifen.

508 Justiz und Gerichte müssen für alle gleichermaßen zugänglich und nutzbar sein. In
509 vielen Fällen des Alltags brauchen die Betroffenen möglichst schnell Unterstützung,
510 um ihre Rechte durchzusetzen. Die Justiz muss dafür personell und technisch
511 entsprechend ausgestattet sein. Wir werden deshalb für eine leistungsstarke
512 unabhängige Thüringer Justiz und einen dementsprechenden Justizvollzug sorgen.

- 513 • Wir werden den Generationswechsel in der Thüringer Justiz mit der stufenweisen
514 Neueinstellung junger Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und
515 Staatsanwälte sowie die Ausbildung von Referendarinnen und Referendaren
516 befördern. Wir werden die Berufs- und Arbeitssituation der Rechtspflegerinnen
517 und -pfleger stärken und uns für die Aufwertung ihrer Tätigkeit und die
518 Umgestaltung ihrer Ausbildung einsetzen. Mit der weiteren Einstellung von
519 Personal an den Gerichten wollen wir den immensen Arbeitsanfall bewältigen, der
520 angesichts der deutlich zunehmenden Zahl an betreuungsbedürftigen Menschen
521 weiter steigen wird. Mit Blick auf die anstehende „Pensionierungswelle“ in der
522 Thüringer Justiz sehen wir die Notwendigkeit, die Personalgewinnung und die
523 Personalentwicklung im Justizbereich mit einem Personalentwicklungskonzept
524 gezielt zu fördern.
- 525 • Wir wollen mit entsprechenden Weiterbildungen Richterinnen und Richter,
526 Staatsanwältinnen und Staatsanwälte sowie Justizbedienstete dafür motivieren,
527 alle Möglichkeiten des Täter-Opfer-Ausgleichs in Thüringen in vollem Umfang zu
528 nutzen. Er ist ein wichtiger Baustein bei der Bewältigung der Auswirkungen von
529 Straftaten und für eine langfristig wirksame Resozialisierung. Wir werden für
530 den Täter-Opfer-Ausgleich ein wirksames und flächendeckendes Angebot entwickeln.
- 531 • Wir wollen, dass die Thüringer Strafverfolgungsbehörden für digitale Angriffe
532 auf Bürgerinnen und Bürger umfassend sensibilisiert und für eine effektive
533 Verfolgung solcher Attacken entsprechend geschult und ausgerüstet sind. Dazu
534 gehört, dass sie die Folgen des Ausspähens und unberechtigten Veröffentlichens
535 auch von privaten Daten als ernstes Problem wahrnehmen und konsequent verfolgen,
536 Betroffene schnell und umfassend informieren und zu geeigneten Gegenmaßnahmen
537 beraten können.
- 538 • Wir wollen die Unabhängigkeit der Justiz weiter befördern und uns für
539 weitergehende Reformen zur Stärkung des Richterwahlausschusses einsetzen. Ebenso
540 werden wir die ehrenamtlichen Schiedspersonen in den Thüringer Gemeinden stärken
541 und ihre Zuständigkeiten erweitern.
- 542 • Wir werden die Digitalisierung der Arbeitsabläufe in der Justiz voranbringen.
543 Bei der Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs und der elektronischen Akte
544 wollen wir die Vernetzung mit den Justizbehörden in anderen Bundesländern
545 sicherstellen.

- 546 • Wir wollen, dass für haupt- und ehrenamtliche Richterinnen und Richter
547 regelmäßige Weiterbildungen, insbesondere in den Bereichen Familien- und
548 Betreuungsrecht, Sozialrecht, zum Themenkreis häusliche Gewalt und Kinderschutz
549 sowie zu medizinischen und psychologischen Fachkenntnissen verpflichtend werden.
550 Im Bereich der Jugendgerichtshilfe muss das Zusammenwirken mit anderen
551 Akteurinnen und Akteuren aus dem sozialen Bereich, vor allem mit den
552 Jugendämtern verbessert werden. Wir wollen damit sicherstellen, dass künftig
553 kein bedürftiger Jugendlicher bei der Maßnahmengewährung leer ausgeht.
- 554 • Wir setzen uns für eine ressortübergreifende Weiterentwicklung der
555 Resozialisierung und Wiedereingliederung von Straffälligen sowie für die
556 Verhinderung weiterer Straftaten ein. Mit einer umfassenden Evaluierung des
557 Thüringer Justizvollzugsgesetzbuchs wollen wir den Behandlungs- und
558 Resozialisierungsvollzug durch eine deutliche personelle Stärkung des
559 Justizvollzugs und der sozialen, psychologischen und medizinischen Fachdienste
560 und den weiteren Ausbau der maßnahmen- und projektbezogenen
561 Resozialisierungsangebote weiter verbessern.
- 562 • Wir werden das „Professionelle Übergangsmanagement für Inhaftierte und
563 Haftentlassene“ (PÜMAS) mit seinen passgenauen und individuell ausgerichteten
564 Versorgungsleistungen für Gefangene und Haftentlassene und die Berücksichtigung
565 von deren individuellen Hilfebedarfs nach der Entlassung weiter ausbauen. Dies
566 betrifft ebenso die Kooperationsvereinbarung zwischen der Landesregierung und
567 der Bundesagentur für Arbeit bei der beruflichen und sozialen Eingliederung von
568 Strafgefangenen und Haftentlassenen. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass die
569 psychologischen Fachkräfte stärker koordiniert und ihre Arbeitsbedingungen
570 weiter verbessert werden. Sie sollen in enger Abstimmung mit den Stellen der
571 Bewährungshilfe, der Führungsaufsicht und Trägern von Resozialisierungsangeboten
572 kooperieren. Das Angebot an Haftvermeidungs-Maßnahmen in Thüringen muss, auch
573 als Ersatz für die Vollstreckung von Ersatzfreiheitsstrafen, weiter ausgebaut
574 werden.
- 575 • Wir streben in Übereinstimmung mit internationalen Vorgaben an, sämtliche
576 Schusswaffen im Thüringer Strafvollzug in Abstimmung mit den
577 Personalvertretungen abzuschaffen. Wir wollen dafür Sorge tragen, dass – wie im
578 Justizvollzugsgesetzbuch vorgesehen – ab 2025 eine Einzelunterbringung von
579 Gefangenen flächendeckend sichergestellt ist. Wir werden uns dafür stark machen,
580 Alternativen für Standorte in Thüringen zu prüfen, da sich der Bau der
581 gemeinsamen Justizvollzugsanstalt von Thüringen und Sachsen als
582 länderübergreifendes Pilotprojekt in Zwickau-Marienthal weiter verzögert.
- 583 • Wir werden uns auf der Bundesebene für sozial verträgliche Gerichts- und
584 Rechtsanwaltsgebühren, eine finanzielle Unterstützung für Mediationen als
585 außergerichtliche Konfliktlösungsverfahren zur Entlastung der Gerichte
586 (»Mediationskostenhilfe«) und die Abschaffung der Ersatzfreiheitsstrafen
587 einsetzen.

588 **Thüringer Polizei: bürgernah und bürgerrechtsorientiert**

589 In Thüringen können die Menschen sicher leben. Das belegen die im bundesweiten
590 Vergleich geringen Häufigkeitszahlen der Straftaten je Einwohnerinnen und Einwohner
591 und die hohe Aufklärungsquote der Thüringer Polizei. Wir LINKE wollen, dass Thüringen
592 auch in Zukunft zu einem der sichersten Bundesländer gehört. Eine Voraussetzung
593 hierfür sind gut ausgestattete und ausgebildete, effizient arbeiten könnende und
594 deshalb motivierte Polizistinnen und Polizisten. motivierte Polizistinnen und
595 Polizisten mit guten Arbeitsbedingungen.

596 Bürgernahe Polizei heißt: flächendeckend präsent und einsatzbereit zu sein und eng
597 mit den Einwohnerinnen und Einwohnern zu kommunizieren. Hierzu bedarf es mehr und
598 besser ausgestatteter Kontaktbereichsbeamten und -beamtinnen. Vor allem im ländlichen
599 Raum sind sie erste polizeiliche Anlaufstelle für Einwohnerinnen und Einwohner.
600 Ebenso braucht es eine ständige Aufgabenkritik und Weiterentwicklung der Thüringer
601 Polizeistrukturen, damit die Menschen weiterhin von einem hohen Sicherheitsniveau
602 profitieren können. Wir werden deshalb gemeinsam mit den Polizeibeamtinnen und -
603 beamteten, den Polizeigewerkschaften, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern der
604 Polizeibildungseinrichtung und Fachleuten einer bürgernahen und
605 bürgerrechtsorientierten Sicherheitspolitik ein „Leitbild Polizei Thüringen“
606 erarbeiten. Auf dessen Grundlage die weitere kontinuierliche Entwicklung der
607 Thüringer Polizei in den nächsten Jahren erfolgen soll. Wir werden eine
608 Personalentwicklungskonzeption „Thüringer Polizei 2030“ für die nächsten zehn Jahre
609 auf den Weg bringen, die die Basis für eine aufbauende und vorausschauende
610 Personalplanung sowie Einstellungsverfahren sein wird.

611 Bürgernahe Polizei heißt zugleich, dass die Menschen in Thüringen Vertrauen in die
612 demokratische Verlässlichkeit der Polizistinnen und Polizisten haben müssen.
613 Rassismus und menschenfeindliche Einstellungen sind ein gesamtgesellschaftliches
614 Problem und machen um die Polizei keinen Bogen. Als maßgebender Träger des
615 staatlichen Gewaltmonopols und entsprechend ihrem Dienstleid tragen Polizistinnen und
616 Polizisten jedoch eine besondere Verantwortung für das Grundgesetz und die Thüringer
617 Landesverfassung. Den jüngsten rechtsextremen Vorfällen bei der Polizei auch in
618 Thüringen werden nach unserer Auffassung weder die bisherige Abwehrhaltung über
619 vermeintliche Einzelfälle noch Pauschalurteile gerecht. Deshalb setzen wir uns
620 verstärkt für eine wissenschaftliche und unabhängige Studie ein, die
621 diskriminierendes bzw. einstellungsmotiviertes Fehlverhalten im Rahmen von
622 Polizeieinsätzen untersucht und dabei die Erfahrungen von Betroffenen sowie von
623 Polizeibediensteten im Rahmen von polizeilichen Maßnahmen einbezieht. Gleichzeitig
624 sollen gegebenenfalls Diskriminierung befördernde Strukturen und gesetzliche
625 Vorschriften abgeschafft werden.

626 • Wir wollen das Thüringer Polizeirecht bürgerrechtsfreundlich weiter entwickeln
627 und lehnen Verschärfungen ab. Befugnisse zur Gefahrenabwehr werden wir dann
628 stärken, wenn sie erforderlich und verhältnismäßig sind. Die durch Gerichte für
629 rechtswidrig erklärte Praxis des Racial Profiling wollen wir beenden. Hierfür
630 werden wir die Aus- und Fortbildung der Thüringer Polizei um rassismus- und
631 diskriminierungskritische und menschenrechtsbildende Inhalte ergänzen.
632 Eingriffsbefugnisse im Polizeiaufgabengesetz, die Racial Profiling befördern,

- 633 werden wir beseitigen. Die auf unsere Anregung hin eingeführte numerische
634 Kennzeichnung geschlossener Einheiten stärkt die Transparenz polizeilichen
635 Handelns. Wir wollen für eine bessere Sichtbarkeit der Kennzeichnung sorgen und
636 diese für erhöhte Rechtssicherheit bei Polizei und Bevölkerung auf eine
637 gesetzliche Grundlage stellen, sowie absichtliche Verstöße sanktionieren.
- 638 • Mit einem Polizeiausschuss im Thüringer Landtag wollen wir die bestehende Lücke
639 der parlamentarischen Kontrolle der nachrichtendienstlichen Befugnisse bei der
640 Polizei insbesondere für den Bereich der V-Personen und der verdeckten
641 Ermittlerinnen und Ermittler schließen und die Befugnisse der Polizei auf ihre
642 Wirksamkeit und Notwendigkeit prüfen. Pfefferspray darf wegen seiner erheblich
643 gesundheitsgefährdenden Wirkung künftig nur noch zur unmittelbaren Abwehr von
644 Gefahr für Leib, Leben und Gesundheit sowie erhebliche Sachwerte eingesetzt
645 werden.
 - 646 • Wir wollen die Polizeivertrauensstelle wir zu einer unabhängigen
647 Polizeiermittlungsbehörde mit vollständigen Ermittlungskompetenzen
648 weiterentwickeln. Sie soll sowohl Beschwerden von Bürgerinnen und Bürgern
649 aufnehmen und bearbeiten als auch Ermittlungen gegen Polizeibedienstete führen.
650 Polizistinnen und Polizisten sollen sich unabhängig vom Dienstweg und unter
651 Wahrung der Vertraulichkeit mit ihren Anliegen an die Polizeivertrauensstelle
652 ebenso wenden können. Wir wollen ein Quittungssystem für polizeiliche Maßnahmen
653 einführen, um die Nachvollziehbarkeit und Überprüfbarkeit für Betroffene zu
654 erhöhen. Betroffene von polizeilichen Maßnahmen sollen eine elektronische oder
655 gedruckte Quittung erhalten, mit der die Maßnahme, Zeitpunkt, Anlass sowie
656 Rechtsgrundlage dokumentiert wird.
 - 657 • Wir werden die Digitalisierung der Polizeidienststellen erhöhen, um polizeiliche
658 Verwaltungsarbeit zu erleichtern. Ebenso werden mobile Endgeräte zur digitalen
659 Anzeigenaufnahme und Diensthandys mit verschlüsselten Messenger-Systemen für die
660 Polizei zur Verfügung gestellt. Besondere Aufgaben wie die Entwicklung
661 polizeilicher IT-Sicherheitsarchitekturen wollen wir durch externe Spezialisten
662 unterstützen. Die polizeilichen Datenverarbeitungs- und Verbundverfahren werden
663 wir unter dem Aspekt des Datenschutzes kritisch begleiten. Wir wollen die
664 Errichtung eines Landesbetriebs zur Planung, Gestaltung, Entwicklung und
665 Beschaffung polizeilicher IT-Verfahren und Informationsarchitektur prüfen. Wir
666 werden die Rolle des Landeskriminalamts als Dienstleister bei der Unterstützung
667 zur Bekämpfung von Delikten im Bereich der Computerkriminalität stärken.
 - 668 • Wir werden auf die Ausbildung und das Studium der Polizeibediensteten auf
669 wissenschaftlicher Grundlage ebenso modernisieren wie ihre Fortbildung, damit
670 sie den gestiegenen Herausforderungen des Polizeidienstes jederzeit gerecht
671 werden können. Dafür werden den Anteil von Lehrkräften mit wissenschaftlichem
672 Hintergrund und Promotionen erhöhen und Entwicklungsmöglichkeiten und
673 Professorenstellen einrichten. Zudem wollen wir die getrennt laufende Ausbildung
674 für Schutzpolizistinnen und -polizisten und Kriminalistinnen und Kriminalisten
675 einführen. Wir wollen weitere Wege der Spezialisierung beschreiten, um sowohl
676 IT- und Hasskriminalität als auch organisierter Kriminalität noch

677 professioneller als bisher zu begegnen. Die Einführung einer Sonderlaufbahn
678 Cyberkriminalist*in werden wir prüfen. Die Bildungseinrichtungen der Polizei
679 wollen wir zu einem modernen Campus der Thüringer Polizei aufwerten und die
680 polizeiliche E-Learning-Plattform weiterentwickeln. Allen Anwärterinnen und
681 Anwärtern der Polizeiausbildung wird bei entsprechendem Abschluss die Übernahme
682 in den Thüringer Polizeidienst garantiert.

683 • Wir werden eine aus Vertreterinnen und Vertretern des Innen- und des
684 Finanzministeriums, der Polizeigewerkschaften und der Personalräte der Polizei
685 bestehende Arbeitsgruppe einsetzen, um das bisherige Beurteilungs- und
686 Beförderungssystem im Sinne der Bediensteten weiter zu verbessern und ein
687 dauerhaft tragfähiges und rechtssicheres Thüringer Beurteilungs- und
688 Beförderungsmodell entwickeln. Wir wollen die Aufstiegsmöglichkeiten verbessern
689 und so gestalten, dass tatsächliche Chancengleichheit herrscht. Hierzu sollen
690 die einschlägigen Gesetze, Verordnungen, Erlasse etc. überprüft und novelliert
691 werden. Wir werden das Zulagensystem weiter an die unterschiedlichen Belastungen
692 der Polizei anpassen und gerechter gestalten. Für alle im Vollzug tätigen
693 Beamtinnen und Beamten wollen wir die in unterschiedlicher Höhe gezahlten
694 Vollzugszulagen harmonisieren. Wir werden die Gesundheitsförderung durch bessere
695 Sportmöglichkeiten und Angebote zur Regeneration und Erholung für Thüringer
696 Polizeibedienstete jeden Alters verbessern.

697 • Wir wollen die Polizei für Seiteneinsteigerinnen und -einsteiger weiter öffnen
698 und hierzu die erforderlichen Änderungen tarif- und beamtenrechtlicher
699 Vorschriften auch in Hinsicht auf Laufbahnwechsel prüfen. Wir werben für mehr
700 Frauen, Queere und Menschen mit Migrationshintergrund im Polizeidienst, um so
701 die interkulturellen Kompetenzen und bilinguale Kommunikationsfähigkeit der
702 Thüringer Polizei zu erhöhen.

703 **Für ein weltoffenes Thüringen**

704 Zur progressiven Tradition Thüringens gehört Weltoffenheit. Viele zugewanderte
705 Menschen konnten in unserer Region auch deshalb große Leistungen in den Bereichen
706 Kultur und Soziales, in Wissenschaft und Wirtschaft vollbringen, weil sie willkommen
707 waren. Einwanderung prägte unseren Freistaat in der Vergangenheit und spielt auch für
708 die Gegenwart und Zukunft eine große Rolle.

709 Wir, DIE LINKE. Thüringen, wollen unser Land als Willkommenland gestalten. Dabei
710 orientieren wir uns am Leitbild einer demokratischen und sozialen
711 Einwanderungsgesellschaft. Wir setzen auf ein inklusives Thüringen, für all
712 diejenigen, die hier leben möchten. Unser Anspruch ist die Wiederherstellung
713 menschenrechtlicher Mindeststandards bei der Einwanderung sowie die Erleichterung des
714 Zugangs zu sozialer Sicherheit und gesellschaftlicher Teilhabe. Die Prämissen unserer
715 Einwanderungspolitik sind Legalisierung und Inklusion und nicht Abschottung und
716 Begrenzung.

717 In diesem Sinne setzen wir uns bundespolitisch auch weiterhin für eine legale
718 Einwanderung ein, die Menschen nicht nach Nützlichkeit sortiert. Für bereits hier
719 lebende Menschen wollen wir die Möglichkeit eines Spurwechsels. Menschen, die seit 3

720 Jahren hier als gestattete Asylsuchende oder mit einem ungewissen Duldungsstatus
721 leben, sollen einen gesicherten Aufenthaltsstatus erhalten.

722 Wir werden uns auf Bundesebene für die Aufhebung des eingeschränkten
723 Familiennachzuges und für den Elternnachzug zu mittlerweile volljährig gewordenen
724 Kindern einsetzen. Zur Übernahme der finanziellen Belastung bei
725 Verpflichtungserklärungen wollen wir einen Landesfonds einrichten. Kommunen, die als
726 sogenannte „Solidarity Citys“ bereit sind, aus Seenot gerettete Schutzsuchende
727 aufzunehmen, werden wir unterstützen.

728 Dort, wo Menschen leben, arbeiten, ihre sozialen Bezüge aufbauen und zum
729 gesellschaftlichen Leben beitragen, sollen sie die Möglichkeit erhalten, am
730 gesellschaftlichen Leben teilzuhaben und einen abgesicherten und dauerhaften
731 Rechtsstatus als Einwanderinnen und Einwanderer zu besitzen.

732 **Den humanitären Ansatz in der Flüchtlingspolitik fortsetzen**

733 Wir, DIE LINKE. Thüringen, stehen dafür, dass Menschen, die vor Krieg, Verfolgung,
734 Ausgrenzung, Hunger und Not oder politischer, rassistischer und sexueller Verfolgung
735 flüchten mussten, humanitäre Aufnahme und Möglichkeiten der Integration in unserem
736 Land finden. Deshalb hat Rot-Rot-Grün im September 2019 Thüringen zum „sicheren
737 Hafen“ erklärt und damit die Bereitschaft zum Ausdruck gebracht, aus Seenot gerettete
738 Menschen aufzunehmen. Geflüchtete Menschen sollen in Thüringen unabhängig von ihrem
739 Aufenthaltsstatus diskriminierungsfrei und menschenwürdig leben und am
740 gesellschaftlichen Leben teilhaben können.

- 741 • Wir werden jährlich einen Thüringer Willkommens- und Integrationsgipfel
742 ausrichten, der geflüchtete Menschen, öffentliche und gemeinnützige
743 Organisationen und Initiativen einlädt, die Thüringer Flüchtlingsaufnahme-,
744 Integrations- und Willkommenspolitik mitzugestalten. Mit der Erstaufnahme der
745 Asylsuchenden werden erste Schritte für ihre Integration in unsere Gesellschaft
746 unternommen. Wir wollen ein Clearingverfahren etablieren, das die aktuelle
747 Situation der Geflüchteten, berufliche Kenntnisse und Fähigkeiten und besondere
748 Bedarfe der Menschen erfasst und die Erstellung individuellen
749 „Integrationspläne“ ermöglicht. Die Landkreise und kreisfreien Städte wollen wir
750 bei der Erstellung und Umsetzung von Integrationskonzepten unterstützen. Die
751 Ausländerbehörden werden wir zu Einwanderungsbehörden mit Beratungs- und
752 Bündelungsfunktion der verschiedenen Willkommens- und Integrationsangebote
753 umgestalten. Dazu werden wir Modellprojekte starten.
- 754 • Wir werden die Aufnahmebedingungen und insbesondere die ärztliche Betreuung in
755 der bestehenden Erstaufnahmeeinrichtung verbessern. Um Klarheit bei den
756 Zuständigkeiten zu erreichen, wollen wir sie an das für Migration zuständige
757 Ministerium angliedern und damit die aktuelle Situation mit mehreren
758 Dienstherren beenden. Wir wollen ein Gewaltschutzkonzept, das ein umfassendes
759 Screening besonderer Schutzbedarfe sowie die Sicherstellung einer
760 bedarfsgerechten Begleitung und Unterstützung besonders schutzbedürftiger
761 Personen umfasst. Darin enthalten sind die Schulung der Beschäftigten und die
762 Einführung eines Beschwerdemanagementsystems für die Bewohnerinnen und Bewohner

763 in der Erstaufnahmeeinrichtung. Wir werden die Kommunen bei der Umsetzung von
764 Gewaltschutzkonzepten unterstützen.

- 765 • Wir wollen, dass geflüchtete Menschen in Thüringen ihren Wohnort frei wählen
766 können. Die dezentrale Unterbringung in Wohnungen bleibt für uns eine wichtige
767 Voraussetzung, damit sie ihr Leben selbstbestimmt gestalten können. Dies wollen
768 wir durch eine Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes ermöglichen. Das
769 Grundrecht der Unverletzlichkeit der Wohnung muss auch für
770 Flüchtlingsunterkünfte gelten.
- 771 • Geflüchtete Kinder, Jugendliche und junge Volljährige erhalten entsprechend den
772 Bedarfen und Bedürfnissen psychosoziale Beratung und Therapie sowie fachliche
773 Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe, auch über das 18. Lebensjahr hinaus.
774 Alterseinschätzung, Unterbringung und Clearingverfahren von unbegleiteten
775 minderjährigen Geflüchteten sollen ausschließlich innerhalb der Jugendhilfe und
776 nicht in Erstaufnahmeeinrichtungen durch das Bundesamt für Migration (BAMF)
777 stattfinden.
- 778 • Zur Sicherstellung eines gleichberechtigten Zugangs zu Bildung und Arbeit wollen
779 wir ein flächendeckendes qualifiziertes Sprachkursangebot implementieren und die
780 Sprachförderung im Landesprogramm „Start Deutsch“ bis zum Sprachniveau B2
781 ausbauen. Vollziehbar ausreisepflichtige Personen, deren Ausreise nicht möglich
782 ist (weil etwa ein Abschiebeverbot besteht), sollen nicht mit Arbeitsverboten
783 von Erwerbsarbeit ausgeschlossen werden; Anträge auf eine Arbeitserlaubnis
784 müssen zügig bearbeitet werden. Eine landesrechtliche Vorgriffsregelung zur
785 Ermessensduldung werden wir prüfen.
- 786 • Wir setzen uns für den flächendeckenden Ausbau einer qualifizierten,
787 behördenunabhängigen Asylverfahrensberatung und die Sicherstellung
788 bedarfsgerechter Beratungs-, Unterstützungs- und Betreuungsangebote ein. Die
789 Beratungs- und Netzwerkarbeit des Flüchtlingsrats Thüringen e.V. werden wir
790 weiterhin institutionell fördern.
- 791 • Entscheidungen über aufenthaltsbeendende Maßnahmen abgelehnter Asylsuchender
792 sind über Bundesrecht geregelt. Dennoch gibt es landesrechtliche Möglichkeiten,
793 unverhältnismäßige Härten zu vermeiden. Den bestehenden Ministeriumserlass
794 werden wir weiterentwickeln – wir werden zum Beispiel Kindereinrichtungen,
795 Schulen und Krankenhäuser zu Schutzräumen vor Abschiebungen erklären und
796 Erkrankungen oder eine bestehende Schwangerschaft zu Schutzgründen vor
797 Abschiebungen. Auf Bundesebene setzen wir uns für die Wiederherstellung des
798 Grundrechtes auf Asyl und für die Abschaffung diskriminierender Sondergesetze,
799 etwa des Asylbewerberleistungsgesetzes, ein.

800 **Frieden und Abrüstung aus Thüringen stärken**

801 Wir, DIE LINKE. Thüringen, setzen uns auch und gerade in Regierungsverantwortung als
802 konsequente Friedenspartei mit konkreten Maßnahmen für Entspannung in den
803 internationalen Beziehungen, für die zivile Konfliktlösung und das friedliche
804 Zusammenleben aller Menschen ein. Als Verbündete der Friedensbewegung und der
805 Abrüstungsbefürworterinnen und -befürworter treten wir für Rüstungskonversion und das

806 Verbot von Waffenexporten ein. Wir haben durchgesetzt, dass die Bundeswehr ihre
807 Rekrutenwerbung nur mit friedenspolitischer Begleitung an den Thüringer
808 Bildungseinrichtungen betreiben darf. Wir fordern ein Ende aller Kriegseinsätze der
809 Bundeswehr, auch um Soldatinnen und Soldaten zu schützen. Wir wollen die
810 Fluchtursachen tatsächlich bekämpfen und setzen uns deshalb für aktive Friedensarbeit
811 und die Schaffung von Perspektiven vor Ort ein.

- 812 • >Wir werden auch zukünftig regionale und lokale Partnerschaften nutzen, um im
813 Sinne der Völkerverständigung zu wirken.
- 814 • Wir setzen uns gemeinsam mit dem „Netzwerk Rüstungskonversion Thüringen“ für ein
815 Um denken in Thüringer Betrieben und Unternehmen ein – das bedeutet eine
816 konsequente Umstellung der Produktion von militärischen Gütern auf zivile
817 Produkte. Wir werden auch weiterhin in der Landesbank Hessen-Thüringen darauf
818 dringen, dass es keine weitere Absicherung militärischer Investitionen gibt.
- 819 • Wir werden ein Landesprogramm auflegen, um ehemals militärisch genutzte Flächen
820 und Gebäude für friedliche Zwecke nutzbar zu machen und um Unternehmen Anreize
821 zum Verzicht auf Rüstungsproduktion zu geben.
- 822 • Wir wollen ein vollständiges Verbot für Besuche von Jugendoffizierinnen und -
823 offizieren an Thüringer Bildungseinrichtungen. Bildung und Erziehung sollen dem
824 Frieden dienen. Wir stellen uns gegen Werbeveranstaltungen der Bundeswehr auf
825 öffentlichen Plätzen und wenden uns gegen jede Form der Förderung durch die
826 öffentliche Hand.

827 **Medien als Träger von Informationsfreiheit, Meinungsvielfalt und Demokratie**

828 Wir, DIE LINKE. Thüringen, sehen in einem breit aufgestellten öffentlich-rechtlichen
829 Rundfunk einschließlich starker Internetangebote, in Printmedien mit engagiertem
830 investigativem Journalismus, im freien Zugang zum Internet für alle, lokalen TV-
831 Angeboten und den in Thüringen verankerten Bürgermedien als Zentren demokratischer
832 Mitwirkung die Zukunft einer demokratischen Medienwelt. Ihre entscheidende Grundlage
833 ist die Pressefreiheit, die wir gegen alle gegenwärtigen und zukünftigen Angriffe
834 verteidigen.

835 Wir sehen in der Chancengerechtigkeit beim Zugang zu Informationen in den
836 elektronischen Medien, im Rundfunk und in den Printmedien einen wesentlichen
837 Bestandteil gesellschaftlicher Teilhabe. Jede und Jeder soll ungehindert am
838 weltweiten Informationsaustausch teilhaben können. Deshalb müssen flächendeckend
839 schnelle Netzanbindungen vorhanden sein. Wir wollen den barrierefreien Zugang zu den
840 vielfältigen Informations- und Kommunikationsangeboten unabhängig von den sozialen
841 Voraussetzungen und vom Wohnort vorantreiben.

842 Meinungsvielfalt und Demokratie erfordern eine auf Wissen und
843 Verantwortungsbewusstsein basierende Mediennutzung. Dem weiteren Ausufern von
844 Beleidigungen, Bedrohungen und anderen Delikten in den sozialen Medien müssen wir
845 entgegengetreten, mit den Mitteln des Rechtsstaats. Mittel- und langfristig hilft im
846 Kampf gegen Rassismus und Diskriminierung im Internet allerdings nur die aktive
847 Aufklärung und Sensibilisierung der Öffentlichkeit, es braucht eine „digitale

848 Zivilgesellschaft“. Wir werden deshalb den Zugang zu Informationsangeboten über die
849 Rechtslage und Hilfsangebote für Betroffene von Hassrede (Hate Speech) erleichtern
850 und hierbei die verschiedenen zivilgesellschaftlichen Strukturen und die Thüringer
851 Landesmedienanstalt unterstützen. Das gilt ebenso für Informations- und
852 Weiterbildungsmaßnahmen im Zusammenhang mit digitaler demokratischer Debattenkultur,
853 Quellenrecherche und Informationspraxis.

854 **Öffentlich-rechtlichen Rundfunk in Thüringen stärken**

855 Wir, Die LINKE. Thüringen, stehen für eine personelle und materielle Garantie zur
856 Entwicklung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Um den öffentlich-rechtlichen
857 Rundfunk in der digitalen, miteinander verzahnten Medienwelt zukunftsfähig zu
858 gestalten, müssen wir die Strukturen der Anstalten regelmäßig und transparent prüfen.
859 Unser Schwerpunkt liegt dabei unter strikter Wahrung der Programmautonomie auf dem
860 Prinzip des Qualitätsjournalismus. Zugleich wollen wir den öffentlich- rechtlichen
861 Rundfunk im Rahmen regionaler, nationaler und internationaler Wettbewerbssituationen
862 nicht von der Teilhabe an künftigen Medienformen ausschließen.

863 Mit Blick auf die anhaltende gesellschaftliche Diskussion zum Rundfunkbeitrag sind
864 Transparenz bei der Verwendung der Mittel, bei strukturellen Veränderungen und beim
865 wirtschaftlichen Umgang mit den Rundfunkbeiträgen unerlässlich. DIE LINKE. Thüringen
866 wird sich weiterhin dafür stark machen, dass Thüringen angemessen an den MDR-
867 Strukturen beteiligt wird.

868 • Wir stehen für klare Befreiungstatbestände für Sozialempfängerinnen und -
869 empfänger, Geringverdienende, Studierende, Seniorinnen und Senioren mit geringen
870 Renten und Menschen mit Einschränkungen.

871 **Medienstandort Thüringen ausbauen**

872 Thüringen besitzt mit seiner spezifischen Angebotsstruktur gute
873 Entwicklungsmöglichkeiten. Der Runde Tisch „Medienstandort“ hat vielfältige
874 Potenziale zum Ausbau von Strukturen und Vernetzungen aufgezeigt, die wir nutzen und
875 ausbauen werden. Die Zusammenarbeit mit Forschungseinrichtungen wie der TU Ilmenau
876 und dem Fraunhofer- Institut werden wir verstetigen und zielgerichtet weiter fördern
877 und unterstützen. Das umfasst ausdrücklich den Bereich von App-Entwicklungen sowie
878 den Spielbereich und das Feld der Entwicklung von Inhalten für Kinder- und
879 Jugendmedien.

880 • Wir werden die Förderungen für die Medienwirtschaft an zentraler Stelle bündeln,
881 um die Aktivitäten des Landes effektiver zu gestalten. Hierbei sind die
882 Strukturen der Ansiedlungs- und Gründerförderung einzubeziehen. Ziel ist eine
883 aktive und strategische Medienstandortpolitik aus einer Hand.

884 • Sowohl die kulturelle Filmförderung des Landes als auch die Beteiligung an der
885 Mitteldeutschen Medienförderung (MDM) sind für unseren Standort bedeutend. Wir
886 werden diese Förderungen ausbauen, um beste Effekte für die Beschäftigten und
887 den Wirtschaftsraum zu erreichen.

888 • Mit einer Medienstandortagentur werden wir den vielen in Medienberufen
889 ausgebildeten Fachkräften die Möglichkeiten bieten, ihr Können und ihr Wissen im

890 Freistaat so einzubringen, dass sie hier gefragte Medienprodukte realisieren
891 können.

892 **Medienvielfalt unterstützen**

893 Die Bürgermedien in Thüringen sind eine Erfolgsgeschichte. Sie sind ein
894 unverzichtbarer Bestandteil der demokratischen Mitwirkungs- und Willensgestaltung der
895 Menschen an ihrem jeweiligen Lebensort. Sie geben Medienmacherinnen und -machern die
896 Möglichkeit, konkrete Probleme, Fragen und Situationen aufzugreifen und zu
897 thematisieren und animieren die Bürgerinnen und Bürger zur demokratischen Mitwirkung.
898 Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Anteile für die Finanzierung der
899 Landesmedienanstalten aus dem Beitragsaufkommen gesteigert werden, um vor allem die
900 Bürgermedien und die Medienkompetenzarbeit zu stärken.

901 Für uns gehören private Radio- und Fernsehanbieter unabhängig von der
902 wirtschaftlichen Ausrichtung und vom jeweiligen Erfolg zur Meinungsvielfalt in
903 Thüringen. Wir werden uns unter Beachtung der Unabhängigkeit der Medien, weiterhin
904 für ihre umfassende Förderungen einsetzen, weil die rasante technische Entwicklung
905 die lokalen Anbieter immer wieder vor finanzielle Herausforderungen stellt. Damit
906 leisten wir unseren Beitrag, die Medienvielfalt in Thüringen zu erhalten und zu
907 stärken.

Antrag A-2/ÄA-1: Änderungsantrag zu A-2

Änderungsantrag zu A-2

Antragsteller/in:	KV Apolda-Weimar
Status:	eingereicht

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 393

390 • Die sogenannten „Scheinkandidaturen“ von Amtsträgerinnen und -trägern bei
391 Kommunalwahlen wollen wir abschaffen. Zudem sollen auch Menschen ein kommunales
392 Wahlrecht erhalten, wenn sie keine Staatsbürgerschaft eines EU-Mitgliedsstaates
393 haben.

- Die Veröffentlichung der Wohnanschrift von Kommunalwahlkandidat:innen als Teilnahmevoraussetzung wollen wir abschaffen.

Begründung

Die Veröffentlichung von Anschriften von Kandidat:innen hält viele Menschen aus Angst vor Übergriffen oder anderen Nachteilen davon ab, sich kommunalpolitisch zu engagieren. Das kann nicht in unserem Sinne sein. Diese Vorgehensweise passt auch nicht zu den hohen Anforderungen der Datenschutzgrundverordnung. Selbst für Opfer des Naziregimes hat sich gezeigt, dass Ausnahmegenehmigungen mit hohen Hürden versehen sind.

Antrag A-2/ÄA-2: Änderungsantrag zu A-2

Änderungsantrag zu A-2

Antragsteller/in:	KV Apolda-Weimar
Status:	eingereicht

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 20

- 17 Wichtige Elemente zur Verteidigung und Stärkung unserer Demokratie sind die
18 Erweiterung der demokratischen Mitsprache und Mitentscheidungen in den Kommunen und
19 auf der Ebene des Landes und die Transparenz der politischen Entscheidungen. Wir
20 wollen, dass Ausschusssitzungen im Thüringer Landtag und in den kommunalen Parlamenten
grundsätzlich öffentlich
21 stattfinden.

Begründung

Der Wunsch, Ausschusssitzungen öffentlich stattfinden zu lassen, sollte auch für die kommunalen Parlamente gelten. Gerade hier werden Entscheidungen getroffen, die die Einwohner*innen meist direkt betreffen. Von daher sollten sie auch erfahren können dürfen, wie bestimmte Entscheidungen zu Stande kamen.

Antrag A-2/ÄA-3: Änderungsantrag zu A-2

Änderungsantrag zu A-2

Antragsteller/in:	KV Apolda-Weimar
Status:	eingereicht

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 177

171 „Tag X-Szenarien“, gesellschaftliche Umsturzphantasien, massiv steigende, oft
172 antisemitisch besetzte Verschwörungstheorien im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie,
173 Überfälle auf Menschen, die zu Feindbildern von Neonazis und anderen Menschenfeinden
174 gehören: dies alles zeigt, wie notwendig umfassende Maßnahmen sind, um die Demokratie
175 zu schützen und zu stärken. Es gilt, konsequent gegen diejenigen vorzugehen, die die
176 Gesellschaft spalten wollen und versuchen, Menschen wegen ihres Aussehens, ihrer
177 Herkunft, Religion, Kultur~~-oder-~~ Abstammung oder sexuellen Orientierung und Identität
gegeneinander auszuspielen.

Begründung

Nazis greifen alle Menschen an, die in ihren Augen „anders“ sind. Dazu gehören auch Menschen mit anderer sexueller Orientierung. Diese Gruppe von Menschen sollte in der Aufzählung nicht vergessen werden.

Antrag A-2/ÄA-4: Änderungsantrag zu A-2

Änderungsantrag zu A-2

Antragsteller/in:	KV Apolda-Weimar
Status:	eingereicht

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 393

390 • Die sogenannten „Scheinkandidaturen“ von Amtsträgerinnen und -trägern bei
391 Kommunalwahlen wollen wir abschaffen. Zudem sollen auch Menschen ein kommunales
392 Wahlrecht erhalten, wenn sie keine Staatsbürgerschaft eines EU-Mitgliedsstaates
393 haben.

- Wir wollen eine grundsätzliche Überarbeitung des Kommunalwahlrechts mit der Zielsetzung, Personenfixierung zurückzudrängen und dafür politische Programme in Konkurrenz zu setzen, vergleichbar mit Bundestags- oder Landtagswahlen.

Begründung

Kommunalpolitik ist kein Beliebtheitswettbewerb. Die aktuelle Kommunalwahlordnung misst die Bekanntheit einzelner Listenkandidat:innen und viel weniger die Qualität und Tiefe ihres politischen Programms. Es ist ein Eingriff in die Parteienautonomie, wenn demokratische Mitgliederversammlungen der Ortsverbände eine Listenreihenfolge festlegen, die anschließend über Bord geworfen wird.

Antrag A-2/ÄA-5: Änderungsantrag zu A-2

Änderungsantrag zu A-2

Antragsteller/in:	Frank Tempel (MPV LINKE · Nr. 227)
Status:	eingereicht

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 632 - 633

- 626 • Wir wollen das Thüringer Polizeirecht bürgerrechtsfreundlich weiter entwickeln
627 und lehnen Verschärfungen ab. Befugnisse zur Gefahrenabwehr werden wir dann
628 stärken, wenn sie erforderlich und verhältnismäßig sind. Die durch Gerichte für
629 rechtswidrig erklärte Praxis des Racial Profiling wollen wir beenden. Hierfür
630 werden wir die Aus- und Fortbildung der Thüringer Polizei um rassismus- und
631 diskriminierungskritische und menschenrechtsbildende Inhalte ergänzen.
- 632 Eingriffsbefugnisse Dazu gehört insbesondere, die falsche Auslegung von
633 Eingriffsbefugnissen im Polizeiaufgabengesetz, ~~die~~ welche letztendlich Racial Profiling
befördern, ~~werden wir beseitigen~~ durch Aufarbeitung und gezieltes Training der
Polizeibeamten zu vermeiden. Die auf unsere Anregung hin eingeführte numerische
634 Kennzeichnung geschlossener Einheiten stärkt die Transparenz polizeilichen
635 Handelns. Wir wollen für eine bessere Sichtbarkeit der Kennzeichnung sorgen und
636 diese für erhöhte Rechtssicherheit bei Polizei und Bevölkerung auf eine
637 gesetzliche Grundlage stellen, sowie absichtliche Verstöße sanktionieren.

Begründung

Die Eingriffsbefugnisse des Polizeiaufgabengesetzes sind sehr allgemein gehalten und bieten bei korrekter Auslegung keine Handhabe für racial-profiling. So dürfen entsprechende Maßnahmen nur getroffen werden, wenn Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass eine bestimmte Gefahr vorliegt. Nicht selten kommt es jedoch vor, dass Herkunft, Aussehen, Hautfarbe etc. verknüpft mit Vorurteilen in rechtswidriger Anwendung als solche „Tatsachen“ herangezogen werden. Es kommt zum racial-profiling. Das Problem ist hier nicht das Gesetz, sondern bereits fest verankerte rassistische Vorurteile, die eine fehlerhafte Rechtsausübung bewirken. Diesem gilt es zügig mit geeigneten Maßnahmen entgegen zu wirken.

Antrag A-2/ÄA-6: Änderungsantrag zu A-2

Änderungsantrag zu A-2

Antragsteller/in:	Frank Tempel (MPV LINKE · Nr. 227)
Status:	eingereicht

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 637

- 626 • Wir wollen das Thüringer Polizeirecht bürgerrechtsfreundlich weiter entwickeln
627 und lehnen Verschärfungen ab. Befugnisse zur Gefahrenabwehr werden wir dann
628 stärken, wenn sie erforderlich und verhältnismäßig sind. Die durch Gerichte für
629 rechtswidrig erklärte Praxis des Racial Profiling wollen wir beenden. Hierfür
630 werden wir die Aus- und Fortbildung der Thüringer Polizei um rassismus- und
631 diskriminierungskritische und menschenrechtsbildende Inhalte ergänzen.
632 Eingriffsbefugnisse im Polizeiaufgabengesetz, die Racial Profiling befördern,
633 werden wir beseitigen. Die auf unsere Anregung hin eingeführte numerische
634 Kennzeichnung geschlossener Einheiten stärkt die Transparenz polizeilichen
635 Handelns. Wir wollen für eine bessere Sichtbarkeit der Kennzeichnung sorgen und
636 diese für erhöhte Rechtssicherheit bei Polizei und Bevölkerung auf eine
637 gesetzliche Grundlage stellen, sowie absichtliche Verstöße sanktionieren.
- Die polizeiliche Gefahrenabwehr und Kriminalitätsbekämpfung in Thüringen werden wir durch einen stärkeren Fokus auf Prävention und Frühintervention im außerpolizeilichen Sozialen Bereich stärken, um somit dem repressiven Ansatz immer neuer Rechtsverschärfungen in Deutschland ein bürgerfreundliches wirkungsvolles Thüringer Sicherheitskonzept entgegenzusetzen.

Begründung

Strafverschärfungen abzulehnen, immer mehr Eingriffsbefugnisse abzulehnen hat berechtigte Tradition in der LINKEN. Trotzdem findet die „LAW an Order“ Philosophie von CDU und SDP bei vielen Wählern anklang, auch mangels Vorstellungskraft an Alternativen, weshalb diese Parteien mit schärferen Polizeigesetzen oft sogar punkten können. Umso wichtiger ist es Begrifflichkeiten aufzunehmen, die klar machen, dass es auch ohne Rechtsverschärfungen erfolgreich gehen kann.

Antrag A-2/ÄA-7: Änderungsantrag zu A-2

Änderungsantrag zu A-2

Antragsteller/in:	Frank Tempel (MPV LINKE · Nr. 227)
Status:	eingereicht

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 645

- 638 • Mit einem Polizeiausschuss im Thüringer Landtag wollen wir die bestehende Lücke
639 der parlamentarischen Kontrolle der nachrichtendienstlichen Befugnisse bei der
640 Polizei insbesondere für den Bereich der V-Personen und der verdeckten
641 Ermittlerinnen und Ermittler schließen und die Befugnisse der Polizei auf ihre
642 Wirksamkeit und Notwendigkeit prüfen. Pfefferspray darf wegen seiner erheblich
643 gesundheitsgefährdenden Wirkung künftig nur noch zur unmittelbaren Abwehr von
644 Gefahr für Leib, Leben und Gesundheit sowie erhebliche Sachwerte eingesetzt
645 werden, wenn unbeteiligte Dritte nicht gefährdet werden.

Begründung

Weitergehende Forderung basierend auf Anträge, wie sie auch bereits in der Bundestagsfraktion gestellt wurden –Bei Demonstrationen und anderen Großeinsätzen wie Fußball etc. wird häufig das Verhalten Weniger als Anlass genommen, dass Einsatzmittel Pfefferspray gegen ganze Gruppen zum Einsatz zu bringen. Grundsätzlich ist dies bereits nach dem Verhältnismäßigkeitsprinzip problematisch –da ein solcher körperlicher Eingriff schwerwiegend ist. Da es jedoch regelmäßige Praxis ist, macht es sich erforderlich –die Gefährdung unbeteiligter Dritter durch Pfefferspray per Gesetz auszuschließen.

Antrag A-2/ÄA-8: Änderungsantrag zu A-2

Änderungsantrag zu A-2

Antragsteller/in:	Frank Tempel (MPV LINKE · Nr. 227)
Status:	eingereicht

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 652 - 654

- 646 • Wir wollen die Polizeivertrauensstelle wir zu einer unabhängigen
647 Polizeiermittlungsbehörde mit vollständigen Ermittlungskompetenzen
648 weiterentwickeln. Sie soll sowohl Beschwerden von Bürgerinnen und Bürgern
649 aufnehmen und bearbeiten als auch Ermittlungen gegen Polizeibedienstete führen.
650 Polizistinnen und Polizisten sollen sich unabhängig vom Dienstweg und unter
651 Wahrung der Vertraulichkeit mit ihren Anliegen an die Polizeivertrauensstelle
652 ebenso wenden können. Wir wollen ein Quittungssystem für ausgewählte polizeiliche
653 Maßnahmen einführen, um die Nachvollziehbarkeit und Überprüfbarkeit für Betroffene zu
654 erhöhen. Betroffene von solchen polizeilichen Maßnahmen sollen eine elektronische oder
655 gedruckte Quittung erhalten, mit der die Maßnahme, Zeitpunkt, Anlass sowie
656 Rechtsgrundlage dokumentiert wird.

Begründung

Kompromissvorschlag –hier wird eingewaltiges Bürokratiemonster geschaffen. Ein großer Teil normaler polizeilicher Maßnahmen besteht aus Grundrechtseingriffen. Selbst das Anhalten eines Pkwin der Verkehrskontrolle ist solcher Eingriff. Normalerweise passt diese Forderung nicht zu unserem Anliegen, durch Aufgabenkritik polizeiliche Arbeit zu entschlacken statt einseitig immer mehr zusätzliche Beamte zu fordern. Trotzdem ist das Anliegen richtig –insbesondere, was anlasslose Personenkontrollen angeht. Dies wäre z.B. dann eine solche ausgewählte Maßnahme.

Antrag A-2/ÄA-9: Änderungsantrag zu A-2

Änderungsantrag zu A-2

Antragsteller/in:	Frank Tempel (MPV LINKE · Nr. 227)
Status:	eingereicht

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 682

668 • Wir werden auf die Ausbildung und das Studium der Polizeibediensteten auf
669 wissenschaftlicher Grundlage ebenso modernisieren wie ihre Fortbildung, damit
670 sie den gestiegenen Herausforderungen des Polizeidienstes jederzeit gerecht
671 werden können. Dafür werden den Anteil von Lehrkräften mit wissenschaftlichem
672 Hintergrund und Promotionen erhöhen und Entwicklungsmöglichkeiten und
673 Professorenstellen einrichten. Zudem wollen wir die getrennt laufende Ausbildung
674 für Schutzpolizistinnen und -polizisten und Kriminalistinnen und Kriminalisten
675 einführen. Wir wollen weitere Wege der Spezialisierung beschreiten, um sowohl
676 IT- und Hasskriminalität als auch organisierter Kriminalität noch
677 professioneller als bisher zu begegnen. Die Einführung einer Sonderlaufbahn
678 Cyberkriminalist*in werden wir prüfen. Die Bildungseinrichtungen der Polizei
679 wollen wir zu einem modernen Campus der Thüringer Polizei aufwerten und die
680 polizeiliche E-Learning-Plattform weiterentwickeln. Allen Anwärterinnen und
681 Anwärtern der Polizeiausbildung wird bei entsprechendem Abschluss die Übernahme
682 in den Thüringer Polizeidienst garantiert. Die Kapazitäten für die Ausbildung von
Polizeibeamten des mittleren und gehobenen Polizeidienstes werden entsprechend der
erforderlichen Notwendigkeiten ausgebaut.

Begründung

Dieser Bereich ist bereits wesentlich schwächer als unsere Forderung im vorangegangenen Wahlprogramm, in dem noch ganz konkreter zu Zahlen in der Ausbildung Stellung genommen wurde. Fakt ist, dass ohne eine Erweiterung der Ausbildungskapazitäten ein qualitativer und quantitativer Ausbau der Ausbildung gar nicht möglich ist. Bereits jetzt sind die Kapazitäten nicht ausreichend und gerade im Bereich der Fortbildung sehen wir ja ebenfalls Verbesserungsnotwendigkeiten. Daher sollte zumindest sich ein Nebensatz dieses Erfordernis benennen, wenn schon kein konkretes Vorhaben benannt werden soll.

Antrag A-2/ÄA-10: Änderungsantrag zu A-2

Änderungsantrag zu A-2

Antragsteller/in:	Frank Tempel (MPV LINKE · Nr. 227)
Status:	eingereicht

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 692

683 • Wir werden eine aus Vertreterinnen und Vertretern des Innen- und des
684 Finanzministeriums, der Polizeigewerkschaften und der Personalräte der Polizei
685 bestehende Arbeitsgruppe einsetzen, um das bisherige Beurteilungs- und
686 Beförderungssystem im Sinne der Bediensteten weiter zu verbessern und ein
687 dauerhaft tragfähiges und rechtssicheres Thüringer Beurteilungs- und
688 Beförderungsmodell entwickeln. Wir wollen die Aufstiegsmöglichkeiten verbessern
689 und so gestalten, dass tatsächliche Chancengleichheit herrscht. Hierzu sollen
690 die einschlägigen Gesetze, Verordnungen, Erlasse etc. überprüft und novelliert
691 werden. Wir werden das Zulagensystem weiter an die unterschiedlichen Belastungen
692 der Polizei anpassen und gerechter gestalten. So werden wir beispielsweise die Höhe der
Nachtschichtzulagen im Sinne der Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichtes anpassen
und zumindest auf 5 € festsetzen. Für alle im Vollzug tätigen
693 Beamtinnen und Beamten wollen wir die in unterschiedlicher Höhe gezahlten
694 Vollzugszulagen harmonisieren. Wir werden die Gesundheitsförderung durch bessere
695 Sportmöglichkeiten und Angebote zur Regeneration und Erholung für Thüringer
696 Polizeibedienstete jeden Alters verbessern.

Begründung

Der Abschnitt in dem es um soziale Aspekte der Beamtinnen und Beamten geht ist traditionell kurz gehalten, obgleich es auch hier wie in anderen Gesellschaftsbereichen klare gewerkschaftliche Forderungen gibt. Niemand erwartet, das Thüringen Polizeibeamte demnächst annähernd ähnlich z.B. der Grundschullehrer entlohnt werden. Doch eine LINKE, die sich mit klaren berechtigten Ansprüchen im Wahlprogramm an die Polizei richtet sollte nicht vergessen – dass auch die Beamtinnen und Beamten eine klare Erwartungshaltung gegenüber einer linken Partei hat, die immer ihre gewerkschaftliche Nähe betont. Es macht daher Sinn zumindest eine sehr konkrete Forderung aus diesem Bereich in das Wahlprogramm zu übernehmen. In Thüringen wird gemeinsam mit weiteren Bundesländern der niedrigste Nachtschichtzuschlag im Ländervergleich gezahlt. Für die Nachtstunde von 20-06 Uhr wird ein Zuschlag von 1,69 € gezahlt, obwohl das Bundesarbeitsgericht entschieden hat, dass als Nachtschichtzuschlag 30 % des Bruttostundenlohns angemessen sind. Thüringen hat bereits 2020 eine Klage verloren, in der es um die Angemessenheit in die besonderen niedrigen Lohngruppen ging. Ein Grund mehr, nicht erneut auf die Gerichte in einer sozialen Frage zu warten und mit eigenen Vorschlag in Vorleistung

zu gehen. Die Gewerkschaft der Polizei –die größte Thüringer Polizeigewerkschaft fordert eine Erhöhung der Nachtzulage auf mind. 5 €.

Antrag A-3: Landtagswahlprogramm Kapitel 3

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	eingereicht

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Bildungschancen für alle verbessern**

2

3 Wir, DIE LINKE. Thüringen, stehen für das lebensbegleitende Lernen, für eine auf die
4 Selbstverwirklichung und Emanzipation der/des Einzelnen gerichtete Bildung. Wir
5 lernen in jeder

6 Phase unseres Lebens, von der Kindheit bis ins Alter. Deshalb muss auch jede und
7 jeder die Möglichkeit haben, sich Bildung aneignen zu können. Bildung ist keine Ware,
8 sondern Menschenrecht. Gemeinsam mit unseren Koalitionspartnern haben wir ab 2014
9 begonnen, hierfür in den Kindergärten und Kindertageseinrichtungen, in den Schulen,
10 Berufsschulen und Hochschulen die erforderlichen Rahmenbedingungen zu sichern und
11 weiterzuentwickeln, um die Versäumnisse der CDU-geführten Vorgängerregierungen
12 aufzuholen.

13 Die Corona-Pandemie stellte und stellt die Schülerinnen und Schüler, die
14 Studierenden, ihre Eltern, Lehrerinnen und Lehrer, Erzieherinnen und Erzieher,
15 Sozialpädagogische Fachkräfte, die Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter
16 und die an den Hochschulen und Universitäten Lehrenden vor neue Herausforderungen.
17 Präsenz- und Distanzunterricht bzw. Studium, analog und/oder digital, werden das
18 Lernen und Studieren verändern. Wir, DIE LINKE. Thüringen, sehen uns in der
19 Verantwortung, diesen notwendigen Veränderungsprozess mit seinen Problemen, vor allem
20 aber emanzipatorischen Chancen, gemeinsam mit allen Beteiligten zu gestalten und die
21 erforderlichen Rahmenbedingungen neu zu schaffen. Der DigitalPakt Schule, mit dem
22 innerhalb der nächsten Jahre ein funktionierendes WLAN und moderne digitale Endgeräte
23 für alle Schülerinnen und Schülern, Lehrerinnen und Lehrer selbstverständlich wird,
24 ist hierfür ein Anfang. Weitere Schritte müssen folgen.

25 Die Thüringer Schulen und Hochschulen sind von allen Beteiligten gemeinsam und
26 demokratisch zu gestaltende Lern- und Lebensorte. Diese Orte sind zu Recht
27 parteipolitisch neutral, doch sie sind keine wertneutralen Institutionen, sondern
28 Demokratie und Humanität verpflichtet. In ihrer Wertorientierung und in ihrem
29 pädagogischen Auftrag stehen sie klar gegen jede Form von
30 Diskriminierung, Rassismus, gegen Hass und Menschenfeindlichkeit. Wir werden sie auch
31 weiterhin in der Auseinandersetzung mit solchen Einflüssen umfassend unterstützen.

32 Die Thüringer Hochschulen haben sich zu einem zukunftsfähigen Bestandteil der
33 Thüringer Bildungslandschaft entwickelt. Sie müssen als offene, soziale und
34 demokratische Einrichtungen gestaltet und verstanden werden, an denen sich Lehre und

35 Forschung frei und unabhängig entwickeln können. Studierende sowie alle lehrend,
36 forschend und administrativ-technisch Tätigen müssen die Chance haben, ihre
37 Hochschule mitzugestalten. Nur so kann eine Hochschule sozial und offen gestaltet
38 werden. Für die Beschäftigten sowie alle Lehrenden, Forschenden und administrativ-
39 technisch Tätigen gilt es, Planungssicherheit und Karriereperspektiven zu
40 gewährleisten. Nur auf guter Arbeit kann gute Forschung und Lehre gedeihen.

41 **Frühkindliche Bildung stärken**

42 Alle Kinder haben einen Anspruch darauf, durch gute Bildung die Chance auf ein
43 selbstbestimmtes Leben zu erhalten. In Thüringen gehen fast alle Kinder in den
44 Kindergarten und werden dort bis zu 10 Stunden täglich von Fachkräften verlässlich
45 betreut. Den Betreuungsanspruch für Kinder und Eltern und den hohen Thüringer
46 Fachkräfte-Standard werden wir weiterhin erfüllen. Bis zum Jahr 2025 wollen wir die
47 vollständige Beitragsfreiheit in Thüringen umsetzen und die Qualität der Thüringer
48 Kindergärten weiter verbessern.

- 49 • Wir haben während der Zeit des Corona-Lockdowns im Frühjahr dafür gesorgt, dass
50 die Elterngeländer durch das Land übernommen und die Bezüge der Erzieherinnen
51 und Erzieher voll weitergezahlt wurden. Dort, wo die Träger Kurzarbeitergeld
52 entschieden hatten, haben wir dieses aus Landesmitteln aufgestockt.
- 53 • Wir wollen gemeinsam mit Trägern, Kommunen und Gewerkschaften in der AG „Zukunft
54 Kindergarten / Kindertagesbetreuung“ nach den besten Wegen suchen, um jedem Kind
55 jeden Tag gerecht zu werden. Wir wollen die Teilhabe und Partizipation von
56 Kindern im Kindergarten stärken und die Förderung der Inklusiven Arbeit von
57 Einrichtungen verbessern. Neben der Fortführung der Infrastrukturpauschale wurde
58 ein weiteres Förderprogramm aufgelegt, um zusätzliches pädagogisches Spielzeug
59 für die Kindergärten zu beschaffen. Wir wollen, dass Kindergarten und Schule im
60 Sinne des Thüringer Bildungsplanes enger zusammenarbeiten, um jedem Kind einen
61 guten Schulstart zu ermöglichen.
- 62 • Wichtig für eine verbesserte frühkindliche Bildung ist eine diversitäts- und
63 vorurteilssensible Aus-, Fort- und Weiterbildung der pädagogischen Fachkräfte.
64 Wir werden die Leitungsaufgaben in den Kindereinrichtungen ausreichend
65 finanziell absichern.
- 66 • Wir werden das pädagogische Personal in den Kindergärten darin unterstützen, mit
67 den individuellen Stärken, Belastungen, Erfahrungen und Ressourcen der Kinder
68 professionell umzugehen. Die wissenschaftlichen Ergebnisse und praktischen
69 Erfahrungen aus dem Förderprogramm „Vielfalt vor Ort“ werden wir auswerten und
70 insbesondere für Kindergärten in sozialen Brennpunkten die multiprofessionelle
71 Arbeit und die Vernetzung verstetigen.
- 72 • Wir wollen die Ausbildung zur Erzieherin/zum Erzieher attraktiver gestalten.
73 Dazu werden wir die vergütete praxisintegrierte Ausbildung (PiA) deutlich
74 ausbauen und weiterhin mit Landesmitteln unterstützen. Außerdem werden wir die
75 2020 ermöglichte befristete berufsbegleitende Ausbildung für Assistenzkräfte
76 auswerten um zu erproben, ob dieser Weg die konsekutive und die
77 praxisintegrierte Ausbildung sinnvoll ergänzen kann. Wir werden alle beteiligten

78 Akteure in diesen Prozess mit einbeziehen.

- 79 • Wir wollen die Verpflegungskosten in den Kindergärten stützen und ein Programm
80 zur Unterstützung kommunaler Küchen für Kindergärten und Schulen auflegen.

81 **Eine erfolgreiche Schulzeit für alle Kinder**

82 Alle Kinder haben ein Grundrecht auf inklusive Bildung. Die inklusive Schule ist in
83 Thüringen in den letzten Jahren gut vorangekommen. Je nach Region unterscheidet sich
84 das Bild aber teilweise noch erheblich. Wir, DIE LINKE. Thüringen, stehen für die
85 enge Kooperation zwischen Schule, Elternhaus und sozialpädiatrischen Zentren und
86 sämtlichen multiprofessionellen Akteuren.

87 Jedem Kind steht der gleichberechtigte Zugang zum allgemeinbildenden inklusiven
88 Bildungssystem bei gleichzeitiger Berücksichtigung des Elternwillens zu.

- 89 • Wir wollen den raschen Abschluss von regionalen Entwicklungsplänen Inklusion
90 zwischen Land und Landkreisen, in denen gemäß Schulgesetz festgehalten wird, in
91 welchen Schritten und mit welcher Unterstützung entsprechend der örtlichen
92 Bedingungen die Schaffung aller notwendigen Voraussetzungen für eine gelingende
93 Inklusion in den Thüringer Regionen umgesetzt wird. Die Beschulung im
94 allgemeinbildenden System hat entsprechend der UN-Behindertenrechtskonvention
95 Vorrang. Dafür müssen wir die fachlichen Experten – die Förderpädagoginnen und -
96 pädagogen - deutlich stärken.

- 97 • Wir sehen die Notwendigkeit, eine Aus- und Weiterbildungsoffensive im Bereich
98 inklusive Bildung. Wir wollen mehr Aus- und Weiterbildung der
99 sonderpädagogischen Fachkräfte und zusätzliche, kurzfristige
100 Fortbildungsangebote für alle Lehrkräfte entsprechend den verschiedenen
101 Förderbedarfen der Kinder. Hierfür werden wir die nötigen Ressourcen zur
102 Verfügung stellen. Wir wollen verpflichtende Weiterbildungen zu inklusiver
103 Schulpraxis als Bestandteil der Arbeit an allen Schulen.

- 104 • Wir werden prüfen, ob die Schulträger bei der Qualifizierung von
105 Integrationshelfern finanziell und organisatorisch unterstützt werden können.

- 106 • Wir wollen die Förderpädagoginnen und -pädagogen im gemeinsamen Unterricht, in
107 ihrer Aufgabe als Experten für besondere Förderbedarfe unterstützen.
108 Sonderpädagogische Fachkräfte sollten nicht für Vertretungsstunden eingesetzt
109 werden. Die Ermöglichung der multiprofessionellen Zusammenarbeit zwischen
110 Förderpädagoginnen und -pädagogen, Lehrkräften und weiteren Beteiligten ist für
111 eine gelingende Inklusion unabdingbar.

112 **Schule zukunftsfähig gestalten und gutes Lernen stärken**

113 Thüringen besitzt eine große Vielfalt an Schulen, die allen Schülerinnen und Schülern
114 einen Weg in die Berufsausbildung oder zum Studium eröffnet. Die Thüringer
115 Abiturientinnen und Abiturienten gehören bundesweit zu den Besten. Wir, DIE LINKE.
116 Thüringen, werden weiterhin alle Anstrengungen unternehmen um die Voraussetzungen
117 dafür zu schaffen, dass sich jedes einzelne Kind so bilden kann, dass es sich
118 selbstbestimmt und verantwortungsvoll in der Welt bewegen kann. Für uns steht jedes
119 einzelne Kind im Mittelpunkt unserer Bildungspolitik. Wir wollen weiterhin mit allen

- 120 Beteiligten auf Augenhöhe über die Gestaltung zukunftsfähiger Schule im 21.
121 Jahrhundert diskutieren und die Wege dorthin im gemeinsamen Dialog erarbeiten.
- 122 • Wir wollen für jede Schülerin und jeden Schüler einen aussagekräftigen
123 Schulabschluss, der das von ihnen Gelernte entsprechend dokumentiert. Damit
124 erleichtern wir den Übergang in eine Ausbildung. Wir wollen Bildungsnachteile
125 bei jedem Kind früh und nachhaltig ausgleichen, indem wir die bewährten
126 Förderprogramme fortsetzen, Schulen in sozialen Brennpunkten mit mehr Personal
127 stärken und die berufliche Orientierung intensiv begleiten. Wir werden ein
128 Landesprogramm „Schulabschluss“ durchführen, in dem die bewährten Komponenten
129 Praxisklassen und Individuelle Abschlussphase mit Formen des praxisintegrierten
130 Lernens an allen weiterführenden Schularten in der Fläche implementiert wird.
131 Die personellen Ressourcen und die Art des Unterrichtes sollen so gestaltet
132 werden, dass sie den individuellen Bedürfnissen der Kinder Rechnung tragen.
133 Keine Schülerin und kein Schüler soll ohne individuellen Abschluss bleiben, dass
134 ist das Ziel unserer linken Bildungspolitik.
 - 135 • Wir gehen davon aus, dass die einzelne Schule am besten auf ihre Schülerinnen
136 und Schüler eingehen und sie auf ein selbstbestimmtes Leben in der
137 demokratischen Gesellschaft vorbereiten kann, wenn sie auch selbst
138 eigenverantwortlich und demokratisch arbeitet. Wir werden deshalb die
139 Mitbestimmung Aller an Schule Beteiligten weiterhin stärken. Gleichzeitig wollen
140 wir die Schulen bei der Weiterentwicklung ihre Konzepte und Methoden
141 unterstützen und nehmen hierfür die bewährte externe Evaluation durch
142 qualifizierte und freigestellte Kolleginnen und Kollegen wieder auf.
 - 143 • Wir sehen die Notwendigkeit, die Arbeit aller pädagogischen Professionen in und
144 außerhalb der Schulen, der Schulverwaltung und der Schulämter besser zu
145 vernetzen. Wir wollen Abstimmungsdefizite zwischen den verschiedenen
146 Aufgabenträgern beseitigen. Wir wollen Modellprojekte initiieren die es möglich
147 machen, dass Schulämter, Schulverwaltungsämter und Schulen enger miteinander
148 zusammenarbeiten und so die Steuerung von Schule optimiert wird.
 - 149 • Wir werden das Thüringer Landesprogramm „Schulsozialarbeit“ ausbauen, um an
150 jeder Schule Schulsozialarbeit zu ermöglichen. Damit können
151 Schulsozialarbeiterinnen und -sozialarbeiter Kindern in Krisen besser beistehen
152 und an den Schulen eine angstfreie Atmosphäre fördern.
 - 153 • Wir wollen die Qualität des Unterrichts weiter verbessern und stellen das
154 individuelle Lernen in den Mittelpunkt. Dieser Anspruch reicht vom gemeinsamen
155 Unterricht von Kindern mit und ohne sonderpädagogische Bedarfe, den wir weiter
156 ausbauen werden, bis zur vollen Durchlässigkeit der Schulformen und dem von uns
157 angestrebten flächendeckenden Angebot an Gemeinschaftsschulen.
 - 158 • Das häusliche Lernen während des Lockdowns im Frühjahr 2020 hat ein Schlaglicht
159 auf die digitale Bildung geworfen. Es ist notwendig, dass wir die
160 Digitalisierung unserer Schulen technisch und inhaltlich fortsetzen, wobei für
161 uns digitale Technik kein Selbstzweck ist. Auch in der pädagogischen Zukunft
162 stehen immer das Kind und die pädagogische Beziehung zu seinen Lehrerinnen und

163 Lehrern im Mittelpunkt. Deshalb werden wir ein sinnvolles digitales Unterrichten
164 fördern, indem wir die Lehrkräfte fortbilden und gute digitale Inhalte
165 bereitstellen. Außerdem muss es darum gehen, die Medienkompetenz der
166 Schülerinnen und Schüler zu erhöhen, um sie zu einem kritischen und
167 selbstbestimmten Umgang mit den medialen Entwicklungen zu befähigen.

168 • Wir werden die Schulgebäude nicht nur digitalisieren, wir wollen sie auch für
169 den gemeinsamen Unterricht ertüchtigen und „virenfest“ umgestalten. Um dies zu
170 vereinfachen, streben wir die „Schule aus einer Hand“ an: Wir möchten künftig
171 Unterrichtsinhalte, Personalverantwortung, Schulbauförderung und die Aufsicht
172 über die Schulträger im Bildungsministerium bündeln.

173 • Thüringen kann den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung in der Grundschule
174 bereits heute gut umsetzen. Diese Betreuung erfolgt bisher in offenen
175 Ganztagschulen. Wir möchten den Schultag künftig individueller gestalten und
176 rhythmisieren; dafür sollen mehr Grundschulen im Ganztagsbereich teilgebunden
177 und gebunden arbeiten. Die Erzieherinnen und Erzieher können dann 100%
178 (vollbeschäftigt) arbeiten.

179 Eine große Herausforderung bleibt das Schulnetz, das wir an die demografische
180 Entwicklung anpassen müssen, ohne dass der ländliche Raum verliert. Hier setzen wir
181 weiterhin auf Dialog und Freiwilligkeit und wollen die Anreize für Schulkooperationen
182 stärken.

183 **Für eine enge Kooperation der Schulen in freier Trägerschaft mit den staatlichen** 184 **Schulen**

185 Schulen in freier Trägerschaft sind ein wichtiger Teil des Thüringer Schulwesens,
186 dass durch die verfassungsgesetzlichen Vorgaben gesichert ist. Sie können für das
187 gesamte Schulwesen wichtige

188 inhaltliche Impulse geben und sie leisten mit einem Anteil von rund 10 Prozent der
189 Thüringer Schülerinnen und Schüler einen Beitrag, um jungen Menschen ihren Weg ins
190 Leben zu ebnen.

191 • Wir, DIE LINKE. Thüringen, wollen den gemeinsam mit unseren Koalitionspartnern
192 eingeschlagen Weg der besseren Finanzierung der Schulen in freier Trägerschaft
193 und der Entbürokratisierung ihrer Tätigkeit fortsetzen und die von uns
194 eingeführte Finanzausstattung inklusive einer Anpassung um 1,9 Prozent jährlich
195 fortführen.

196 • Wir wollen die Kooperation zwischen staatlichen Schulen und Schulen in freier
197 Trägerschaft verstärken. So könnten Schulen untereinander Lehrerinnen und Lehrer
198 tauschen, um die Weitergabe von Ideen und Erfahrungen zu erleichtern. Zudem soll
199 erreicht werden, dass sowohl bei der Unterrichtsabsicherung als auch beim Umgang
200 mit Inklusion und Vielfalt die vorhandenen Aufgaben in einer Region durch die
201 angesiedelten Schulen gemeinsam erfüllt werden. Die von uns angestrebte
202 Kooperation zwischen staatlichen Schulen und Schulen in freier Trägerschaft soll
203 vor allem den Schülerinnen und Schüler nützen. Mit ihr findet die Tatsache
204 Anerkennung, dass beide Bereiche des Schulwesens zu ihrer Aufgabenerfüllung

205 wesentlich staatlich finanziert sind.

206 • Wir werden darauf drängen, dass die bestehenden Bestimmungen zur
207 Lehrkräfteentlohnung von den Schulen in freier Trägerschaft eingehalten werden.

208 **Die berufliche Ausbildung stärken**

209 Wir, DIE LINKE. Thüringen, wollen gemeinsam mit allen relevanten Akteurinnen und
210 Akteuren die Rahmenbedingungen für die berufliche Ausbildung in Thüringen verbessern.

211 Das betrifft die Lernverhältnisse der Auszubildenden im Betrieb und an der
212 Berufsschule, die zurückzulegenden Wege und eine soziale Absicherung, die die
213 Abhängigkeit von den Eltern oder von aufreibenden Nebentätigkeiten beendet. Die
214 Auszubildenden waren und sind von den Einschnitten durch die Pandemie besonders
215 betroffen. Zur Stärkung ihrer Position wollen wir ihre Mitbestimmungsrechte ausbauen
216 und die Einrichtung eines Auszubildenden-Werks prüfen. Wir streiten weiterhin für
217 eine Mindestausbildungsvergütung von 1.050 Euro.

218 • Wir werden Jugend- und Auszubildenden-Vertretungen bei ihrer Arbeit in den
219 Unternehmen und Demokratie- und Mitbestimmungsprojekte an den Berufsschulen
220 besonders unterstützen.

221 • Wir wollen die bisherige Schlechterstellung von Auszubildenden beim
222 Bildungsurlaub überwinden und auch ihnen pro Jahr fünf statt drei Tage gewähren.

223 • Wir werden uns dafür einsetzen, gemeinsam mit Kommunen, Kammern und Unternehmen
224 das von uns eingeführte Azubi-Ticket in Thüringen vollständig flächendeckend und
225 für die Auszubildenden finanziell attraktiv zu gestalten. Für die Schülerinnen
226 und Schüler der gymnasialen Oberstufen soll der Eigenbeitrag zu den Fahrtkosten
227 abgeschafft werden.

228 • Wir werden das Berufsschulnetz gemeinsam mit den Schulträgern und
229 Verantwortlichen der beruflichen Bildung weiter fortschreiben. Wir wollen
230 weiterhin alle ausscheidenden Lehrkräfte an den Berufsschulen ersetzen. Dazu
231 werden wir die Gewinnung und Ausbildung geeigneter Seiteneinsteigerinnen und -
232 einsteiger mit fachlicher Qualifizierung vorantreiben.

233 • Berufsorientierung darf sich nicht allein an den Interessen der Wirtschaft
234 orientieren. Deshalb sollen Projekte zum Thema Demokratie und Mitbestimmung in
235 der Arbeitswelt ebenso eine Förderung erhalten, wie bisher die Projekte der
236 Arbeitgeberverbände zum Thema Schule und Wirtschaft.

237 **Gute Schulen mit qualifizierten und motivierten Lehrerinnen und Lehrern**

238 Die Thüringer Lehrerinnen und Lehrer, Erzieherinnen und Erzieher leisten seit Jahren
239 eine sehr gute fachliche Arbeit, wie bundesweite Bildungsvergleiche belegen. Aufgrund
240 der Veränderungsprozesse im schulischen Umfeld sind zugleich die Anforderungen an sie
241 gestiegen. Für die Bewältigung dieser Herausforderungen sagen wir, DIE LINKE.

242 Thüringen, allen Beteiligten Danke, denn die Bildung unserer Kinder, ihre Ausbildung
243 für ein gutes und selbstbestimmtes Leben ist Grundlage einer guten gesellschaftlichen
244 Entwicklung. Um die gesellschaftliche Entwicklung weiter positiv zu gestalten, prüfen
245 wir außerdem die Einführung eines neuen Unterrichtsfaches Menschenrechtsorientierung
246 & Demokratiebildung.

247 Trotz der großen Anstrengungen, die wir gemeinsam mit unseren Koalitionspartnern
248 hinsichtlich der Neueinstellungen von Lehrerinnen und Lehrern unternommen haben,
249 konnten wir die langfristig aufgestauten Probleme (hoher Altersdurchschnitt und über
250 viele Jahre unter den Vorgängerregierungen und die nicht erfolgte Neueinstellung
251 junger Lehrkräfte) nicht lösen, so dass sie sich weiterhin negativ auf die
252 Unterrichtsabsicherung an den Schulen auswirken. Wir werden in der kommenden
253 Legislaturperiode darauf hinwirken, diesen Zustand zu beenden. Dabei geht es uns
254 nicht um das Stopfen einzelner Löcher, sondern um eine nachhaltige und flexible
255 Personalpolitik. Ab dem Schuljahr 2022/23 wird es mit uns ein
256 Personalsteuerungsprogramm geben, mit dem auf Grundlage verbesserter Kenntnisse über
257 den örtlichen Personalbedarf ein zielgenauer Einsatz der vorhandenen
258 Personalressourcen erfolgt.

- 259 • Wir werden in der kommenden Legislaturperiode die die auch weiter aus dem
260 Schuldienst ausscheidenden Lehrerinnen und Lehrer durch entsprechende
261 Neueinstellungen ersetzen.
- 262 • An jenen Schulen, in denen die Zahl der Schülerinnen und Schüler wächst und neue
263 Klassen entstehen, werden wir neue Stellen schaffen. Einstellungen in den
264 Schuldienst sollen grundsätzlich unbefristet erfolgen. Sachgrundlose
265 Befristungen lehnen wir ab.
- 266 • Wir werden in der kommenden Legislaturperiode unsere Bemühungen fortsetzen, mehr
267 Menschen für den Lehrerberuf in Thüringen zu gewinnen. Dazu werden wir die
268 Einstellungsverfahren optimieren, die Lehrgewinnungskampagne fortsetzen, die
269 Beratung und Einstellung von Quer- und Seiteneinsteigerinnen und -einsteigern
270 verstärken und die Durchlässigkeit zwischen den einzelnen Schularten weiter
271 verbessern, um die Lehrkräfte flexibler einsetzen zu können. Wir wollen
272 Bewerberinnen und Bewerber mit Migrationshintergrund aktiv für den Lehrerberuf
273 werben. Für Menschen mit ausländischen Berufskennnissen soll die Anerkennung
274 vereinfacht werden, bei Bedarf schaffen wir ein Angebot für
275 Nachqualifizierungen.
- 276 • Wir werden die begonnene Beschleunigung der Einstellungsverfahren in den
277 Schuldienst fortsetzen. Mit frühzeitigen Einstellungszusagen wollen wie die
278 Kooperation zwischen angehende Lehrerinnen und Lehrer mit ihren zukünftigen
279 Einsatzschulen in der Ausbildungszeit unterstützen. Hierzu haben wie in den
280 Schulämtern durch eine entsprechende personelle Verstärkung die Voraussetzungen
281 geschaffen. Gemeinsam mit den Schulträgern wollen wir einen Maßnahmenkatalog
282 erörtern und umsetzen, um den Einsatz junger Lehrkräfte im ländlichen Raum
283 besonders unterstützen. Wir werden bei der Einstellung von Lehrerinnen und
284 Lehrer noch stärker auf ihre Wünsche der Lehrerinnen und Lehrer eingehen. Das
285 umfasst unter anderem die Möglichkeit von Teilzeit-Referendariaten, eine
286 frühzeitige Information über angenommene oder abgelehnte Bewerbungen und
287 zielgerichtete Angebote an einzelne Bewerberinnen und Bewerber. Alle in
288 Thüringen für den Lehrerberuf ausgebildeten Lehrkräfte werden ein Angebot für
289 eine Stelle in Thüringen erhalten.

- 290 • Wir werden mit einem aktiven Gesundheitsmanagement und dem Abbau von Bürokratie
291 der Beruf der Lehrerin und des Lehrers attraktiver machen. Wir wollen nach den
292 Regelschullehrern auch die Lehrkräfte an den Grundschulen an die bessere
293 Bezahlung der Gymnasiallehrkräfte heranführen und ebenfalls in der
294 Besoldungsgruppe A13 anschließen.

295 **Die Aus- und Weiterbildung der Lehrerinnen und Lehrern weiterentwickeln**

296 Die moderne und praxisorientierte Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer ist ein
297 wichtiger Faktor für die Schulqualität in Thüringen. Inklusion, Digitalisierung, eine
298 gestiegene Heterogenität der Schülerinnen und Schüler und die zunehmenden
299 gesellschaftlichen Konflikte und ihre Bewältigung im Schulalltag beschreiben die
300 gewachsenen Ansprüche an den Beruf.

301 Wir, DIE LINKE. Thüringen, wollen aufbauend auf dem Bericht der Expertenkommission
302 »Zukunft Schule« eine umfassende Reform der Thüringer Ausbildung von Lehrerinnen und
303 Lehrern auf den Weg bringen. Sie soll in der Entwicklungsplanung der Hochschulen und
304 in den Ziel- und Leistungsvereinbarungen mit den Hochschulen verankert werden.

- 305 • Wir wollen die Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer in Thüringen anstelle der
306 bisherigen Schularthbezogenen auf eine Schulstufenbezogene umstellen, um längeres
307 gemeinsames Lernen und die Stärkung der Gemeinschaftsschule zu ermöglichen. Wir
308 sehen die Notwendigkeit, die didaktische und pädagogische Ausbildung zu
309 verbessern. Moderne Lehr- und Lernformen zur Stärkung der Medienkompetenz und
310 zur Demokratisierung von Schule und Unterricht sind dabei ebenso wichtig wie
311 Grundlagenwissen in den einzelnen Themenbereichen. Anstelle starrer
312 Fachkombinationsvorschriften wollen wir Lehramtsstudierende mit einer deutlich
313 verbesserte studienbegleitende Beratung bedarfsgerecht gewinnen und
314 unterstützen. Darüber hinaus wollen wir die Übergänge zwischen den Phasen der
315 Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer besser gestalten und durch einen
316 intensiveren Austausch eine phasenübergreifende Bildung ermöglichen.

- 317 • Wir werden Lehramtsstudierenden sowie Lehramtsanwärterinnen und -anwärtern zum
318 Erwerb zusätzlicher Kompetenzen (Elternarbeit) mehr Freiräume anbieten. Für
319 Lehrkräfte in der Fort- und Weiterbildung wollen wir die Freistellungsregelungen
320 deutlich verbessern. Schularth- und fachübergreifende Weiterbildungsmöglichkeiten
321 werden wir verbessern.

- 322 • Wir werden die Hochschulen bei der kooperativen und standortübergreifenden
323 Ausbildung von Lehrkräften in Thüringen unterstützen. Insbesondere am Standort
324 Erfurt wollen wir die Lehramtsausbildung für das Berufsschullehramt ausbauen.
325 Mit allen Beteiligten der Lehrerinnen- und Lehrerbildung wollen wir ein
326 landesweites Bildungszentrum aufbauen und Lehre, Forschung und Ausbildung im
327 Bereich des Lehramtes zukunftsfähig aufstellen.

- 328 • Wir werden die Lehrkräfte bei der Verankerung einer menschenrechtsorientierten
329 und rassismus- wie diskriminierungskritischen Lehr- und Lernkultur unterstützen.
330 Hierzu werden die Lehr- und Lernmaterialien auf rassistische und
331 diskriminierende Inhalte überprüft und ein Gleichstellungs- und
332 Antidiskriminierungsmonitoring im Bildungsbereich eingerichtet, um bestehende

333 Barrieren sichtbar zu machen. Wir werden Anlaufstellen für Opfer von Rassismus
334 und Diskriminierung in den Bildungseinrichtungen schaffen und Angebote zu deren
335 Empowerment anbieten.

336 **Lebensbegleitend Lernen – Erwachsenenbildung weiter stärken**

337 Unser Alltag ist komplexer geworden. Die gesellschaftlichen und politischen
338 Veränderungen der letzten Jahre und der Wandel in der Arbeitswelt stellen uns alle
339 vor Herausforderungen. Die Erwachsenen- und Weiterbildung hat eine besondere Rolle,
340 um unter diesen Bedingungen die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen garantieren
341 zu können. Die Erwachsenenbildung trägt mit den Bildungsangeboten in Politik,
342 Gesundheit, Kultur, Sprache und Arbeit sowie in der Grundbildung und Alphabetisierung
343 dazu bei, dass Menschen sich nach ihren Bedürfnissen und Wünschen entwickeln können.
344 Einrichtungen der Erwachsenenbildung sind mehr als außerschulische Orte, an denen
345 Zertifikate erworben werden können. Sie sind Begegnungsorte und verbinden Menschen
346 unterschiedlicher Herkunft.

- 347 • Wir, DIE LINKE. Thüringen, werden auch in den kommenden Jahren
348 lebensbegleitendes Lernen möglich machen und die Erwachsenenbildung stärken. Wir
349 wollen das Bildungsfreistellungsgesetz für mehr Beschäftigte öffnen und
350 entsprechend die Möglichkeiten der Arbeitgeber zur Verhinderung einer Teilnahme
351 an den Maßnahmen der Bildungsfreistellung einschränken. Auch in kleinen
352 Betrieben soll es einen Anspruch geben – und auch Auszubildende sollen
353 mindestens fünf Tage Bildungsfreistellung pro Jahr wahrnehmen können.
- 354 • Wir wollen „Gute Arbeit“ zum Standard in der Erwachsenenbildung machen und ihren
355 Einrichtungen hierzu finanziell besser ausstatten. Wir werden zudem
356 Möglichkeiten für Bildungskarenzzeiten prüfen, um Menschen die Möglichkeit zu
357 geben, sich ohne finanzielle Einbußen, längere Zeit einer Weiter- oder
358 Umqualifizierung zu widmen.
- 359 • Wir werden die Einrichtungen beim Abbau von Barrieren und beim Ausbau digitaler
360 Bildungsangebote weiter finanziell und dauerhaft unterstützen. Die Integrations-
361 und Sprachprojekte wollen wir weiter fortführen.
- 362 • Wir werden Bildungsangeboten zu Demokratie und zur menschenrechtsorientierten
363 Bildungsarbeit eine langfristige Finanzierungsperspektive geben. Die Mittel
364 dafür im Landeshaushalt werden wir weiter erhöhen und langfristig bereitstellen.
- 365 • Wir wollen die Einrichtungen der Erwachsenenbildung dabei unterstützen,
366 dezentrale Angebote insbesondere im ländlichen Raum auszubauen, um den Zugang zu
367 erleichtern. Dazu wollen wir die Mittel für die Digitalisierung verstetigen und
368 auch Modellprojekte für mobile Bildungsangebote fördern.

369 **Hochschulen für ein zukunftsfähiges sozial-ökologisches Thüringen voranbringen**

370 Die Hochschulen und Universitäten sind ein zentraler Bestandteil der Thüringer
371 Bildungslandschaft. Gemeinsam mit zahlreichen Forschungseinrichtungen setzen sie
372 wichtige Impulse für die Entwicklung Thüringens und darüber hinaus. Die Hochschulen
373 und Universitäten sind aber nicht nur der Antrieb für Innovationen, sondern auch
374 Lehr-, Lern- und Lebensorte für ca. 50 000 Studierende und Wirkungsstätten von knapp

375 20 000 Beschäftigte und Tätige in der Lehre. Sie alle gestalten Hochschulen in
376 Thüringen.

377 Wir, DIE LINKE. Thüringen sehen in den Hochschulen offene, soziale, global
378 nachhaltige und demokratische Einrichtungen, an denen Lehre und Forschung sich frei
379 und unabhängig entwickeln können müssen. Das bedeutet auch, sich den Angriffen auf
380 die Wissenschaftsfreiheit durch Verschwörungserzählerinnen und -erzählern sowie der
381 extremen Rechten immer und überall entgegenzustellen.

382 Wir werden die Finanzierung der Hochschulen weiter sichern. Wir haben die Grundlage
383 dafür gelegt, dass zusätzlich 302 Millionen Euro bis 2025 für die Hochschulen
384 bereitstehen. Das wollen wir langfristig fortsetzen. Gute Lehr- und Lernorte brauchen
385 ein Dach über dem Kopf. Wir wollen deshalb einen Investitionsplan „Hochschulbau 2030“
386 mit den Hochschulen auf den Weg bringen. Wir werden uns auch auf der Bundesebene für
387 ein Hochschulbauprogramm einsetzen, um den entstandenen Sanierungstau abbauen zu
388 können.

389 **Gute Lern- und Studienbedingungen an den Thüringer Hochschulen garantieren**

390 Die Attraktivität einer Hochschule ist für Studierende im Wesentlichen von den
391 Studienbedingungen abhängig. Sie müssen die Chance haben, ihre Hochschule
392 mitzugestalten. Auch die soziale Infrastruktur und Beratungsangebote müssen
393 sichergestellt sein – von Wohnheimen über Mensen bis hin zum kostengünstigen Studi-
394 Ticket. So lassen sich die finanzielle Belastung der Studierenden geringhalten und
395 gute Studienbedingungen gewährleisten. Die Corona-Pandemie hat dies mehr denn je
396 unter Beweis gestellt. Der Bund hat die Studierenden mit lächerlich kleinen
397 Soforthilfen und Schuldenbergen zurückgelassen.

398 • Wir werden deshalb auf der Bundesebene eine grundlegende Reform der
399 Studienfinanzierung initiieren. Nur so können die Hochschulen sozial und offen
400 gestaltet werden. Wir setzen uns im Bund für eine grundlegende Reform des BAföG
401 ein. Wir wollen eine elternunabhängige und armutssichernde Ausbildungsförderung
402 in Höhe von 1.050 Euro für alle.

403 • Wir werden, um kurzfristig pandemiebedingte Studienabbrüche zu vermeiden und
404 Studierende zu unterstützen, den Härtefallfond für Studierende zusammen mit dem
405 Thüringer Studierendenwerk ausbauen. Damit das Studierendenwerk auf sicheren
406 Füßen steht, wollen wir den Bund mit einem Hochschulsozialpakt in die Pflicht
407 nehmen, die Länder bei der Finanzierung der Studierendenwerke zum Ausbau der
408 sozialen Infrastruktur zu unterstützen.

409 • Wir werden in Thüringen alle Mittel nutzen, um die finanzielle Situation der
410 Studierenden zu verbessern. Wir wollen Langzeitstudiengebühren und weitere
411 studienrelevante Gebühren abschaffen und die entstehenden Einnahmeverluste der
412 Hochschulen durch Landesmittel ausgleichen. Wir wollen eine Lernmittelpauschale
413 einrichten, mit der alle Studierenden im ersten Semester die notwendigsten Lehr-
414 und Lernmaterialien beschaffen können.

415 **Gute Arbeit in der Wissenschaft zum Dauerzustand machen**

416 Der Alltag der Beschäftigten und Tätigen an den Hochschulen ist oft geprägt von

417 Unsicherheit und einem erheblichen Leistungsdruck im Wettbewerb um externe
418 Forschungsgelder. Dies schadet auch der wissenschaftlichen Leistung. Nur wenn alle an
419 Hochschulen Arbeitenden Planungssicherheit, Karriereperspektiven und ausreichend Zeit
420 haben, trägt dies dazu bei, Lehre und Forschung zu stärken, Studienbedingungen zu
421 verbessern sowie Wissenschaft zu betreiben, die ihrer gesellschaftlichen Aufgabe
422 gerecht werden kann.

- 423 • Wir wollen neben einer Rahmendienstvereinbarung auch einen Tarifvertrag für
424 studentische Beschäftigte an den Hochschulen, der einen Mindestlohn,
425 Mindestvertragslaufzeiten sowie Rechte und Pflichten verbindlich regelt. Zudem
426 sollen Lehrbeauftragte und Honorarkräfte durch Personalräte vertreten werden
427 können.
- 428 • Wir stehen zum Prinzip Dauerstellen für Daueraufgaben. Die Rahmenvorgaben für
429 „Gute Arbeit“ an den Hochschulen werden wir auf ihre Wirkung hin prüfen. Wir
430 plädieren für alternative Karrierewege als dauerhaft beschäftigte
431 Hochschullehrende jenseits der Professur. Gemeinsam mit den Hochschulen,
432 Personalräten und Gewerkschaften wollen wir Lösungen für Personalkategorien
433 neben der Professur in Thüringen finden und rechtlich verankern. Lehrbeauftragte
434 sollen ausschließlich für den Wissenstransfer aus der Praxis an den Hochschulen
435 angestellt werden. Wir werden Schlupflöcher zum missbräuchlichen Einsatz
436 schließen und noch bessere Möglichkeiten zur Mitwirkung der Lehrbeauftragten in
437 den Hochschulgremien schaffen.
- 438 • Wir wollen mehr Doktorandinnen und Professorinnen sowie mehr Frauen in
439 Führungspositionen an den Thüringer Hochschulen. Wir werden die gesetzlichen
440 Fortschritte in diesem Bereich unter Rot-Rot-Grün mit weiteren Maßnahmen
441 unterstützen und fordern die Umsetzung des Kaskadenmodells, wonach sich
442 höherrangige Ebenen an dem Frauenanteil der unteren Ebenen orientieren müssen.
- 443 • Für jede Lehrkraft für besondere Aufgaben (LfbA) muss gelten »Gleicher Lohn für
444 gleiche Arbeit«. Deshalb wollen wir die Angleichung der Lehrverpflichtung von
445 LfbAs an Fachhochschulen an die ihrer Universitätskolleginnen und -kollegen.
- 446 • Im Bund setzen wir uns in der Konferenz der Kultusminister/innen (KMK) dafür
447 ein, dass die Rahmenvorgaben für die Lehrverpflichtung den gestiegenen
448 Anforderungen an Lehrende an den Hochschulen angepasst werden. Im Bundesrat
449 wollen wir eine Reform anschieben, mit der wir das Befristungsunwesen des
450 Wissenschaftszeitvertragsgesetzes beenden. Wir brauchen ein
451 Wissenschaftsqualifizierungsgesetz im Bund, das Karriereperspektiven schafft und
452 nicht verbaut.

453 **Verantwortungsvolle Wissenschaft und Forschung für die Gesellschaft**

454 Die Hochschulen in Thüringen sind Orte der Forschung und Innovation – vor allem im
455 Zusammenwirken mit außeruniversitären Instituten. Als öffentliche Einrichtungen
456 tragen sie Verantwortung für die Grundlagenforschung und für eine an den
457 gesellschaftlichen Herausforderungen orientierte Forschung. Das Einwerben vorrangig
458 wettbewerblich organisierter und vergebener Forschungsmittel bindet zu viel Zeit, die
459 für Forschung und Lehre fehlt. Diese Art der Finanzierung trägt durch kurze

- 460 Vertragslaufzeiten zur Unsicherheit vieler Beschäftigungsverhältnisse bei. Auch in
461 Thüringen stehen wir vor grundlegenden Umwälzungen. Unsere Antwort ist ein sozial-
462 ökologischer Wandel. Den wollen wir mit und an den Hochschulen vorantreiben.
- 463 • Wir wollen in Thüringen Forschung und Lehre zur gesellschaftlichen Entwicklung
464 und Transformation etablieren, um zeitgemäße und global nachhaltige Antworten
465 auf neue Herausforderungen zu erhalten. Dazu wollen wir eine
466 Nachhaltigkeitsstrategie mit allen Akteurinnen und Akteuren der Thüringer
467 Hochschullandschaft gemeinsam entwickeln. Wie bereits in anderen Bundesländern
468 soll dazu ein Netzwerk „Nachhaltige Hochschulen“ auch in Thüringen entstehen.
469 Ein Leitbild einer nachhaltigen Hochschule in Forschung, Lehre, Betrieb und
470 Hochschulgovernance soll so breit verankert werden und auch im Thüringer
471 Hochschulgesetz Eingang finden.
 - 472 • Wir wollen einen Lehrstuhl einrichten, der sich mit den Themen Kolonialismus,
473 Migration, Flucht und Rassismus befasst. Dieser soll sich insbesondere mit deren
474 Rolle im und Auswirkungen auf das gesellschaftliche, wirtschaftliche und
475 politische System beschäftigen.
 - 476 • Wir unterstützen die Initiative zur Neugründung eines interdisziplinären
477 Holbein-Instituts an der FSU Jena und wollen eine direkte institutionelle
478 Förderung durch das Land Thüringen erreichen, um die Auseinandersetzung der
479 Hochschulen mit dem Thema geschlechtlicher und sexueller Vielfalt zu
480 intensivieren.
 - 481 • Für die sozial-ökologischen Herausforderungen braucht es entsprechende Forschung
482 und Beratung. Wir wollen daher an einer Thüringer Hochschule eine Professur für
483 Plurale Wirtschaftswissenschaft (Heterodoxe Ökonomie) und ein entsprechendes
484 Forschungs- und Beratungsinstitut schaffen, um der neoklassischen Lehre und dem
485 neoliberalen Mainstream in den Wirtschaftswissenschaften Denken, Forschung und
486 Lehre vielfältigeren Zuschnitts zur Seite zu stellen. Dazu gehören ausdrücklich
487 auch (post-)keynesianisches, marxistische, ökologische und feministische
488 Wirtschaftstheorien.
 - 489 • Wir setzen uns für eine qualitative Weiterentwicklung der Fachhochschulen ein,
490 um die Thüringer Wissenschaftslandschaft zu stärken. Wichtig ist es
491 insbesondere, das Fächerspektrum zu erweitern und Forschung,
492 Nachwuchsentwicklung und Lehre auszubauen. Wir wollen den Hochschulen für
493 angewandte Wissenschaften und den Fachhochschulen in Thüringen das
494 Promotionsrecht geben und durch eine Förderung für den wissenschaftlichen
495 Mittelbau die Forschung auch dort weiter stärken.
 - 496 • Wir setzen uns im Bundesrat für ein Urheberrecht ein, das einen offenen Zugang
497 zu wissenschaftlichen Forschungsergebnissen und Publikationen garantiert –
498 sowohl für Lehrende und Studierende als auch weitere Interessierte. Wir wollen
499 an den Hochschulen in einem Modellprojekt fördern und erproben, wie öffentliche
500 Publikationen unabhängig von Verlags- und Lizenzstrukturen gelingen können, um
501 den wissenschaftlichen Anspruch der Autonomie privatwirtschaftlichen Interessen
502 zu entziehen.

Antrag A-3/ÄA-1: Änderungsantrag zu A-3

Änderungsantrag zu A-3

Antragsteller/in:	Tim Rosenstock (Linksjugend [^solid] · Nr. 147), Steffen Thormann (KV Unstrut-Hainich-Kreis · Nr. 112), Martin Heucke (KV Nordhausen · Nr. 75)
Status:	eingereicht

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 225

- 223 • Wir werden uns dafür einsetzen, gemeinsam mit Kommunen, Kammern und Unternehmen
224 das von uns eingeführte Azubi-Ticket in Thüringen vollständig flächendeckend und
225 für die Auszubildenden finanziell attraktiv zu gestalten. Studierende profitieren oftmals
nicht vom Bafög-System des Bundes und sind oftmals gezwungen, neben einem fordernden
Studium einem Nebenjob nachzugehen, um sich ihr Studium finanziell leisten zu können.
Wir wollen daher den Beitrag für das Semesterticket abschaffen, um einerseits Studierende
finanziell zu entlasten und andererseits die Attraktivität der Nutzung des ÖPNV zu steigern.
Für die Schülerinnen
226 und Schüler der gymnasialen Oberstufen soll der Eigenbeitrag zu den Fahrtkosten
227 abgeschafft werden.

Antrag A-3/ÄA-2: Änderungsantrag zu A-3

Änderungsantrag zu A-3

Antragsteller/in:	KV Apolda-Weimar
Status:	eingereicht

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 42 - 48

~~42 Alle Kinder haben einen Anspruch darauf, durch gute Bildung die Chance auf ein
43 selbstbestimmtes Leben zu erhalten. In Thüringen gehen fast alle Kinder in den
44 Kindergarten und werden dort bis zu 10 Stunden täglich von Fachkräften verlässlich
45 betreut. Den Betreuungsanspruch für Kinder und Eltern und den hohen Thüringer
46 Fachkräfte-Standard werden wir weiterhin erfüllen. Bis zum Jahr 2025 wollen wir die
47 vollständige Beitragsfreiheit in Thüringen umsetzen und die Qualität der Thüringer
48 Kindergärten weiter verbessern.~~

Alle Kinder haben einen Anspruch darauf, durch gute Bildung die Chance auf ein selbstbestimmtes Leben zu erhalten. In Thüringen gehen fast alle Kinder in den Kindergarten und werden dort bis zu 10 Stunden täglich von Fachkräften verlässlich betreut und gebildet. Den Bildungs- und Betreuungsanspruch für Kinder und den hohen Thüringer Fachkräfte-Standard werden wir weiterhin erfüllen. Bis zum Jahr 2025 wollen wir die vollständige Beitragsfreiheit in Thüringen umsetzen und die Qualität der Thüringer Kindergärten weiter verbessern.

Begründung

Die Thüringer Kindergärten sind gerade nicht nur Betreuungs- sondern auch Bildungseinrichtungen „senken“ selbsterklärend.

Antrag A-3/ÄA-3: Änderungsantrag zu A-3

Änderungsantrag zu A-3

Antragsteller/in:	KV Apolda-Weimar
Status:	eingereicht

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 52

- 49 • Wir haben während der Zeit des Corona-Lockdowns im Frühjahr dafür gesorgt, dass
50 die Elterngebühren durch das Land übernommen und die Bezüge der Erzieherinnen
51 und Erzieher voll weitergezahlt wurden. Dort, wo die Träger Kurzarbeitergeld
52 entschieden hatten, haben wir dieses aus Landesmitteln aufgestockt.
- Wir wollen bis 2025 die Schaffung eines Instituts zur Förderung der Qualität in den Kindergärten und Krippen in Thüringen.

Begründung

Thüringen sollte Vorreiter sein und Vorbild in der Qualität der Kindergärten.

Kindergärten sind Orte des Lernens, der Entwicklung und des Wachsens. Darüber war sich Friedrich Fröbel mit seiner innovativen Idee in Thüringen schon vor 150 Jahren im Klaren.

In der Gegenwart werden Kindergärten vor sehr viel komplexere Aufgaben gestellt als noch zur Zeit Friedrich Fröbels. Fachkräftemangel, wachsende soziale Herausforderungen und nicht zuletzt auch Situationen wie die weltweite Corona-Pandemie müssen im Alltag bewältigt werden. Gleichzeitig bieten Wissenschaft und Forschung Ansätze, die ihren Einfluss in Arbeit der Erzieherinnen und Erzieher finden sollten. Allein der Fokus auf eine Verbesserung der Personalschlüssel bietet keine Antwort auf Zukunftsfragen von Qualität und demographischem Wandel.

Thüringen braucht einen Ort, an dem die Kompetenz gebündelt und in die Praxis transportiert wird.

Konkrete Unterstützung von Kindergärten und Krippen bei der qualitativen Weiterentwicklung, Weiterbildung und die weitere Professionalisierung des Feldes der frühkindlichen Bildung sollen hier angesiedelt sein. Neben der Aufbereitung von aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnissen und Modellkonzepten und deren Transfer sollen insbesondere die praktischen Herausforderungen und deren Bewältigungsmöglichkeiten im Alltag im Mittelpunkt der Arbeit des zu schaffenden Institutes stehen. Die Erzieherinnen und Erzieher, die Leiterinnen und Leiter, die Träger von Kindertageseinrichtungen und nicht zuletzt Politik sollen einen Anlaufpunkt erhalten, welcher auf höchstem wissenschaftlichen Niveau Unterstützung und Antworten auf die Fragen bietet, die den Alltag in den Kindergärten beherrschen.

Antrag A-4: Landtagswahlprogramm Kapitel 4

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	eingereicht

Der Parteitag möge beschließen:

1 Kultur für alle

2

3 Kunst, Kultur sind ein wichtiger Teil gesellschaftlichen Lebens und der
4 Grundversorgung. Sie sorgen für Begegnungen mit Menschen und Ideen, fördern den
5 Austausch, provozieren und spiegeln und fordern die Beobachterinnen und Beobachter
6 heraus, sich mit gesellschaftlichen Themen, auch aus anderen Perspektiven,
7 auseinander zu setzen. Deshalb haben wir, DIE LINKE. Thüringen mit Beginn der Corona-
8 Pandemie unseren Schwerpunkt auf die finanzielle Unterstützung und Absicherung von
9 Institutionen und vor allem all jener Menschen in Thüringen gelegt, die diesen
10 Anspruch tagtäglich mit Leben füllen. Insbesondere der Kunst- und Kulturbereich zahlt
11 derzeit einen hohen Preis für den Schutz der Gesundheit der Bevölkerung, denn allzu
12 oft wird bei sogenannten freiwilligen Leistungen wie Kunst und Kultur zuerst der
13 Rotstift angesetzt.

14 Corona und die damit verbundenen Einschränkungen öffentlichen Lebens und persönlicher
15 Freiheiten haben die Unverzichtbarkeit von Kunst und Kultur erneut unterstrichen -
16 und gleichzeitig deren Verletzlichkeit offenbart. Die Pandemie hat vor allem Kunst-
17 und Kulturschaffende schwer getroffen. Auf der einen Seite sind Selbstständigen die
18 Aufträge und damit die Einnahmen komplett weggebrochen und auf der anderen Seite ist
19 ihnen die künstlerische Daseinsberechtigung entzogen, da keine oder kaum noch
20 Veranstaltungen stattfinden.

21 Im Bereich der Kunst und Kultur gibt es die vielfältigsten Berufe, die alle auf der
22 Rezeption und der Veranstaltung von Kultur aufgebaut sind. Die Künstlerinnen und
23 Künstler selbst, aber auch die Technikerinnen und Techniker, Agentinnen und Agenten,
24 Veranstalterinnen und Veranstalter bis hin zu Caterern.

25 All diese Menschen bilden einen wichtigen Teil unserer Möglichkeit an Kunst und
26 Kultur teilzuhaben. Sie gilt es in dieser Situation zu unterstützen.

27 Wir, DIE LINKE. Thüringen, stehen dafür ein, dass die Kunst- und Kulturschaffenden
28 mit ihren Entbehrungen nicht alleingelassen werden, sie nicht auf ihren Verlusten
29 sitzen bleiben und sie gestärkt aus diesem Tal herauskommen können.

30 Wie ein stabiles Theater stützt sich unsere Kunst- und Kulturpolitik dabei auf vier
31 Eckpfeiler:

32 **Eckpfeiler Kultur als öffentliche Daseinsvorsorge - auch und gerade in Krisen**

33 Kultur geht alle an, weil sie in Jeder und Jedem steckt und für alle da ist. Sie ist
34 lebendig, widersprüchlich, unangepasst, vielfältig, inspirierend und nicht

35 wegzudenken. Sie fordert zum Nachdenken, Innehalten und Meinung bilden auf. Kunst und
36 Kultur stecken in jedem Ort, in jedem Menschen und jedem von Menschen gemachten
37 Objekt. Burgen, Schlösser, Museen, Heimatstuben, Denkmäler, Theater und freie
38 Theatergruppen, Festivals, Orchester, Chöre und Musik- und Kunstschulen nicht nur auf
39 professioneller, sondern auch und gerade im Freizeitbereich – sind nur einige
40 Beispiele für das lebendige Kulturleben in Thüringen und dem Ausdruckswillen vieler
41 Thüringerinnen und Thüringer.

42 Und gerade weil in allem Kultur und Kunst steckt, braucht es vielfältige und autonome
43 Räume, Experimentierfelder und Refugien, um neue Impulse für ein erweitertes Welt-
44 und Gesellschaftsverständnis zu leben und zu schaffen.

- 45 • Wir werden deshalb den ticketfreien Zugang zu kulturellen Einrichtungen für
46 Kinder und Jugendliche und einen Kulturpass fördern, um Menschen mit geringem
47 Einkommen den Zugang zu kulturellen Angeboten zu erleichtern.
- 48 • Wir werden die Lücken zum Flächentarifvertrag endlich schließen und
49 verpflichtend Honorarzählungen auf tariflicher Grundlage für freie Kunst- und
50 Kulturschaffende festschreiben, damit die Selbst- und Fremdausbeutung
51 unterbunden und eine soziale Absicherung gegeben ist.
- 52 • Wir wollen die Bestände von Museen und Archiven auf Raubkunst der NS-Zeit und
53 kolonialem Erbe überprüfen lassen und dazu die Provinienzforschung stärken, ihre
54 Herkunft klären und uns mit der Herkunftsregion über den weiteren Verbleib
55 austauschen.
- 56 • Wir werden verstärkt in Digitalisierung und die kulturelle Ausgestaltung
57 öffentlicher Bibliotheken und Museen investieren, um mehr Menschen für diese
58 Angebote zu begeistern und einen einfachen Zugang zu gewährleisten.
- 59 • Wir wollen das Vergnüungsverbot an stillen Feiertagen abschaffen.

60 **Eckpfeiler kulturelle Bildung als Methode, die Welt zu verstehen**

61 Schulische und außerschulische kulturelle Bildung sind ein wichtiger Bestandteil, um
62 zu verstehen woher die Welt, in der wir leben, kommt und wohin wir gehen. Oft sind
63 künstlerische Darstellungen durch Bildende oder Performative Kunst, unsere einzigen
64 Überlieferungen. Sie unter den heutigen gesellschaftlichen Gesichtspunkten neu zu
65 entdecken, zu betrachten, sich an ihnen zu erfreuen und mit ihnen zu arbeiten, hilft
66 uns zu verstehen wer wir als Gesellschaft und als Menschheit sind.

67 Thüringen ist voll von solchen Schätzen mit unschätzbarem Wert. Sie bereichern das
68 Leben der Menschen hier und geben wichtige Impulse für unsere vielfältige
69 Kulturlandschaft, damit diese sich weiter entfalten und mit der Gesellschaft
70 auseinandersetzen kann.

- 71 • Wir wollen Angebote für alle Altersgruppen verzahnen, besser sichtbar machen und
72 Teilhabe Aller sicherstellen. Hierfür werden wir ein „Landeskonzept kulturelle
73 Bildung“ in einem partizipativen Prozess erarbeiten.
- 74 • Wir wollen die Musik- und Jugendkunstschulen als Schnittstellen zwischen Bildung
75 und Kunst mit einem Landesgesetz stärken, das Planungssicherheit und
76 Qualitätsstandards festschreibt.

- 77 • Mit dem Kulturagentinnen und -agenten-Programm wollen wir Schulen und freie
78 Künstlerinnen und Künstler thüringenweit in Kontakt bringen, um Hürden beim
79 Zugang zu Kunst und Kultur zu überwinden und junge Menschen zu ermuntern, ihrer
80 Persönlichkeit Ausdruck zu verleihen.
- 81 • Wir werden die Spielstätten- und Produktionsförderung transparent und nachhaltig
82 verankern.
- 83 • Wir wollen mit einem Diversitäts- und Gleichstellungskonzept die wachsende
84 kulturelle Vielfalt der Gesellschaft in den Bereichen Personal, Programm,
85 Publikum und Zugänge besser abbilden und kulturelle Vielfalt fördern.

86 **Eckpfeiler Breiten- und Soziokultur als Nährboden kultureller Teilhabe**

87 Breitenkultur ist ausschlaggebend dafür, dass kulturelle Teilhabe für alle ohne
88 Berührungsängste greifbar wird. Die vielfältigen künstlerischen, kulturellen und
89 sozialen Projekte und Initiativen leisten einen erheblichen Beitrag für unseren
90 sozialen Zusammenhalt und unsere Identität als Gesellschaft. Eine innovative und
91 weltoffene Gesellschaft braucht zudem Freiräume, in denen sich die sozialen,
92 kulturellen und politischen Interessen und Bedürfnisse aller Generationen und
93 Schichten begegnen können. Sie leisten als Stätten der Begegnung und des ideellen
94 Austauschs einen wichtigen Beitrag für die Akzeptanz von unausweichlichen
95 Transformationsprozessen im ländlichen Raum und in urbanen Zentren.

- 96 • Wir werden deshalb das Projektmanagerprogramm ausweiten, die tarifliche
97 Bezahlung sicherstellen und die Geschäftsstellen der Kulturverbände
98 institutionell fördern. Gleichzeitig wollen wir mehr Transparenz und
99 Einheitlichkeit hinsichtlich der Förderaspekte und diese auch mit einheitlich
100 berufenen Fachbeiräten für Förderentscheidungen sicherstellen.
- 101 • Wir werden ein zusätzliches Produktionshaus für die freie Theaterszene schaffen,
102 und verstärkt soziokulturelle Zentren fördern und in diese investieren.
- 103 • Wir wollen Breitenkultur und ihre Räume gezielt schützen und unterstützen.

104 **Eckpfeiler Kulturinstitutionen als Ausdrucks- und Mittelungsform menschlichen** 105 **Denkens und Empfindens**

106 Bibliotheken sind Bildungs- und Kulturzentren und dadurch wichtige Anziehungspunkte
107 für Jung und Alt in den Regionen Thüringens. Unsere Theater und Orchester
108 repräsentieren künstlerische Vielfalt in Tradition und Moderne. Unzählige kleine und
109 große Festivals bereichern das kulturelle Leben der Thüringerinnen und Thüringer.
110 Unsere Museen sammeln, bewahren und erforschen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft.
111 Thüringer Schlösser, Burgen und Parks sind Zeugnisse kulturellen Erbes. All dies
112 wollen wir erhalten, ausbauen, stärken und auf solide finanzielle Füße stellen.

- 113 • Wir werden deshalb die Landesfachstelle für öffentliche Bibliotheken gesetzlich
114 verankern und das Thüringer Bibliotheksgesetz novellieren, um Stellung und
115 Aufgaben der Landesbibliothek transparent und zukunftsfest zu machen.
- 116 • Wir wollen die „Stiftung Thüringer Schlösser und Gärten“ weiterentwickeln und
117 gemeinsam mit dem Bund finanziell stärken. Ebenso wollen wir die
118 erforderlichen Mittel zur Verfügung stellen, um den Abbau des Sanierungsstaus zu

119 beschleunigen.

- 120 • Wir werden die Beratungsfunktion des Museumsverbandes stärken, um den Zugang für
121 kleine Museen und Heimatstuben zu vereinfachen. Zugleich wollen wir das
122 Volontariatsprogramm für den wissenschaftlichen Nachwuchs in den Museen des
123 Freistaats ausbauen.
- 124 • Wir wollen die Thüringer Kunstmesse „artthuer“ stärken und mit dem Verband
125 Bildender Künstlerinnen und Künstler, der Kulturstiftung und weiteren
126 Partnerinnen und Partnern zu einer mitteldeutschen Kunstmesse gemeinsam mit
127 Sachsen und Sachsen-Anhalt entwickeln.
- 128 • Wir stehen für die Wahrung der vorhandenen Kulturinfrastruktur in Thüringen

Antrag A-5: Landtagswahlprogramm Kapitel 5

Antragsteller/in:	Landesvorstand
Status:	eingereicht

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Klima und Umwelt schützen - Eine andere Welt ist möglich.**

2

3 Die Wissenschaft ist sich einig: Selbst, wenn die Ziele der Pariser Klimakonferenz
4 umgesetzt würden, werden wir in den nächsten Jahren mit extremeren
5 Wettererscheinungen - einschließlich erhöhter - Temperaturen umgehen müssen. Unsere
6 Landwirtschaft, unser Wald, die Naturschätze Thüringens werden von diesen
7 Veränderungen ebenso beeinflusst wie die Wirtschaft und unser eigenes Leben.

8 Die politischen Entscheidungen der nächsten Jahre gehören deshalb zu den wichtigsten
9 in der Geschichte der Menschheit. Sie müssen die grundlegendsten Fragen unserer Zeit
10 beantworten: Wie verbinden wir Klima- und Umweltschutz mit sozialer Verantwortung,
11 wie können wir zum Wohle der Menschen zukunftsfest wirtschaften und die Natur
12 erhalten?

13 Wir, die DIE LINKE. Thüringen sehen in den Zielen der Pariser Klimakonferenz eine
14 Richtschnur, die jedoch in der Zukunft übertroffen werden muss. Wir werden auf die
15 Klimakrise reagieren, um eine zukunftsfeste und ökologische Wirtschaft zu gestalten,
16 die den Menschen nicht nur in Thüringen soziale Sicherheit und Zufriedenheit
17 ermöglicht. Die Art und Weise wie wir unser Bundesland weiterentwickeln, unsere
18 Gebäude bauen, unsere Energie erzeugen oder unseren Verkehr organisieren ist
19 entscheidend – überall dort werden wir den nachhaltigen Weg gehen und jede
20 Entwicklung im Sinne der Umwelt und der Menschen abwägen, die von den Auswirkungen
21 betroffen sind.

22 Unsere Landwirtschaft, unser Wald, Gips, Salz, Baustoffe, Wasser und weitere
23 natürliche Ressourcen sind wichtige Wirtschaftsfaktoren. Wir werden das bisherige
24 wirtschaftliche Agieren jedoch auf den Prüfstand stellen müssen und fragen deshalb:
25 Wem gehören Grund und Boden und wie wollen wir ihn zukünftig behandeln? Unter welchen
26 Umständen können wir auf unsere wertvollen Ressourcen zurückgreifen und wer soll von
27 den erwirtschafteten Gewinnen profitieren? Wohin müssen wir unsere Forschung, unsere
28 Ideen leiten – damit wir neue, konsequent nachhaltige Wege finden?

29 Die Protestierenden auf den Straßen der ganzen Welt geben der Idee der
30 Klimagerechtigkeit ein Gesicht. Viele Generationen haben schon für Klima- und
31 Umweltschutz gestritten. Neu ist der ungebrochene Wille für Veränderung, die
32 Müdigkeit über kapitalistische Zustände und die Kraft aus der breiten
33 Zivilgesellschaft, die konsequente Veränderung will. Wir, DIE LINKE. Thüringen, sind
34 Teil dieser Bewegung.

35 Wir wissen, dass die Klimakrise die Arbeitenden, die Menschen mit unsicherem
36 Einkommen und jene, denen es finanziell nicht gut geht, besonders treffen wird. Nach
37 dem Willen der gegenwärtig herrschenden Politik im Bund sollen sie zudem finanziell
38 am stärksten belastet werden, um die Krise zu bewältigen. Die Klimakrise symbolisiert
39 gegenwärtig die Gerechtigkeitsfrage wie keine andere, deshalb müssen beide zusammen
40 gedacht und gelöst werden.

41 **Unsere Vision – ein neuer sozialökologischer Gesellschaftsvertrag („Green New Deal“)**
42 **für Thüringen!**

43 Wir wollen die Potentiale der Thüringer Wirtschaft und Gesellschaft für alle Menschen
44 neu ausrichten. Eine solche Neuausrichtung muss in einem gesellschaftlich getragenen
45 „Green New Deal“, einem neuen sozialökologischen Gesellschaftsvertrag zum Ausdruck
46 kommen, der den ökologischen und sozial gerechten Umbau der Industriegesellschaft
47 konkretisiert. Seine Grundlage sind umfassende Investitionsprogramme in die Bereiche,
48 von denen die Bevölkerung am meisten profitiert und die zugleich emissionsarm sind:
49 Bildung, Soziales, Gesundheit, Umweltschutz und nachhaltiger Umbau der Wirtschaft.
50 Die Investition in die Zufriedenheit der Bevölkerung ist also grundlegend nachhaltig.

51 Diese Investitionsprogramme werden die Thüringer Wirtschaft und Gesellschaft dazu
52 befähigen, Arbeitsplätze zu entwickeln, die nicht auf begrenzte Rohstoffe angewiesen
53 sind. Es wird eine moderne, emissionsarme Wirtschaft entstehen, die soziale
54 Sicherheit schafft und das Klima schützt. Wir sind davon überzeugt, ein Green New
55 Deal wird Thüringen stärken, zukunftsfähiger machen und noch wichtiger, diese neue
56 Idee des Wirtschaftens und Lebens wird aus der Mitte der Gesellschaft heraus
57 entstehen. Dazu gehört auch eine Strategie für gute Arbeit in allen
58 Wirtschaftssektoren, die hochwertige Industriearbeitsplätze beinhaltet.

59 Ein neuer sozialökologischer Gesellschaftsvertrag (Green New Deal) hat zwei
60 Voraussetzungen:

- 61 • Erstens: Wir wollen es nicht länger akzeptieren, dass wenige Reiche von den
62 Schätzen der Natur profitieren, während die Mehrheit der Gesellschaft mit den
63 Folgen des umweltzerstörerischen Handelns leben muss. Unsere Ressourcen müssen
64 für zukünftige Generationen erhalten bleiben. Wir lehnen jede Privatisierung von
65 Wasser ab und wollen, dass die durch den Bergbau zu gewinnende Rohstoffe der
66 Allgemeinheit gehören.
- 67 • Zweitens geht es uns um die Verantwortungsfrage: Diejenigen die den größten Teil
68 der Klimakatastrophe herbeigeführt haben, müssen den größten Beitrag leisten um
69 sie abzuwenden. Wir werden deshalb Subventionen für Umwelt- und Klimaschädliche
70 Wirtschaft abbauen und gleichzeitig die Konversion zu ökologischer Produktion
71 bezuschussen.

72 Wenn es gelingt, diesen sozialökologischen Gesellschaftsvertrag zu verwirklichen,
73 wird aus der Klimakrise eine Chance für einen nachhaltigen Wandel unserer Umwelt und
74 Gesellschaft. Die Angst um eine gesicherte Existenz wird der Hoffnung weichen, wenn
75 wir in moderne Energiewirtschaft, nachhaltige Landwirtschaft, umweltbewusste
76 Landesentwicklung investieren und Mobilität neu denken. Ein Thüringer Green New Deal
77 wird konjunktursicher sein. Wir sehen Klimaschutz als zentrales Ziel einer

78 zufriedenen Gesellschaft.

79 **Konsequenzen aus dem Klimawandel**

80 Gemeinsam mit unseren Koalitionspartnern haben wir, DIE LINKE. Thüringen,
81 Konsequenzen aus dem Klimawandel gezogen. Mit dem Thüringer Klimagesetz, unserer
82 Nachhaltigkeitsstrategie zur Umsetzung der Agenda 2030 und des Weltklimavertrages,
83 sowie dem Landesprogramm Hochwasserschutz 2016 –2021 sind wir erste Schritte
84 gegangen, die wir fortsetzen wollen. Wir werden uns dabei insbesondere für die
85 Umsetzung des Klimagesetzes einsetzen, mit dem wir bereits bis 2030 eine
86 klimaneutrale Landesverwaltung als Vorbild schaffen.

87 Wir werden den Naturschutz weiter stärken, indem zum Beispiel die
88 Biodiversitätsstrategie fortgeführt und das Netz der Natura 2000-Stationen weiter
89 gefördert wird.

90 Wir wollen zum Schutz der Böden den Flächenverbrauch weiter reduzieren. Dazu sollen
91 bei notwendigen Eingriffen in Natur und Landschaft Ausgleichsmaßnahmen, wie die
92 Entsiegelung von Flächen, vor Ausgleichszahlungen oder Entzug landwirtschaftlicher
93 Nutzfläche gehen.

94 **Wasserversorgung und Abwasserentsorgung sichern**

95 Viele Thüringerinnen und Thüringer sorgen sich aufgrund des Klimawandels um die
96 grundlegenden Versorgungsstrukturen. Die Sicherung der Wasserversorgung hat für uns
97 deshalb höchste Priorität. Gleichzeitig ist die Frage der Abwasserentsorgung ein
98 „Dauerbrenner“ in unserem Land.

- 99 • Wir unterstützen die Thüringer Fernwasserversorgung bei neuen Geschäftsfeldern
100 wie Energieerzeugung mit Windenergie und Photovoltaik und der Erschließung von
101 Speicherpotentialen. Die Mehrfachnutzung vorhandener technischer Anlagen steigert
102 die Wirtschaftlichkeit bei geringem Umweltverbrauch.
- 103 • Wir wollen den Zustand überwinden, dass in Thüringen noch immer eine
104 Zweiklassengesellschaft beim häuslichen Abwasser besteht. Die
105 Abwasserzweckverbände sollen in ihrem Gebiet die Abwasserentsorgung entsprechend
106 der gesetzlichen Vorgaben für alle Haushalte übernehmen und die jeweils
107 ökonomisch günstigste, gesetzlich notwendige Variante wählen. Der Zweckverband
108 wählt die beste Option, sei es die zentrale Kläranlage, eine Gemeindeanlage,
109 Kleinkläranlage oder auch Sammlung und Abholung der Abwässer. Wir wollen auch im
110 Abwasserbereich eine solidarische Gemeinschaft. Die Zweckverbände erhalten
111 Fördermittel für die ökologisch und ökonomisch beste Variante. Wir wollen die
112 Förderquote erhöhen und Investitionen gerecht finanzieren. Damit werden wir die
113 Benachteiligung ländlicher Räume gegenüber städtischen Räumen endlich
114 überwinden.
- 115 • Wir werden für nicht mehr benötigte Trinkwassertalsperren Nachnutzungskonzepte
116 erarbeiten. Die sogenannten herrenlosen Speicher werden ein wichtiger Baustein
117 sein, auch in den Dürrejahre die Wasserversorgung zu sichern und der
118 Landwirtschaft zu helfen.

119 **Abfälle vermeiden und Ressourcen schonen**

120 Der ökologische Fußabdruck des Menschen hat mit der Plastikinsel im Pazifik ein neues
121 Gesicht bekommen. In Kleinstpartikeln kommen Kunststoffe immer wieder zu uns zurück
122 und verursachen Gesundheitsprobleme. Gemeinsam mit unseren Koalitionspartnern haben
123 wir mit dem neuen Thüringer Abfallgesetz die rechtliche Grundlage für eine
124 ökologischere Abfallwirtschaft, einen besseren Ressourcenschutz gelegt und die
125 Weichen in Richtung Kreislaufwirtschaft gestellt. Im Bundesrat werden wir uns für
126 längere verpflichtende Nutzungszeiten für technische Geräte und für deren
127 Reparierbarkeit einsetzen.

128 Wir, DIE LINKE. Thüringen werden uns auch weiterhin dafür einsetzen, dass der Bund
129 sich wieder an der Finanzierung der kostenintensiven Altlastensanierung des
130 Kalibergbaus und des ehemaligen Teerverarbeitungswerkes Rositz beteiligt. Auch für
131 Altschäden des Uranbergbaues, die nicht von der derzeitigen Wismutsanierung abgedeckt
132 sind, muss der Bund mit in die Finanzierung gehen.

- 133 • Wir werden darum kämpfen, dass Kalibergbaunternehmen „K+S AG“ die
134 Umweltbelastung stark reduziert. Der massive Anfall salzhaltiger Abfälle der
135 Kaliindustrie in Thüringen und Hessen ist ein großes ökologisches Problem,
136 belastet die Werra und das Grundwasser der Region stark. Wir fordern, dass K+S
137 in eine haldenfreie und abwasserärmere Produktion investiert. Die bisherigen
138 Salzabfälle können auch als Rohstoffe genutzt werden! Entsprechende Verfahren
139 wurden z.B. von der Firma K-UTEC entwickelt. Diese Investitionen sichern die
140 Arbeitsplätze der Kumpel dauerhaft und sorgen für umweltfreundliche
141 Kalisalzproduktion. Sie sichern wertvolle Rohstoffe wie Magnesium und reduzieren
142 die Notwendigkeit der Steinsalzgewinnung in anderen Bergwerken.
- 143 • Wir fordern, dass K+S die Verpressung des Kaliabwassers in den Untergrund
144 beendet und innerhalb von 5 Jahren die Menge der anfallenden Laugen mehr als
145 halbiert. Bei der geplanten Einleitung von Kaliabwässern in die Grube Springen
146 muss sich K+S angemessen an den Kosten beteiligen. Die Sicherheit der
147 Bevölkerung der Region hat für uns bei dieser Planung oberste Priorität! Wir
148 fordern einen Sicherungsfonds für Unterbreizbach und für jeden anderen
149 Bergbaustandort einzurichten, wie er laut Bundesberggesetz möglich ist. Die
150 jetzige Praxis bilanzieller Rückstellungen in Form von Betriebsmitteln ist keine
151 ausreichende Sicherheit für notwendige Sanierungen in der Nachbergbauphase.
- 152 • Ein Nebenprodukt der Braunkohleförderung ist die Erzeugung von Gips. Das
153 bevorstehende Aus für die Braunkohle darf nicht dazu führen, dass der notwendige
154 Bedarf an Gips künftig zu verstärktem Gips-Raubbau führt. Daher setzen wir uns
155 für den vermehrten Einsatz von Recyclinggips ein und unterstützen die Forschung
156 – auch mit Bundesmitteln, um aus dem jetzigen Abraum-Anhydrit zukünftig Gips zu
157 gewinnen. Damit soll die Nutzungsdauer der Gipslagerstätten verlängert und die
158 Erschließung neuer Abbaugebiete, zu Schutz des Biosphärenreservats Südharz
159 verhindert werden.

160 **Energieerzeugung und -versorgung: 100 Prozent regenerative Energie**

161 Ausreichend Energie in Form von Strom, Wärme und Brennstoffen ist für uns Menschen
162 selbstverständlich. Wir benötigen sie zum Kochen, zum Waschen, Heizen, zur

163 Produktion, für Licht, für die Mobilität oder um uns digital zu vernetzen. Welche
164 Energie wir in Zukunft nutzen, darüber wird auch in Thüringen seit Langem gestritten.
165 Atomkraftnutzung ist riskant und teuer, die Lagerung des Atommülls ist nach wie vor
166 unklar. Folgerichtig wird im Jahr 2022 das letzte deutsche Atomkraftwerk
167 abgeschaltet. Trotzdem wird uns die problematische Suche nach einem langzeitsicheren
168 Endlager für hoch radioaktive Abfälle begleiten und Konflikte hervorrufen. Die
169 Kohleverstromung ist eine Hauptquelle des CO₂ Ausstoßes und belastet die Umwelt mit
170 Landschaftsverbrauch und Quecksilberausstoß. Deshalb kämpfen wir für ein Ende der
171 Kohleverstromung bis zum Jahr 2030. Gemeinsam mit unseren Koalitionspartnern haben
172 wir als Rot-Rot-Grüne Koalition die Förderung demokratischer, dezentraler Strukturen
173 der regenerativen Energieerzeugung auf den Weg gebracht.

174 Der Ausbau der erneuerbaren Energien ist ins Stocken geraten. Wir, DIE LINKE.
175 Thüringen plädieren für mehr eine größere Ehrlichkeit in der Debatte. Jede Form der
176 Energiebereitstellung, auch die von erneuerbaren Energien, bedeutet einen Eingriff in
177 die Natur. Die Wasserkraft beeinträchtigt die Fischfauna, den Gesteintransport im
178 Gewässer und kann zu zusätzlichen Methanbildungen führen. Die Windkraft hat
179 Auswirkungen auf die Vogel- und Fledermauspopulationen und stört das Landschaftsbild.
180 Auch die Photovoltaik wird zum Problem, wenn sie nicht auf Dächern gebaut wird,
181 sondern wertvolle Flächen einnimmt.

182 Wir sehen trotzdem in den ausschließlich regenerativen Quellen - Sonne, Wind, Wasser
183 und Biomasse - den einzig nutzbaren Weg der CO₂-neutralen Energieversorgung. Sie
184 stehen nahezu unbegrenzt zur Verfügung und ihre Nutzung ist im Vergleich zum
185 Verbrennen fossiler Energieträger weit weniger umwelt- und klimabelastend.

186 • Wir, DIE LINKE. Thüringen, setzen uns für eine regionale und dezentrale
187 Energieerzeugung aus 100 Prozent erneuerbaren Energiequellen ein und damit auch
188 für regionale Wertschöpfung. Dazu gehört auch die Nutzung von Windenergie auf
189 Flächen in Wirtschaftswäldern, die durch Sturm- und Insektenschäden derzeit Baum
190 frei sind. Diese oft windreichen Standorte sind entfernt von Siedlungen, und die
191 Pachtsummen für Windkraftanlagen bringen den Waldbesitzern dringend benötigte
192 Einnahmen für den Waldumbau. Deshalb werden wir keinem Gesetz zustimmen, das
193 pauschal alle Waldflächen für die Erzeugung von Windenergie sperren will.

194 • Wir wollen ein Energiesystem so dezentral wie möglich und so zentral wie nötig.
195 Wir wollen über kommunale und genossenschaftliche Strukturen regionale
196 Wertschöpfung stärken und die Macht der Energiekonzerne brechen.
197 Übertragungsnetze sichern weder das Energiesystem bei Strommangel, noch sind sie
198 eine preiswerte Möglichkeit regionale Stromüberschüsse zu nutzen. Der derzeit
199 geplante Übertragungsnetzausbau treibt die Stromkosten in die Höhe und
200 zementiert die Macht der Energiekonzerne. Süd- und Südostlink, der Thüringen als
201 Energie-Transferland festschreiben, lehnen wir ab. Wir stehen damit Seite an
202 Seite mit Initiativen der Bürgerinnen und Bürger sowie der Rot-Rot-Grünen
203 Landesregierung. Es ist unsozial, dass Thüringerinnen und Thüringer über die
204 Netzentgelte europäischen Stromhandel, niedrigere Industriestrompreise in Bayern
205 und Spekulationen an der Strombörse bezahlen müssen. Die geplanten
206 überdimensionierten Trassen stellen einen immensen Eingriff in die Natur dar.

- 207 Deshalb legen wir mit alternativen Energiekonzepten insbesondere einen
208 Schwerpunkt auf die Dezentralität in der Energieerzeugung.
- 209 • Wir wollen, dass die Thüringer Potenziale der Pumpspeicherkraftwerke umfassend
210 genutzt werden, denn Speicher sind für eine funktionierende, erneuerbare
211 Energiewirtschaft unabkömmlich. Pumpspeicher können Netze stabilisieren und
212 Erzeugungs- und Verbrauchsspitzen abfedern. Darüber hinaus werden wir uns für
213 technologieoffene Speichersysteme einsetzen, die als Langzeitspeicher dienen.
214 Wir setzen auf Sektorkopplung, auf Verknüpfung von Strom-, Gas- und Wärmenetzen,
215 auf die Mitbetrachtung der Flexibilitätspotentiale beim Energieverbrauch in
216 Industrie, Handwerk und Verkehr. Wir wollen, dass auch die in Thüringen
217 entwickelten Wasserstofftechnologien ein verbindendes Element zwischen den
218 verschiedenen Sektoren werden. Nicht zuletzt, weil Anlagen für
219 Wasserstoffelektrolyse und Wasserstoffmotoren eine Zukunftsperspektive für die
220 Thüringer Automobilzulieferer jenseits der klassischen Autoproduktion bieten.
 - 221 • Wir werden uns dafür einsetzen, dass Kommunen, in denen erneuerbarer Strom
222 produziert wird, dafür garantierte zusätzliche Einnahmen erhalten. Z.B. durch
223 einen Windkraftcent je erzeugter Kilowattstunde Windstrom an die Kommunen in der
224 Umgebung.
 - 225 • Wir werden uns auch zukünftig dafür einsetzen, dass alle Menschen in Thüringen
226 Zugang zu Energie haben, denn die Versorgung mit Strom und Wasser ist
227 Daseinsvorsorge. Strom- und Heizungsabschaltungen müssen der Vergangenheit
228 angehören. Gleichzeitig wollen wir, dass für die energieintensive Industrie
229 Rabatte beim Strompreis nur gewährt werden, wenn 1. sonst Wertschöpfung ins
230 Ausland zu schlechteren Umweltkonditionen abwandern würde 2. verbindliche
231 Energieeffizienzmaßnahmen umgesetzt werden und 3. Maßnahmen zur Entlastung des
232 Stromsystems ergriffen werden durch stärkeren an flexible Erzeugung angepassten
233 Verbrauch.
 - 234 • Wir setzen uns für ein Preissystem bei Energie ein, das Sparen von Strom und
235 flexiblen Verbrauch belohnt und die Umlagen gerecht verteilt. Wir wollen, dass
236 nicht nur Verbraucherinnen und Verbraucher, sondern auch Stromerzeuger und
237 Händler sich an den Kosten des Energiesystems beteiligen. Das jetzige System der
238 Lastenverteilung im Stromsektor muss beendet werden. Es ist sozial ungerecht.
 - 239 • Wir kämpfen mit guten Gründen gegen ein Atommüllendlager in Thüringen. Deshalb
240 bringen wir uns künftig noch stärker im nationalen Begleitgremium der
241 Bundesgesellschaft für Endlagerung ein. Als ehemaliges Wismut-Bergbauebiet
242 haben wir bereits dauerhaft mit dem absolut größten Volumen an radioaktiven
243 Altlasten zu kämpfen. Das Absetzbecken Culmitsch und die verwahrten Halden
244 beinhalten über 100 Millionen Kubikmeter radioaktiv- und schwermetallbelastete
245 Rückstände. Die Halden und das Absetzbecken müssen über Jahrhunderte betreut und
246 gesichert werden. Hinzu kommt, dass die Geologie Thüringens bestenfalls 2. Wahl
247 für die Sicherheit über 1 Million Jahre darstellt. Thüringen leistete mit den
248 Wismutaltlasten bereits seinen Teil der Atommülllagerung und letztlich sollten
249 die Bundesländer, die jahrzehntelang von Atomkraftwerken profitiert haben, jetzt

250 ihrer Verantwortung für Atommüll gerecht werden und atomare Abfälle in ihren
251 geeigneten Standorten einlagern.

252 **Ökologischer und nachhaltiger Umbau: Nicht gegen, sondern mit der Landwirtschaft**

253 In Thüringen wird mehr als die Hälfte der Fläche landwirtschaftlich genutzt. Die
254 meisten Agrarbetriebe und ihren Beschäftigten bewältigen eine Vielfalt von Aufgaben:
255 die Erzeugung hochwertiger Lebensmittel, den Erhalt und die Pflege der
256 Kulturlandschaften, den Anbau nachwachsender Rohstoffe für ihre stoffliche und
257 energetische Verwertung, die Bereitstellung von Wärme und Strom, die Verarbeitung und
258 Vermarktung der eigenen Produkte. Die Thüringer Landwirtschaft ist somit ein
259 zentrales Element und der Motor der Entwicklung im ländlichen Raum, der unser Land
260 prägt.

261 Gleichzeitig sind auch die Thüringer Bäuerinnen und Bauern besonders stark von den
262 globalen klimatischen Veränderungen betroffen. Die Dürre-Sommer der letzten Jahre
263 zeigen, die Landwirtschaft und die Landwirtschaftspolitik müssen sich auch in
264 Thüringen verändern. Doch diese Veränderungen gehen nur gemeinsam mit den Bäuerinnen
265 und Bauern und nicht gegen sie. Wir, DIE LINKE. Thüringen, wollen sie in diesem
266 Veränderungsprozess hin zu einer ökologischen und nachhaltigen Landwirtschaft
267 politisch und gesellschaftlich unterstützen, denn die Landwirtschaft hat als
268 klimaabhängige Nutzerin der Natur letztlich selbst das größte Interesse an Klima- und
269 Umweltschutz.

270 Wir, DIE LINKE. Thüringen sehen in der Orientierung der deutschen und europäischen
271 Landwirtschaftspolitik auf eine international „wettbewerbsfähige“ landwirtschaftliche
272 Warenproduktion das größte Hindernis für den dringend erforderlichen ökologischen und
273 nachhaltigen Umbau der Landwirtschaft. Die mit der Exportpolitik verbundene
274 Intensivierung der Produktionsverfahren zieht ökologische und soziale Folgeprobleme
275 nach sich. Durch marktbeherrschende Handelsketten, landwirtschaftsfremde
276 Finanzinvestoren, Bodenspekulation und ein Preisniveau, das lokale
277 Landwirtschaftsbetriebe ruiniert, verschwinden Arbeitsplätze und die regionale
278 Verwurzelung geht verloren. Anbau erfolgt nach Weltmarkterfordernissen, Fruchtfolgen
279 sind eingeschränkt.

280 Wir setzen als Alternative zu dieser Entwicklung auf eine am Gemeinwohl orientierte,
281 sozial gerechte, ökologische und nachhaltige Landwirtschaft mit dem Schwerpunkt
282 regionaler Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung. Hierfür haben wir gemeinsam mit
283 unseren Koalitionspartnern versucht, mit den begrenzten landespolitischen
284 Möglichkeiten verlässliche Rahmenbedingungen zu setzen. Wir stehen zu den
285 Agrargenossenschaften und lehnen Überlegungen der EU ab, die Prämien bei gemeinsam
286 bewirtschafteten Agrarflächen von der Betriebsgröße abhängig zu machen. Nicht die
287 Größe eines landwirtschaftlichen Betriebes, sondern die Art und Weise der
288 Bewirtschaftung ist entscheidend. Deshalb setzen wir auf eine faire Finanzierung der
289 ökologischen Leistungen und auf eine Förderpolitik, die sichere Einkommen, gute
290 Arbeitsbedingungen und sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze in der
291 Landwirtschaft sichert. Wir unterstützen regionale Wertschöpfung durch die
292 Kooperation aller Anbieterinnen und Anbieter in möglichst kurzen Versorgungsketten.

293 Wir wollen, dass die Bundesregierung die Spielräume, welche durch die Gemeinsame
294 Agrarpolitik (GAP) der EU bestehen, ausschöpft. Wir fordern eine Gemeinwohlprämie, um
295 die soziale und ökologische Entwicklung der Landwirtschaft zu stärken und den
296 bürokratischen Aufwand zu reduzieren. Die EU-Förderung muss schlechter gestellte
297 Betriebe, insbesondere in weniger ertragreichen Gebieten, im Sinne einer
298 flächendeckenden Landwirtschaft angemessen berücksichtigen.

- 299 • Wir werden die Direktvermarktung unterstützen, um die Thüringer Landwirtschaft
300 besser vor dem Druck der Handelsketten zu schützen und die Umwelt zu schonen.
301 Damit erhalten Thüringerinnen und Thüringer einen leichteren Zugang zu gesunden,
302 regional und ökologisch produzierten Lebensmitteln. Wir wollen kommunale
303 Einrichtungen und Landeseinrichtungen dazu motivieren, dass ihre Küchen und
304 Kantinen dauerhaft regionale Lebensmittel abnehmen.
- 305 • Wir wollen die Humusanreicherung im Boden unterstützen, um die Fruchtbarkeit und
306 Wasserspeicherfähigkeit des Bodens zu erhalten und zu verbessern. Dafür
307 unterstützen wir die anwendungsorientierte Agrar- und Gartenbauforschung und
308 Beratung unserer landwirtschaftlichen Betriebe. Dabei geht es uns um ein Dünge-
309 und Bodenmanagement, das den Erfordernissen des Natur- und Klimaschutzes gerecht
310 wird. Wir wollen den Einsatz von Pestiziden und anderen schädlichen
311 Düngungsverfahren zurückdrängen. Den Einsatz des Totalherbizids Glyphosat haben wir
312 im kommunalen und privaten Bereich untersagt und setzen uns für ein EU-weites
313 Verbot von Totalherbiziden ein.
- 314 • Wir werden die landwirtschaftlichen Betriebe bei den notwendigen Investitionen
315 und Umstellungen auf eine größere Vielfalt von Ackerkulturen unterstützen, um
316 sie sowohl gegenüber Marktschwankungen als auch den Auswirkungen des
317 Klimawandels widerstandsfähiger zu machen.
- 318 • Wir wollen Projekte starten, mit denen ehemalige Be- und Entwässerungsanlagen in
319 der Landwirtschaft (Melioration) wiederhergestellt werden, um zukünftig mehr
320 Flächen bewässern zu können, aber auch um Starkregen besser zurückzuhalten. Wir
321 werden uns für ein Förderprogramm "Melioration" des Bundes einsetzen und
322 Landesmittel bereitstellen.

323 **Ackerland in Bäuerinnen- und Bauernhand**

324 Boden ist keine Ware, sondern natürliche Lebensgrundlage. Neben Wasser und Saatgut
325 ist der Boden die zentrale Produktionsgrundlage der Landwirtschaft. Da verfügbarer
326 Boden immer knapper wird, steigt die Bodenrendite für viele Landeigentümerinnen- und
327 -eigentümer. Ackerboden gerät immer stärker in den Blick spekulativer Finanzströme.

328 In Ostdeutschland wird der Effekt durch den politischen Auftrag verstärkt, ehemals
329 volkseigenen Boden zu Höchstgeboten an Investoren zu verkaufen. Vor allem die
330 Bodenspekulanten profitieren von dieser Entwicklung, während die produktiv tätigen
331 Bäuerinnen und Bauern steigenden Boden- und Pachtpreisen konfrontiert sind.

332 Böden sind jedoch nicht nur Wirtschaftsgut. Sie sind genauso für den Erhalt der
333 biologischen Vielfalt von Bedeutung. Je nach Art ihrer Bewirtschaftung tragen sie zum
334 Erhalt oder zur Reduzierung der Artenvielfalt bei. Ihre Beschaffenheit entscheidet,

335 ob sie aus der Atmosphäre große Mengen Kohlenstoff aufnehmen können. Sie sind somit
336 ein wichtiger Faktor beim Kampf gegen die Erderwärmung. Gesunde Böden nutzen nicht
337 zuletzt auch der Landwirtschaft selbst. Sie sind Basis für eine langfristige
338 Produktivität, ohne Unmengen von Düngern einsetzen zu müssen.

339 • Wir, DIE LINKE. Thüringen haben einen Gesetzentwurf für ein „Gesetz zum Schutz
340 der heimischen Landwirtschaft im Freistaat Thüringen“ vorgelegt, mit dem wir der
341 anhaltenden Spekulation und zunehmende Konzentration mit landwirtschaftlichem
342 Boden (Landgrabbing) Einhalt gebieten und die heimischen Landwirtschaftsbetriebe
343 schützen wollen. Wir werden uns für die Einführung eines solchen Gesetzes massiv
344 einsetzen. Dabei geht es uns um den Erhalt der gewachsenen Agrarstrukturen in
345 Thüringen und darum, auch künftig Menschen zu ermöglichen, sich dafür zu
346 entscheiden, einen landwirtschaftlichen Betrieb zu gründen oder diesen zu
347 entwickeln.

348 • Wir wollen den weiteren Ausverkauf von land- und forstwirtschaftlichen Flächen
349 verhindern und sie für die regionale Land- und Forstwirte erhalten. Wir wollen
350 deshalb das bereits von uns geschaffene forstwirtschaftliche Vorkaufsrecht mit
351 einem Leitbild untersetzen und das landwirtschaftliche Vorkaufsrecht stärken.
352 Die Steigerung von Boden- und Pachtpreisen ist weiter zu begrenzen und
353 Bodenspekulation zu verhindern. Wir wollen den Zugang zu Grund und Boden
354 denjenigen ermöglichen, die ihn auch bearbeiten.

355 • Die Privatisierung der verbliebenen ehemals volkseigenen Flächen in
356 Ostdeutschland muss gestoppt werden. Die Flächen sollen kostenfrei in das
357 Eigentum der Länder übergehen, öffentliches Eigentum bleiben und langfristig
358 verpachtet werden.

359 **Tierwohl mit Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit verbinden**

360 Die Tierhaltung steht in einem besonderen Spannungsfeld zwischen tiergerechter
361 Haltung, anderen gesellschaftlichen Wünschen und Erfordernissen auf der einen und
362 wirtschaftlich-technischer Machbarkeit sowie Gewinnerwartungen auf der anderen Seite.
363 Gemeinsam mit unseren Koalitionspartnern haben wir eine Thüringer Tierwohlstrategie
364 auf den Weg gebracht, die die Landwirtinnen und Landwirte mit entsprechenden
365 Fördermaßnahmen dabei unterstützt, die erhöhten Anforderungen einer tiergerechten
366 Haltung erfüllen zu können.

367 Wir, DIE LINKE. Thüringen, wollen einen sozial verträglichen Umbau der Tierhaltung zu
368 mehr Tierwohl und Umweltschutz. Wir unterstützen die flächengebundene Tierhaltung von
369 bis zu 2 Großvieheinheiten je Hektar, damit sich die Zahl der Tiere an der
370 Naturverträglichkeit bemisst. Damit stärken wir betriebliche Kreisläufe und erreichen
371 eine Tierhaltung, deren Futtermittel in der Region angebaut und deren
372 Hinterlassenschaften als organischer Dünger vollumfänglich genutzt werden.

373 Die Corona-Pandemie hat uns nachdrücklich die problematischen Konsequenzen der
374 industriellen Fleischverarbeitung unter unwürdigen Arbeitsbedingungen sowohl für die
375 Beschäftigten als auch letztlich die Verbraucherinnen und Verbraucher aufgezeigt.

376 • Wir werden die regionale Schlachtung, Verarbeitung und den Verkauf von Tieren

- 377 verstärkt fördern. Dezentrale Schlachthöfe und damit Transportwege beugen auch
378 der Ausbreitung von Pandemien vor. Die regionalen Kreisläufe aus Tierzucht,
379 Schlachtung, Fleischverarbeitung und Handel wollen wir deshalb mit Fördermitteln
380 unterstützen.
- 381 • Nach Milchkrise und Dürre fehlen vielen Betrieben die Mittel, um weitere
382 Schritte für tiergerechte Haltung und weitere Maßnahmen anzugehen. Hierzu müssen
383 die Förderhöchstsätze angepasst werden. Entscheidend ist das Wohl jedes Tieres
384 und nicht die Anzahl der Tiere in einem Betrieb. Für uns kommt es auf die
385 Haltebedingungen an. Darauf wollen wir in der bundespolitischen Debatte Einfluss
386 nehmen. Der Aufenthalt von Sauen in Kastenständen soll deutlich reduziert
387 werden. In der Tierhaltung sollen Außenklimareize ermöglicht und alternative
388 Haltungsformen wie die Offenstallhaltung vorangetrieben werden.
 - 389 • In den letzten 3 Jahre hat die extreme Trockenheit viele Agrarbetriebe in
390 Existenznot gebracht. Staatliche ad-hoc-Hilfen sind kein probates Mittel, um die
391 landwirtschaftlichen Unternehmen nachhaltig vor den finanziellen Folgen des
392 Klimawandels zu schützen. Neben klimafreundlicher und ökologischer
393 Bewirtschaftung brauchen wir günstigere und effektivere Möglichkeiten einer
394 staatlichen Unterstützung für Agrarbetriebe in Notzeiten. Deshalb setzen wir uns
395 für ein staatlich gefördertes einzelbetriebliches Risikomanagement bei
396 Agrarbetrieben ein. Ein geringerer Steuersatz für Agrarversicherungen, die
397 Förderung von Mehrgefahrenversicherungen und eine steuerliche Risikorücklage
398 sind geeignete Mittel vor allem um unsere kleinen und mittelständischen
399 Agrarbetriebe nachhaltig vor klimabedingten Risiken abzusichern. Eine
400 steuerliche Risikoausgleichsrücklage bedeutet den Aufbau einer betrieblichen
401 Risikorücklage, die im Notfall zur Minimierung existentieller Risiken zur
402 Verfügung steht. Das erhöht die Sicherheit für die Betriebe und im Ergebnis die
403 teuren ad-hoc-Maßnahmen von Bund und Ländern überflüssig machen.
 - 404 • Wir unterstützen soziale und ökologische Projekte landwirtschaftlicher Betriebe
405 zur Diversifizierung/ zum Aufbau neuer Betriebszweige wie der, Agroforstsysteme,
406 Bauernhofpädagogik und Solidarische Landwirtschaft. Neue Betriebszweige stärken
407 die Betriebe wirtschaftlich, schaffen einen engeren gesellschaftlichen Austausch
408 und sind ökologisch nachhaltig.
 - 409 • Wir werden Landschaftspflege und Grünlandnutzung durch Weidetiere als eine
410 besonders ressourcen- und klimaschonende Bewirtschaftung mit einer
411 Weidetierprämie unterstützen und das Schaf-Ziegen- Förderprogramm von Rot-Rot-
412 Grün fortsetzen und ausbauen.
 - 413 • Die Weidetierhalterinnen und -halter sollen dauerhafte Unterstützung für
414 wolfssichere Schutzzäune und Herdenschutzhunde erhalten. Für die Regulierung von
415 Nutztierrissen wollen wir unbürokratische Regeln, egal ob verwilderte Hunde oder
416 Wölfe die Verursacher sind, es soll entschädigt werden. Das spart Kosten für
417 teure Tests und Bürokratie und erhöht die Akzeptanz für Wölfe.
 - 418 • Ebenso unterstützen wir den Anbau einheimischer Eiweißfuttermittel und von
419 Hülsenfrüchten für die Herstellung von Fleischersatzprodukten. Wir begrüßen,

420 dass bedrohte Tierarten wie Biber, Fischotter und Reiher wieder zunehmend in
421 Thüringen zu Hause sind. Die hieraus resultierenden landwirtschaftlichen Schäden
422 werden wir ausgleichen und die Betriebe mit vorbeugenden Maßnahmen unterstützen.
423 Die seit 2017 geltende Kormoranverordnung behalten wir bei.

424 • Wir unterstützen die Arbeit der Thüringer Fischer- und Angelverbände mit
425 fachlicher Beratung und beim Erhalt der Gewässer. Ohne ihren Einsatz wären viele
426 bedrohte Fischarten und Muscheln ausgestorben.

427 • Wir setzen uns dafür ein, dass zukünftig mehr alternative, vegetarische und
428 vegane Produkte vor Ort produziert werden, damit Jede und Jeder die Art der
429 eigenen Ernährung für sich entscheiden kann.

430 • Wir wollen das Wegwerfen von Lebensmitteln reduzieren und fordern, dass
431 Containern nicht bestraft wird.

432 **Tierschutz in Thüringen konsequent umsetzen**

433 Die Thüringer Rot-Rot-Grüne Landesregierung hat den Tierschutz und das Tierwohl in
434 Thüringen in der vorangegangenen Legislatur vorgebracht, um das in der Thüringer
435 Verfassung verankerten Staatsziel Tierschutz verwirklichen zu können. Dies betrifft
436 die Tiere in der Landwirtschaft, in der Lehre, Heim- als auch Wildtiere. Es gilt die
437 Einhaltung des Tierschutzgesetzes als Maßstab, um Schmerzen, Leiden und Schäden bei
438 Tieren abzuwenden.

439 **Heimtiere, Wildtiere, Tierversuche**

440 Wir wollen, dass die in der vorangegangenen Legislatur durch uns und unsere
441 Koalitionspartner erfolgte Unterstützung des ehrenamtlichen Tierschutzes im
442 Heimtierbereich fortgesetzt wird. Die Arbeit der Tierheime und Tierschutzvereine muss
443 auch in Zukunft gesichert sein. Die Fundtierunterbringung in den Tierheimen ist eine
444 kommunale Pflichtaufgabe und darf nicht länger zu Lasten des ehrenamtlichen
445 Tierschutzes finanziert werden. Hierzu bedarf es einer verlässlichen institutionellen
446 Förderung des Landes.

447 • Wir treten für eine Kennzeichnungs- und Registrierungspflicht bei Katzen ein, um
448 aufgefundene Katzen ihren Halterinnen und Haltern unverzüglich zurückgeben zu
449 können. Tierschutzvereine und Tierheimvereine sollen weiterhin finanzielle
450 Zuweisungen in mindestens einer Höhe von 150.000 Euro jährlich für ihre
451 Aufwendungen im Rahmen von Kastrationen von herrenlosen Straßenkatzen erhalten.

452 • Wir wollen den von uns und unseren Koalitionspartnern initiierten tierärztlichen
453 Notfalldienst weiter fortsetzen. Die Einrichtung einer zentralen Notrufnummer
454 dient der Sicherstellung einer adäquaten tierärztlichen Versorgung in Notfällen
455 sowie des Tierwohls und Tierschutzes bei Heim- und Nutztieren.

456 • Wir setzen uns für die Errichtung von tierschutzgerechten Wild-Taubenschlägen
457 nach dem Vorbild des Augsburger Modells ein, um Betreuung, Fütterung und
458 Populationskontrolle von Tauben zu gewährleisten. Dies trägt maßgeblich zur
459 Verbesserung der Sauberkeit in den Städten bei und vermeidet Kosten für
460 Vergrämuungsmaßnahmen.

461 • Wir fordern ein Verbot von Tierversuchen, die starke und langanhaltende

462 Schmerzen für die Tiere bedeuten. Langfristig muss der Tierverbrauch in der
463 Lehre beendet und durch Alternativmethoden ersetzt werden.

464 • Um die Einhaltung der geltenden Tierschutzbestimmungen durchzusetzen, hat die
465 Rot-Rot-Grüne Landesregierung eine Zentrale Kontrolleinheit gegründet, die die
466 kommunalen Veterinärämter bei ihren Kontrollen unterstützt und die Durchführung
467 der Kontrollen thüringenweit zu vereinheitlichen hilft. Wir werden, um diese
468 Kontrollen zu verstetigen, eine ausreichende personelle Ausstattung in diesem
469 Bereich auf Landes- und der kommunalen Ebene sicherstellen.

470 • Wir wollen ein vollumfängliches Klagerecht für Verbände im Bereich Tierschutz
471 einführen und befürworten die Etablierung eines verpflichtenden, EU-weit
472 gültigem Tierschutzlabels. Bis zur EU-weiten Umsetzung soll ein nationales,
473 verpflichtendes Label gelten.

474 **Wild, Wald und Jagd im Zusammenhang eines funktionierenden Ökosystems begreifen**

475 Die Interessen von Naturschützerinnen und -schützern, Waldbesitzerinnen und -
476 besitzern, Landwirtinnen und Landwirten stehen sich in Fragen des Verhältnisses von
477 Tier, Wald und Landwirtschaft oft gegenüber. Hinzu kommen jagdliche und kommerzielle
478 Interessen, die im Gegensatz zu Tierschutz-Auffassungen stehen. Wir, DIE LINKE.
479 Thüringen, sehen die Jagd als Teil eines naturnahen, verantwortungsvollen
480 Wildtiermanagements und als Voraussetzung für einen erfolgreichen Waldumbau. Sie muss
481 das Ziel haben, dem Naturraum angepasste und gesunde Wildbestände in einer stark
482 genutzten Kulturlandschaft zu sichern. Wichtig dabei ist es, Konflikte der
483 verschiedenen Nutzerinnen und Nutzer zu reduzieren. In diesem Sinne haben wir nach
484 einem vorbildlichen Dialog mit Verbänden und Fachleuten ein neues Jagdgesetz auf den
485 Weg gebracht, dass Jägerinnen und Jäger bei der verantwortungsvollen Wahrnehmung
486 ihrer Aufgaben unterstützt.

487 Übergroße Reh- und Rotwildbestände verhindern durch ihre Futtersuche und ihren
488 Verbiss die natürliche Verjüngung des Waldes. So lange, wie eine natürliche
489 Regulierung der Wildbestände durch große Beutegreifer nicht stattfindet, müssen
490 Jägerinnen und Jäger diese Aufgabe im Interesse des Klima- und Umweltschutzes
491 übernehmen. Die Wildschweinbestände müssen im Rahmen der Bekämpfung der
492 Afrikanischen

Schweinepest deutlich reduziert werden.

493 **Die Thüringer Wälder klimafest machen**

494 Die Auswirkungen des Klimawandels sind in Thüringens Wäldern unübersehbar. Infolge
495 von Stürmen, Trockenheit, Spätfrost und Massenentwicklungen von Schädlingen wie dem
496 Borkenkäfer sterben gerade große Teile des Waldes im Land ab. Der Holzpreis ist
497 aufgrund des Überangebots ins Bodenlose gesunken. Thüringen Forst, kommunale
498 Forstbetriebe und die Privatwaldeigentümerinnen und -eigentümer verlieren gerade das
499 Einkommen der nächsten 30 Jahre. Käferbäume zum Schutz der Nachbarbäume (Forstschutz)
500 aus dem Wald zu schaffen, kostet derzeit mehr, als ihr Verkauf einbringt. Eine
501 Rücklage für die Wiederaufforstung zu bilden, ist damit faktisch unmöglich. Der
502 Forstschutz kann nicht effektiv durchgesetzt werden, da es ausgesprochen schwierig
503 ist, im Wald unbekannter oder nicht mehr handlungsfähiger Privatwaldeigentümerinnen

504 und -eigentümer die notwendigen Maßnahmen durchzuführen.

- 505 • Wir werden ThüringenForst, unsere Landesforstanstalt, in die Lage versetzen, im
506 Gesamtwald unabhängig vom Eigentum zu handeln, es sei denn, Eigentümerinnen und
507 Eigentümer widersprechen und können das Notwendige selbst leisten. Hierzu werden
508 wir das Waldgesetz ändern, um ThüringenForst die diesbezüglich anfallenden
509 Kosten in voller Höhe zu erstatten. Wir wollen ThüringenForst so
510 weiterentwickeln, dass der notwendige Umbau sowohl des Staatswaldes als auch der
511 Kommunal- und Privatwälder vorgenommen, aktiv begleitet sowie gefördert und
512 beratend unterstützt werden kann.
- 513 • Wir werden die Finanzierung von Forstschutz und Waldumbau zu einem artenreichen,
514 klimaangepassten Mischwald, im gesamten Wald sichern. Damit entlassen wir die
515 Privatwaldeigentümerinnen und -eigentümer nicht aus ihren Verpflichtungen und
516 ihrer Verantwortung, denn Eigentum verpflichtet. Über viele Jahre haben sie auch
517 Gewinne aus dem Wald gezogen. Wir plädieren für ein flächenbasiertes
518 Fördersystem mit einfachen Antragsverfahren, mit dem das gemeinsame und auch
519 genossenschaftliche Wirtschaften im Wald gefördert wird.
- 520 • Wir wollen den Beschluss der Thüringer Rot-Rot-Grünen Landesregierung „Grünes
521 Herz Thüringen, Aktionsplan Wald 2030ff“ entsprechend untersetzen, so dass
522 Forstschutz und der Waldumbau im gesamten Wald realisiert werden können.
- 523 • Wir werden die Nutzung der Waldwege neu regeln um die Interessen der
524 Waldbesitzerinnen und -besitzer ebenso zu berücksichtigen wie unvermeidbare
525 Nutzungen mit Kraftfahrzeugen durch Landwirtschaft und Fischerei. Wir wollen in
526 diesem Zusammenhang auch die touristischen Ansprüche und die Bedürfnisse von
527 Anliegerinnen und Anliegern stärker einbeziehen.

528 **Umweltschutz neu denken**

529 Die Artenvielfalt geht zurück, nicht nur bei Insekten. Invasive Pflanzen und Tiere
530 bedrohen unsere Ökosysteme ebenso wie die zunehmende Zersiedelung der Landschaft, die
531 Lichtverschmutzung oder die Klimaerwärmung. Viele Menschen leiden unter den Folgen
532 von Hitze, Starkregen und Stürmen. Wir wollen unsere Naturlandschaften stärken und
533 noch erlebbarer gestalten, wir möchten, dass die zukünftigen Generationen im Einklang
534 und mit der Natur und Umwelt aufwachsen können.

- 535 • Wir werden uns für mehr Wildnisflächen einsetzen. Wir werden Kommunen
536 unterstützen, die Lichtverschmutzung zu reduzieren. Das senkt gleichzeitig den
537 Energieverbrauch.
- 538 • Wir wollen den Kommunen Positivlisten für Stadtbäume und Pflanzen zur Verfügung
539 stellen, damit nicht-invasive Arten, wie z.B. Lebensbäume, mit öffentlichen
540 Geldern angepflanzt werden.
- 541 • Wir leisten Überzeugungsarbeit, dass eine nur zweimal im Jahr gemähte Fläche
542 nicht unordentlich ist, sondern Lebensraum für Pflanzen und Tiere bedeutet. Wir
543 müssen unsere Straßenbäume erhalten, denn sie schützen vor Hitze und Staub,
544 dafür brauchen wir in Dürre Jahren abgestimmte Bewässerung.
- 545 • Wir müssen über die Klimaagentur unsere Kommunen befähigen, sich auf stärkere

546 Hitzewellen, Starkregen und Dürre vorzubereiten. Unsere Flüsse und Bäche sind
547 oft in enge Betten gepresst und mit Querbauwerken für Fische unpassierbar. Wir
548 wollen unseren Gewässern, wo immer es möglich ist, mehr Raum geben, die
549 Durchgängigkeit durch Rückbau von Hindernissen oder Querungshilfen wie
550 Fischtreppe verbessern. Wir unterstützen die neu geschaffenen
551 Gewässerunterhaltungsverbände. Damit verbessern wir den Hochwasserschutz und die
552 Hochwasservorsorge.

553 **Mobilität neu denken: sozial und ökologisch verträglich.**

554 Öffentlicher Personennah- und Fernverkehr (ÖPNV), Schiene und Rad, bieten in
555 sinnvoller Kombination für Pendlerinnen und Pendler, Touristinnen und Touristen,
556 Studierende, Auszubildende, Schülerinnen und Schüler, jüngere oder ältere Menschen in
557 Stadt und Land, lokal und überregional die Chance, nachhaltig, ökologisch und
558 barrierefrei mobil zu sein. Wir, DIE LINKE. Thüringen, wollen diese Chance nutzen und
559 Mobilität neu denken. Uns geht es um mehr als eine Verkehrswende, die die
560 finanziellen Lasten des Infrastrukturausbaus, Ökoabgaben und die Kosten neuer
561 Technologien den Verbraucherinnen und Verbrauchern aufbürdet und dem
562 Individualverkehr weiter den Vorrang einräumt.

563 Mobilität neu zu denken bedeutet, die Tatsache anzuerkennen, dass neben der
564 Industrie der Verkehr zu den größten Verursachern klimaschädlicher Emissionen gehört.
565 Über die Hälfte aller Menschen in Deutschland sind von Verkehrslärm beeinträchtigt,
566 die Gesundheitsbelastung durch Stickoxide und Feinstaub sind ein ernstes Problem. Der
567 Güterverkehr soll sich in den nächsten Jahren vervielfachen, Staus werden zu einer
568 wachsenden volkswirtschaftlichen Belastung und die Versiegelung in den Städten für
569 den Autoverkehr nimmt zu. Doch statt durch regionale Wirtschaftskreisläufe und neue
570 Arbeitsformen Verkehr zu vermeiden, wird das Straßennetz immer weiter ausgebaut und
571 im Gegenzug die Schieneninfrastruktur auf Verschleiß gefahren. So können die Ziele
572 der Bundesregierung, mehr Güterverkehr auf die Schiene und eine Verdoppelung der
573 Fahrgastzahlen im Nah- und Schienenverkehr bis 2030, nicht erreicht werden.

574 Mobilität neu denken heißt ökologische Vernunft und soziale Gerechtigkeit
575 gleichermaßen zu beachten. Wir wollen mit einer sozialverträglichen Tarifgestaltung
576 allen Menschen in Thüringen den öffentlichen Personenverkehr zugänglich zu machen.
577 Gemeinsam mit unseren Koalitionspartnern haben wir mit dem Azubiticket einen Anfang
578 gemacht.

579 **Thüringer Verkehrsverbund**

580 Unser Ziel ist es, einen kostenfreien und flächendeckenden öffentlichen
581 Personenverkehr in ganz Thüringen in einem überschaubaren Zeitraum anzubieten.
582 Deshalb werden wir weiterhin mit den Kreisen und kreisfreien Städten Gespräche
583 führen, um kooperative Strukturen im Thüringer Nahverkehr mit dem Ziel eines
584 landesweiten Verkehrsverbundes weiter zu entwickeln. Wir sehen in dem Thüringer
585 Verkehrsverbund die Chance, landesweite Tarife und abgestimmte Takte zu entwickeln
586 und dabei gleichzeitig die Potentiale der Digitalisierung, Fahrgastinformation in
587 Echtzeit zu Tarifen und Angeboten verstärkt nutzen zu können. Ein solcher Verbund
588 bietet zudem die Möglichkeit, eine landesweit gültige Jahresnetzkarte zu entwickeln,

589 attraktive Jobtickets anzubieten und flächendeckende Sozialtarife einzuführen. Nach
590 dem Vorbild des von uns eingeführten Azubitickets wollen wir für Jugendliche ein 365
591 Euroticket und weitere kostengünstige Tarife einführen. Wir werden uns dafür
592 einsetzen, gemeinsam mit Kommunen, Kammern und Unternehmen das von uns eingeführte
593 Azubi-Ticket in Thüringen vollständig flächendeckend und für die Auszubildenden
594 finanziell günstiger zu gestalten. Im gleichen Zug soll auch für die Schülerinnen und
595 Schüler der gymnasialen Oberstufe der Eigenbeitrag zu den Fahrtkosten abgeschafft und
596 übernommen werden. Wir wollen die schnellstmögliche Einführung eines kostenfreien
597 Thüringentickets für Jugendliche und Kinder.

598 **Öffentlichen Personenverkehr stärken**

599 Wir werden den Öffentlichen Personenverkehr als Aufgabe der Daseinsvorsorge zur
600 Herstellung und Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse und als eine Alternative
601 zum motorisierten Individualverkehr weiter stärken und im hierfür erforderlichen Maß
602 finanzieren. Mit diesem massiven Umsteuern im Verkehrsbereich können wir die
603 klimapolitischen Ziele erreichen, neue Wirtschaftsimpulse setzen und auch für mehr
604 Gesundheitsschutz sorgen.

- 605 • Wir werden eine Zukunftskommission „ÖPNV im Jahr 2030“ einsetzen, die
606 verkehrsträgerübergreifend ein Mobilitäts-Förderkonzept für Thüringen
607 entwickelt, das die Vernetzung und Finanzierung des Verkehrsangebotes in
608 Thüringen beinhalten soll. Damit sollen Mobilitätsangebote, die Digitalisierung
609 und die Kooperation der Verkehrsbetriebe verbessert und erweitert werden.
- 610 • Wir werden den ÖPNV in seiner Leistungsfähigkeit stärken, um damit insbesondere
611 im ländlichen Raum den Linienverkehr mit innovativen Angeboten, Schnellbussen,
612 Anrufbussen, Linientaxis, Wander-, Rad- und Kombibussen, Car- und Bike-Sharing
613 und der Einrichtung von Bedarfshalten ergänzen. Wir wollen das Modellprojekt des
614 Max-Planck-Instituts „Eco-Bus-App“ weiterentwickeln und unterstützen
615 Kooperationen des ÖPNV mit kommunalen Wirtschaftsunternehmen,
616 Kultureinrichtungen, Krankenhäusern und anderen Leistungserbringern, um
617 zusätzliche Verkehrsformen zu finanzieren. Mit dem Ausbau eines landesweit
618 getakteten Bus-Bahn-Netzes wollen wir eine Angebotsverbesserung und Anbindung
619 ländlicher Gemeinden an die Städte und zentralen Orte erreichen. Wir werden den
620 Ausbau der Barrierefreiheit von Verkehrsmitteln, Bahnhöfen und Verkehrshalten
621 verstärkt vorantreiben.

622 **Bahnverkehr für alle Thüringer Regionen**

623 Mit dem ICE-Knotenpunkt Erfurt ist ein großer Teil Thüringens besser als je zuvor an
624 Metropolregionen wie Berlin, Leipzig, München, Nürnberg und das Rhein-Main-Gebiet
625 angebunden. Hieraus ergeben sich große wirtschaftliche und touristische Potenziale.
626 Mit zusätzlichen Landesmitteln haben wir gemeinsam mit unseren Koalitionspartnern
627 zusätzlichen Regionalverkehr bestellt, damit Regionen und Städte wie Jena, Weimar,
628 Saalfeld und Gera nach dem Verlust des vertakteten Fernverkehrs zumindest durch
629 Umstieg mit dem Schienenpersonennahverkehr (SPNV) an das Fernverkehrsnetz
630 angeschlossen sind. Der Einsatz von Ministerpräsident Bodo Ramelow im Bundesrat hat
631 die Planungen zur Aufnahme der vollständigen Elektrifizierung der Mitte-Deutschland-

- 632 Verbindung, der Strecke Gotha-Leinefelde in den vordringlichen Bedarf des
633 Bundesverkehrswegeplanes und die Vorbereitung des IC-Knotens Jena vorangetrieben.
634 2023 soll wieder ein IC im Zweistundentakt durch das Saaletal fahren und ab 2028 von
635 Gera über Jena/ Weimar und Erfurt nach Westen.
- 636 • Wir, DIE LINKE. Thüringen, sehen in der Stärkung der Schiene in der Fläche
637 weiterhin eine zentrale Aufgabe. Wir wollen die Verknüpfung des öffentlichen
638 Verkehrs mit dem Individualverkehr vorantreiben. Die Möglichkeit am nächsten
639 Bahnhof, der nächsten Haltestelle aus dem PKW in den Zug oder den Bus
640 umzusteigen, wollen wir verbessern. Wir werden Verknüpfungen mit touristischen
641 Angeboten fortsetzen um die Fahrgastzahlen zu erhöhen und so für die Menschen
642 vor Ort und für die touristischen Gäste umweltfreundliche Mobilität zu
643 anzubieten. Wir wollen die Wiederinbetriebnahme, Erweiterung und Reaktivierung
644 von Bahnstrecken für den Personen- und Güterverkehr. Dazu gehören u. a. die
645 Pfefferminzbahn von Sömmerda (Straußfurt) über Großheringen bis Jena, die
646 Höllentalbahn von Saalfeld bis Hof, die Werrabahn, die Ohratalbahn und die
647 Bahnverbindung vom Bahnhof Rennsteig nach Themar. Wir werden den „Runden Tisch
648 Güterverkehr“ mit dem Ziel weiterführen, Potentiale für die Verlagerung des
649 Verkehrs auf die Schiene im Freistaat zu ermitteln, auch um Ortsdurchfahrten zu
650 entlasten.
 - 651 • Wir wollen die Erprobung neuer Antriebsformen (z.B. Wasserstoff und Elektro-
652 Triebwagen mit Zusatzbatterien) unterstützen und deshalb die Anschaffung von
653 entsprechenden Fahrzeugen und die notwendige Infrastruktur fördern.
 - 654 • Wir wollen, dass jedes Thüringer Oberzentrum direkt im 2h-Takt mit Bahn-
655 Fernverkehr angeschlossen ist und setzen uns dafür ein, dass der gute
656 Zielfahrplan des 2. Gutachterentwurfes zum Deutschlandtakt umgesetzt wird und
657 die Streichungen im 3. Entwurf zurückgenommen werden.
 - 658 • Wir wollen die Fahrpläne des regionalen Bahnverkehrs mit den kommunalen
659 Busverkehr und noch besser mit Angeboten im Fernverkehr abstimmen. Unser Ziel
660 ist ein Angebot, das mehr als bisher in das Umland wirkt und die Verkehrsmittel
661 miteinander zu einem „Thüringentakt“ verbindet. Die bedarfsgerechte Anbindung
662 des ländlichen Raumes durch die Schaffung von Mobilitätsketten ist ein wichtiger
663 Baustein der zukünftigen Verkehrspolitik. Dabei spielt für die letzte oder erste
664 Meile in ländlichen Regionen, in Randzeiten auch in Städten der private PKW eine
665 wichtige Rolle zur Mobilitätssicherung. Wir wollen die Umstiegsmöglichkeiten vom
666 PKW in den öffentlichen Verkehr deutlich verbessern mit Parkmöglichkeiten und
667 kombinierten Tickets für Bahn, Bus und Parken.
 - 668 • Wir werden Investitionen zur Erneuerung und Vergrößerung der Fahrzeugparks,
669 weiter fördern, um die zunehmenden Passagierzahlen in den Städten zu bewältigen
670 und den ländlichen Raum nicht den Anschluss verlieren zu lassen. Bei
671 Investitionen in den Fahrzeugpark favorisieren wir vor allem Antriebe mit
672 erneuerbaren Energien. Wir unterstützen Städte bei der Elektrifizierung des
673 Nahverkehrs, dazu gehört auch ein sinnvoller Ausbau der Straßenbahnnetze.
- 674 **Mobil in jeder Form**

675 Die Thüringerinnen und Thüringer sind auf viele Arten unterwegs. Neben Straßen und
676 Schienen sind auch Rad- und Fußwege eine Möglichkeit, um Wege sicher zurückzulegen
677 und umweltschonend mobil zu sein.

- 678 • Wir, DIE LINKE. Thüringen, sehen im Ausbau eines sicheren und attraktiven Rad-
679 und Fußverkehrs in Thüringen ein vorrangiges Anliegen. Dazu werden wir verstärkt
680 entsprechende Konzepte in Kommunen und Landkreisen sowie die interkommunale
681 Kooperation fördern. Wir werden den Ausbau der dazu notwendigen Infrastruktur
682 sowie ihres Unterhalts verstärkt unterstützen. Für die Förderung von
683 Mobilitätsstationen, von Fahrradabstellanlagen, Bike- und Ride-Stationen
684 schaffen wir die entsprechenden Voraussetzungen.
- 685 • Mit dem Landesstraßenbedarfsplan 2030 des linksgeführten
686 Infrastrukturministeriums können künftig Sanierung, Um- und Neubau von
687 Ortsumgehungen und Landesstraßen besser geplant werden. Dabei stehen Fragen wie
688 Verkehrssicherheit, Umwelt- Lärm- und Gesundheitsschutz der Bevölkerung und die
689 Wirtschaftlichkeit bei notwendigen Um- und Ausbaumaßnahmen mit im Vordergrund.
690 Zur Minderung der Folgen des Individual- und straßengebundenen Güterverkehrs
691 wollen wir Transporte verstärkt auf die Schiene verlagern, den
692 Mautumgehungsverkehr mit Tonnagebeschränkungen, LKW-Tempolimits und
693 Durchfahrverboten einschränken.
- 694 • Wir fordern den Bund auf, die Gesetzgebung so anzupassen, dass Lärmschutz als
695 Summe von Straßen-, Schienen-, Luftverkehr – und Industrielärm betrachtet wird.
696 Die bisherige separate Betrachtung der verschiedenen Lärmquellen bildet die
697 Belastungen für die Menschen unvollständig ab.
- 698 • Wir wollen die Verkehrssicherheit im Freistaat weiter erhöhen, denn die Vision
699 Zero bleibt unser Ziel. Dazu gehört die verstärkte Förderung der
700 Verkehrserziehung in allen Altersstufen ebenso wie Weiterbildung, sichere
701 Straßen, Rad- und Fußwege, die Förderung von Dialogdisplays (Smileys),
702 notwendige Tempolimits und Polizeikontrollen. Wir werden das
703 Verkehrssicherheitsprogramm evaluieren und fortschreiben.
- 704 • Wir wollen die Elektromobilität weiter voranbringen und die diesbezüglich
705 bereits gefassten Beschlüsse des Thüringer Landtages zu einer Reihe von
706 Einzelvorhaben zügig umsetzen. Wir werden dabei auch die Vorbildrolle der
707 öffentlichen Hand in diesem Bereich weiter stärken.

Antrag A-5/ÄA-1: Änderungsantrag zu A-5

Änderungsantrag zu A-5

Antragsteller/in:	KV Apolda-Weimar
Status:	eingereicht

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 251

239 • Wir kämpfen mit guten Gründen gegen ein Atommüllendlager in Thüringen. Deshalb
240 bringen wir uns künftig noch stärker im nationalen Begleitgremium der
241 Bundesgesellschaft für Endlagerung ein. Als ehemaliges Wismut-Bergbauegebiet
242 haben wir bereits dauerhaft mit dem absolut größten Volumen an radioaktiven
243 Altlasten zu kämpfen. Das Absetzbecken Culmitsch und die verwahrten Halden
244 beinhalten über 100 Millionen Kubikmeter radioaktiv- und schwermetallbelastete
245 Rückstände. Die Halden und das Absetzbecken müssen über Jahrhunderte betreut und
246 gesichert werden. Hinzu kommt, dass die Geologie Thüringens bestenfalls 2. Wahl
247 für die Sicherheit über 1 Million Jahre darstellt. Thüringen leistete mit den
248 Wismutaltlasten bereits seinen Teil der Atommülllagerung und letztlich sollten
249 die Bundesländer, die jahrzehntelang von Atomkraftwerken profitiert haben, jetzt
250 ihrer Verantwortung für Atommüll gerecht werden und atomare Abfälle in ihren
251 geeigneten Standorten einlagern.

- Wir möchten interessierten Gesellschaften oder Genossenschaften bei der Anschaffung und Erprobung von Floating-Photovoltaik-Anlagen unterstützen.
- Wir möchten Landwirtschaftsbetrieben bei der Anschaffung und Erprobung der Kombination von Solarstromproduktion und landwirtschaftlicher Nutzung von Agrarflächen durch Agro-Photovoltaik-Anlagen mit geeigneten Förderprogrammen unterstützen. Außerdem wollen wir uns im Bund dafür einsetzen, dass Agro-Photovoltaik-Anlagen im Erneuerbare-Energien-Gesetz Berücksichtigung finden.

Begründung

Bezugnehmend auf Zeile 180 („Auch die Photovoltaik wird zum Problem, wenn sie nicht auf Dächern gebaut wird, sondern wertvolle Flächen einnimmt.“)

Die zunehmende Versiegelung von Naturflächen, auch durch Photovoltaikanlagen, ist ein zusätzlicher Eingriff in die Natur und sollte wenn möglich vermieden werden. Floating-Photovoltaik- und Agro-Photovoltaik-Anlagen können Solarstrom erzeugen, ohne das zusätzliche Versiegeln von Naturflächen. Schwimmende Photovoltaikanlagen (Floating-PA) nutzen Gewässerflächen und sind technisch weitgehend ausgereift. Agro-Photovoltaik-Anlagen wurden entwickelt, um landwirtschaftliche Nutzfläche auch nach der Installation weiter als solche nutzbar zu lassen. Diese Doppelnutzung der Flächen ist effizient und sowohl ökologisch als auch

ökonomisch sinnvoll.

Antrag B: #LeaveNoOneBehind!

Antragsteller/in:	Sabine Berninger (KV Apolda-Weimar · Nr. 6)
Status:	eingereicht

Der Parteitag möge beschließen:

1 **#LeaveNoOneBehind! Thüringen zum sicheren Hafen machen - Landesaufnahmeanordnung**
2 **durchsetzen – Geflüchtete aufnehmen!**

3 1. DIE LINKE Thüringen fordert die Thüringer Landesregierung auf, umgehend eine Klage
4 gegen das durch das Bundesinnenministerium verweigerte Einvernehmen zur
5 Landesaufnahmeanordnung für Geflüchtete auf den griechischen Inseln zu veranlassen
6 und einzureichen.

7 2. Der Landesparteitag fordert die Mitglieder der LINKEN in der Thüringer
8 Landesregierung - unsere Minister*innen Heike Werner, Helmut Holter, Benjamin-
9 Immanuel Hoff und unseren Ministerpräsidenten Bodo Ramelow - sowie die Fraktion DIE
10 LINKE im Thüringer Landtag auf, die Klage gegen das durch Seehofer verweigerte
11 Einvernehmen zur am 2. Juni 2020 beschlossenen Landesaufnahmeanordnung für
12 Geflüchtete auf den griechischen Inseln in den entsprechenden Gremien in Kabinett und
13 Landtag aufzurufen und damit die Um-bzw. Durchsetzung der Landesaufnahmeanordnung zu
14 forcieren.

Begründung

Weitere Einreicher*innen:

Hubert Krüger, Tim Rosenstock, Uwe Adler, Volker Hinck, Christian Schaft, Michel Triemer, Johannes Feutlinske, Steffi Richter-Schmidt, Kati Engel, Knut Meenzen, Kreisverband Saale-Holzland-Kreis, Kreisverband Apolda-Weimar, Katja Seiler

Nachdem Thüringen, Berlin und Bremen im Sommer Landesaufnahmeanordnungen erlassen hatten, verweigerte das Bundesinnenministerium das nach § 23 a Aufenthaltsgesetz dafür erforderliche Einvernehmen. Eine Bundesratsinitiative zur Änderung des Aufenthaltsgesetzes (Streichung des Einvernehmenserfordernisses) scheiterte, wie erwartet, an den Mehrheiten im Bundesrat.

Nun endlich hat Mitte November der Berliner Senat beschlossen, gegen das durch das Bundesinnenministerium verweigerte Einvernehmen zur Landesaufnahmeanordnung für Geflüchtete aus den griechischen Hotspots zu klagen. Durch das rot-rot-grüne Thüringer Kabinett ist bisher keine Klage angestrengt oder vom zuständigen Ministerium vorgelegt worden. LINKE und Grüne haben sich klar für eine Klage ausgesprochen, eine solche Aussage gibt es bislang nicht von der Koalitionspartnerin SPD. Und der bündnisgrüne Migrationsminister äußerte sich zuletzt ausweichend.

Auch wenn die Landesaufnahmeanordnung mit nur 500 Geflüchteten, die bis Ende 2022

aufgenommen werden sollen, keineswegs den in den griechischen Hotspots herrschenden miserablen, menschenunwürdigen Bedingungen entspricht – und auch nicht den von Mitgliedern der Bündnis 90/Die Grünen Thüringen, der SPD Thüringen und der Thüringer LINKEN bereits am 5. April in einem offenen Brief formulierten Forderungen zur Landesaufnahme – sie verkommt zum Scheinsymbol, wenn man nicht mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln versucht, sie gegen den Bundesinnenminister Seehofer durchzusetzen.

Die Bedingungen auf den griechischen Inseln sind für die dort lebenden Geflüchteten seit dem Sommer noch schlimmer geworden: die Wetterverhältnisse treffen die Menschen (nicht nur in Moria) in unzureichenden Unterkünften, es gibt keine adäquaten sanitären Einrichtungen, nicht ausreichend Trinkwasser und Lebensmittel, kaum medizinische Versorgung, Hilfsorganisationen wird der Zutritt zu den Camps verwehrt, die Menschen sind der Corona-Pandemie hilf- und schutzlos ausgeliefert.

Das im Koalitionsvertrag formulierte „Wir stehen für eine menschenrechtsorientierte Asyl- und Migrationspolitik.“ muss sich auch in der Durch- und Umsetzung beschlossener Willenserklärungen wie der Landesaufnahmeanordnung widerspiegeln.

Antrag C: Geeignete Infektionsschutzmaßnahmen

Antragsteller/in:	KV Apolda-Weimar
Status:	eingereicht

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Geeignete Infektionsschutzmaßnahmen**

2 Der Landesvorstand der DIE LINKE. Thüringen wird beauftragt, Grundsätze zur SARS-CoV-
3 2-Pandemiepolitik auszuarbeiten, aus denen insbesondere Leitlinien zur Priorisierung
4 und Eignung von Maßnahmen ablesbar werden, die den aktuellen Herausforderungen
5 gerecht werden und einen LINKEN Politikstil wieder spürbar werden lassen. Der
6 Vorstand soll ein geeignetes Format entwickeln, um Genoss:innen an der Basis in die
7 Debatte einzubeziehen.

8 Unter anderem folgende Ansätze könnten geprüft werden:

- 9 • Zielsetzung von "zero COVID" (nahe Null tägliche Neuinfektionen) und
10 Wiedererlangen von Planbarkeit
- 11 • Rechtsdurchsetzung in öffentlichen und privatwirtschaftlichen Bereichen, sowie
12 auf Versammlungen mit hoher Wahrscheinlichkeit der Nichteinhaltung von
13 Schutzmaßnahmen
- 14 • Flexibilisierung und eigenverantwortliche Gestaltbarkeit privater Bemühungen um
15 Kontaktbeschränkung, Ermöglichung freiwilliger Selbstisolation
- 16 • wirksame Schutzmaßnahmen in der Altenpflege und in Betreuungseinrichtungen
- 17 • Investitionen in wirksame Konzepte im Unterricht für ältere Schüler:innen
- 18 • Mindestanforderungen an Qualität von Masken, sowie deren Finanzierung
- 19 • Einbezug der Unternehmen
- 20 • Aufklärung und Kampagnen
- 21 • Nachholen der Feiertage zu Ende der Einschränkungen in Form einer Festwoche
- 22 • Verbesserung der Kommunikation

23 Der Parteitag bittet die DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, die
24 Landesregierung, aber auch alle anderen demokratischen Abgeordneten des Thüringer
25 Landtags dringend darum, wo immer möglich bereits jetzt Lösungen für die hier
26 beschriebenen Herausforderungen gemeinsam anzugehen.

Begründung

Mitnichten ist die Pandemiekrise als beendet zu betrachten und wir müssen auch im Sinne der baldigen Wiedererlangung des vollen Ausmaßes an Freiheit und Demokratie dringend dafür sorgen, dass das Infektionsgeschehen nicht länger auf hohem Niveau stagniert oder noch rasanter

voranschreitet. In der Vergangenheit ist uns dabei keine Maßnahme leicht gefallen und nichts haben wir leichtfertig entschieden. Nun sind wir an einem Punkt angelangt, an dem die Unterstützung von Infektionsschutzmaßnahmen in der Bevölkerung bedenklich zu erodieren droht. Statt eines versprochenen Endes mit Schrecken, erleben wir nun einen Schrecken ohne Ende. So folgte der Rede von einem "Wellenbrecherlockdown" der faule Kompromiss eines "Lockdown-light", der unter einer populistischen Ausrichtung auf ein Weihnachtsfest hin stattfand. Entsprechend beobachten wir nur den halben Eindämmungserfolg, den wir aus dem Frühjahr bei etwa gleichen Maßnahmen im privaten Bereich kennen. Daraus können wir ablesen, dass es vor allem die Kommunikation und Wahrnehmung und nicht die eigentliche Schärfe der Formulierungen der konkreten Coronaregeln ist, die sich eignet, um das Verhalten der Bevölkerung wünschenswert zu beeinflussen. Zu Anfang der Krise war es legitim und angebracht, die Notwendigkeit der Maßnahmen durch unsere geradezu zur Schau gestellte, überschwängliche Mitwirkungsbereitschaft zu unterstreichen. Inzwischen entwickelt sich diese unkritisch wirkende Grundhaltung jedoch zum Problem für unsere Glaubwürdigkeit und untergräbt damit unsere Autorität, die Menschen auf dem Weg der COVID-Bekämpfung zu motivieren. Wir müssen also gleichzeitig klarer zum Ausdruck bringen, dass Einschränkungen notwendig sind und, dass wir deshalb noch lange nicht jeden Unfug mittragen. Wir überlassen andernfalls auch den legitimen Teil der Kritik allein den Faschist:innen.

Der Landesparteitag stellt beispielhaft fest, dass die Politik des abwechselnden Verschärfens und Lockerns in der SARS-CoV-2-Pandemie an ihre Grenzen gelangt ist und einer kritischen Prüfung der Geeignetheit sowie einer Optimierung der Wirksamkeit des bestehenden Maßnahmenpektrums weichen muss. Der Landesparteitag vertritt hierbei die Auffassung, dass das Ziel und die beabsichtigte Wirkung von Infektionsschutzmaßnahmen ausreichend beschrieben und dringend unterstützenswert, ja notwendig, sind. Dabei sind jedoch vordergründig an zahlreichen Stellen Rechtsdurchsetzungsprobleme festzustellen. Gleichzeitig gefährden realitätsfremde, nicht nachvollziehbare, widersprüchliche und auch nicht kontrollierbare Maßnahmenbestandteile Glaubwürdigkeit und damit die Regelbefolgung im privaten Bereich. Dem privaten Bereich kommt deshalb aktuell eine solch große Bedeutung zu, da Prioritätensetzungen bundesweit stark hin zu "wirtschaftlichen" Kurzsichtigkeiten verschoben sind. Dieses durch Lobbyismus und finanzielle Ungleichverteilung gestörte Gleichgewicht, das sich auch in der Thüringer Pandemiebekämpfung immer mehr durchzeichnet, muss zumindest hier und damit vorbildhaft für alle anderen Bundesländer ausgeglichen werden. Die geltenden Regelungen und Notverordnungen werden dem Umstand nicht mehr gerecht, dass es für jede:n einzelne:n einer individuell gestalteten Infektionsrisikominimierung bedarf, deren Optimierung sich niemals vollständig aus der eigenen Verantwortung lösen lassen wird. Erwägungen dazu, wie jede:r einzelne im Kleinen noch besser Infektionen verhindern könnte, weichen zunehmend einer Kultur von Regelumgehungsstrategien. Verbreitet beobachtbare Mängel und Inkonsequenz bei der Umsetzung von Infektionsschutzmaßnahmen in Supermärkten, Einkaufszentren, Mitnahmerestaurants und Geschäften, dem öffentlichen Nahverkehr, bei faschistisch unterwanderten Coronademos, am Arbeitsplatz und leider auch in Einrichtungen der profitorientierten Alten- und Krankenpflege sowie Bildungs- und Betreuungseinrichtungen vermitteln zunehmend ein Gefühl der Aussichtslosigkeit für jegliche persönliche, freiwillige Bemühung. Auch der Umstand, dass nach wie vor Standards für Schutz- aber auch Alltagsmasken fehlen oder nicht durchgesetzt werden, erscheint inzwischen in einem angeblich hoch

industrialisierten Land inakzeptabel. Den Menschen, die sich vorbildhaft verhalten, schlägt zunehmend sozialer Druck entgegen, der durch fatale Kommunikationsakte wie das Inaussichtstellen eines Weihnachtsfestes und der damit einhergehenden innerlichen Verpflichtung, Familienbesuche durchzuführen und Geschenke zu beschaffen, auch von politischer Seite befeuert wurde. Jeglicher Rest von Glaubwürdigkeit wird darüber hinaus dann verspielt, wenn Coronaleugnende unbehelligt ordnungswidrig durch die Straßen ziehen können, während das Gewaltmonopol vor allem am Gegenprotest Exempel statuiert.

Die Gründe für die vorgenannten Unzulänglichkeiten sind an erster Stelle in den Ergebnissen von Formelkompromissen und der Fehleinschätzung zu suchen, bundeseinheitliche Vorgehensweisen wären besonders oder allein dazu geeignet, Regelakzeptanz zu erhöhen. Stattdessen hat sich gezeigt, dass die Menschen auf ein in sich stringentes, sprich nachvollziehbar funktionierendes und logisch abgestimmtes Gesamtkonzept mit Planbarkeiten Wert legen, auch wenn es lokal unterschiedliche Ausformungen findet. Die Methodik der sogenannten Ministerpräsident:innenkonferenz ist geradezu ein Garant für das Nichtgelingen einer konsistenten Strategie. Die Rede von einem goldenen Mittelweg ist so fehl am Platz, wie selten zuvor. Das kann auch ein einzelner Ministerpräsident Bodo Ramelow mit aufrichtig bestem Willen nicht ändern. Im Zweifel und nach Ausschöpfung von Überzeugungsversuchen der kapitalistischen Ministerpräsident:innen muss sich DIE LINKE. Thüringen also nun für Geeignetheit statt bundesweiter Einigung entscheiden und sich für das empirisch-wissenschaftlich fundiert Beste für die Gesundheit der Menschen einsetzen. DIE LINKE. Thüringen wird deshalb vermehrt fordern, dass bestehende Maßnahmen optimiert und in ihrer Wirksamkeit ausgereizt werden. Priorisierungen sollen vermehrt von der Umsetzbarkeit, dem Aufwand und Effektstärke abhängig gemacht werden und es wird akzeptiert, dass Maßnahmen im privaten Raum ohnehin nicht wesentlich über den Charakter einer Empfehlung hinaus wirken werden. Im öffentlichen Raum und in privaten Unternehmen sollte sich DIE LINKE. Thüringen dafür einsetzen, dass durch harte Kontrollen und Sanktionen überall Umstände vorzufinden sind, die ein individuell verantwortliches Handeln überhaupt erst ermöglichen, es unterstützen und Anreize zu ihm zu schaffen. Nach vielen Monaten ist es nun spätestens an der Zeit, mit Liebe zum Detail zu einem modernen Politikstil zurückzufinden. Hier wird vermehrter Einsatz innerparteilicher Demokratie einen Beitrag zum Feinschliff der Coronaregeln leisten können.